

Vierte Regionalkonferenz der Region Nord-West

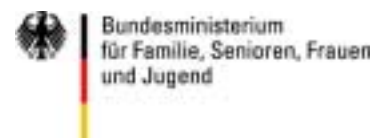
**Zugänge schaffen – mehr Chancen durch
mehr Bildungsbeteiligung im Stadtteil**

Dokumentation zur Veranstaltung
vom 02. Dezember 2002
im Depot Dortmund



Stiftung **SPI**

im Auftrag des:



Impressum

Herausgeber:

Stiftung SPI
Regiestelle E&C
Nazarethkirchstr. 51
13347 Berlin
www.eundc.de

Redaktion und Berichtstexte:

Johann Daniel Lawaetz – Stiftung
Neumühlen 16-20
22763 Hamburg
www.lawaetz.de

Simone Müller
Peer Gillner
Wolfgang Kühn

Inhalt:

- 4 E&C-Team der Lawaetz - Stiftung
Vorwort zur Dokumentation
- 5 Peer Gillner
Begrüßung zur 4. Regionalkonferenz Nord-West in Dortmund
- 6 Prof. Dr. Ingrid Gogolin
Zugänge schaffen - Migration und Bildungsbeteiligung im Stadtteil
- 13 Dr. Michael Bax, Ekkehard Fiss
Zugänge für Jugendliche organisieren - Das Stadtteilinformationssystem VASA-INFO im Internet
- 19 **Länderforen zu spezifischen Fragestellungen**
- 21 Martina Stahl
Migration und (Bildungs-) Beteiligung im Rahmen der Quartiersentwicklung Lenzsiedlung / Hamburg
- 26 Heiner van Schwamen
INFRA-WEST Kulturbüro – Das Projekt
- 34 Mechthild Eickhoff
Bitte wenden! Kunstaktionen auf der Rückseite der Stadt
- 37 Reinhard Teuber
Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule in Niedersachsen
- 44 Sonja Roback/ Hans Hopp
HeiKoo – Heiligenhafener Kooperation
- 51 Per Schwaner
Petrischule Flensburg
- 54 E&C-Team der Lawaetz-Stiftung
Feedback und Themenwünsche
- 57 Anhang
Das Tagungsprogramm
- 58 Anhang
Teilnehmer/innen der Regionalkonferenz

Vorwort zur Dokumentation der 4. Regionalkonferenz Nord-West im Rahmen des E&C-Programms

Zugänge schaffen – mehr Chancen durch mehr Bildungsbeteiligung im Stadtteil

Mit den verheerenden Ergebnissen der Pisa-Studie ist der Zustand der bundesdeutschen Bildungssituation nunmehr schwarz auf weiß benannt. Eines ist deutlich geworden: Das deutsche Schulsystem funktioniert meisterlich im Sortieren nach Merkmalen, auf die Schule keinen Einfluss hat. Das sind vor allem soziale Herkunft und Migrationsgeschichte. Wenn es aber darum geht, Zugänge zu Bildung zu schaffen, die den Lebensumständen der benachteiligten Jugendlichen entsprechen, bleiben patente Lösungen aus. Vielmehr werden die Ursachen für derartige Ausschlüsse den Jugendlichen selbst und ihren Familien zugeschrieben.

Die 4. Regionalkonferenz im Rahmen des E&C-Programms widmet sich den Voraussetzungen und Praxisansätzen, die Zugänge zu Bildung im Stadtteil ermöglichen. Hierbei spielen Jugendhilfe und Schule die gemeinsame Hauptrolle, denn es gibt wohl kaum eine öffentliche Institution, die traditionell derart sozialräumlich organisiert ist wie eben diese.

Im Verlauf der Konferenz wollen wir vor allem diesen Fragen nachgehen:

- Wie sehen die Chancen auf gleichberechtigte Bildungsbeteiligung für benachteiligte Gruppen im Stadtteil aus?
- Wie werden Zugänge für Menschen mit Migrationshintergrund zum regionalen Bildungsangebot geschaffen?
- Wie kann sich die Institution Schule für den Stadtteil öffnen?
- Welchen Beitrag können/ sollen Quartiersentwicklung und Jugendhilfe für mehr Bildungsbeteiligung leisten?

Der zweite und programmatische Teil der Regionalkonferenz sind die Länderforen am Nachmittag, in denen spezifische Fragestellungen und Aspekte an der Schnittstelle von Jugend- und Stadtentwicklungspolitik von Praktiker/-innen und öffentlichen Vertreter/-innen zusammengetragen und diskutiert

werden (die aktuellen Themen entnehmen Sie bitte dem Programm).

Die hier vorliegende Dokumentation fasst die Inhalte der fachlichen Inputs zusammen und gibt darüber hinaus einen Einblick in die weitere Diskussion über die Schnittstelle von privater Wirtschaft und sozialem Engagement. Zudem werden die – erstaunlich vielschichtigen, aber auch sehr konkreten - Diskussionen und Inhalte der Länderforen in einem zweiten Teil dieser Dokumentation festgehalten.

Begrüßung zur 4. Regional- konferenz Nord-West in Dortmund

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie zur 4. Regionalkonferenz Nord-West im Rahmen des Programms E&C hier im Depot in Dortmund.

Ich freue mich über die Teilnahme zahlreicher Nordrhein-Westfalen/-innen, aber ich freue mich auch ganz besonders über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den entfernteren Gebieten, die die weite Anreise zu früher Stunde auf sich genommen haben.

Das bundesweite Programm E&C möchte einen Beitrag zu der Diskussion und Erprobung von Ansätzen leisten, die die Situation und die Zukunftschancen junger Menschen in benachteiligten Gebieten verbessern können. In diesem Zusammenhang werden zum einen integrierte und sozialräumlich orientierte Handlungskonzepte gefordert, zum anderen das Miteinander klassischer Verwaltungs- und Programmstrukturen gefördert, um einen effizienteren Einsatz vorhandener Ressourcen zu ermöglichen.

Anlass der Konferenz

Das Thema unserer heutigen Tagung hat zweierlei aktuelle Anlässe. Nicht nur die Ergebnisse des Leistungsvergleiches der PISA-Studie – dies ist der erste Anlass – zeigen alarmierende Werte für das Bundesdeutsche Schulsystem.

Auch die jüngst veröffentlichte Studie des Kinderhilfswerks Unicef bestätigt diese Einschätzung, denn im Ranking der 24 reichsten Industrienationen belegt Deutschland mit einem enorm großen Ungleichgewicht zwischen den besten und den schlechtesten Schülern/-innen den drittletzten Platz. Besonders bitter ist hierbei: Nirgendwo sonst ist der Bildungsstand der Eltern so entscheidend für den Schulerfolg der Kinder, und damit auch für ihre soziale und gesellschaftliche Positionierung. Der Geschäftsführer von Unicef Deutschland Dietrich Garlichs formuliert dazu: „Es ist inakzeptabel, dass der Status der Eltern den Erfolg der Kinder bestimmt und in Deutschland schwache Schüler/-innen einfach abgehängt werden.“

Dies hat natürlich Implikationen, die das soziale Gefüge in Deutschland betreffen. Bis heute haben Kinder von sogenannten ‚bil-

dungsfernen‘ Familien bei gleicher Leistung eine deutlich geringere Chance im Bildungssystem. Dies betrifft in besonderem Maße Kinder mit Migrationshintergrund.

Wenn von ‚Bildungsnähe oder Bildungsferne‘ die Rede ist, muss im gleichen Atemzug darüber nachgedacht werden, wie denn die Zugänge zu Bildungsangeboten in Deutschland geschnitten sind. Die Schule ist zwar der Ort mit dem zentralen Anspruch an Bildungsvermittlung für Kinder und Jugendliche, allein diese Institution aber für die Misere bzw. deren Überwindung verantwortlich zu machen, würde zu kurz fassen. Es bedarf der ergänzenden Anstrengung von Akteur/-innen, die in der Lebenswelt der Jugendlichen – in den Stadtteilen und Sozialräumen – eine aktive Rolle spielen.

Diese Aufgabe möchten wir mit Ihnen in der heutigen Tagung ‚Zugänge schaffen – mehr Chancen durch mehr Bildungsbeteiligung im Stadtteil‘ diskutieren, einiges über die Voraussetzungen und Möglichkeiten erfahren, bewährte Praxisbeispiele kennen lernen und nicht zuletzt anhand von Projektbeispielen und dem Erfahrungsaustausch in den Länderforen am Nachmittag in Denkanstöße für Ihre eigene Arbeit umwandeln.

Organisation

Wie Sie dem Tagungsprogramm entnehmen können, werden wir am Vormittag hier im Theaterraum des Depot gemeinsam einen Input über die Frage der Migration und Bildungsbeteiligung im Stadtteil von Frau Prof. Dr. Gogolin hören und nach einer kurzen Kaffeepause bereits das erste Praxisprojekt ‚Stadtteilinformationssystem VASA-INFO‘ der Kollegen Dr. Michael Bax und Ekkehard Fiss kennen lernen.

Am Nachmittag wird sich die Gesamtgruppe auf die Länderforen verteilen, die sich spezifischen Aspekten der Schaffung von Bildungszugängen widmen.

Hierzu eine Anmerkung: Die Foren sind nach Bundesländern geordnet, d.h. es werden sich Projekte und Akteure der jeweiligen Bundesländer vorstellen. Das heißt aber nicht, dass sie als beispielsweise Dortmunderin ausschließlich in die NRW-Gruppe gehen können. Schauen Sie sich die Vorschau der Projekte der Länderforen heute Vormittag an und entscheiden nach eigenem Interesse, an welchem Forum Sie teilnehmen möchten.

Vielen Dank

Zugänge schaffen - Migration und Bildungsbeteiligung im Stadtteil

Vorbemerkung

Deutschland war stets, ist heute und wird künftig sein: ein Einwanderungsland. Aber nach wie vor ist dieses Faktum nicht politisch anerkannt; nach wie vor gibt es zum Beispiel Rechtsvorschriften, die das Kinder- und Jugendhilfegesetz außer Kraft setzen, so dass seine Leistungen nicht allen Kindern in Deutschland uneingeschränkt zukommen, sondern nur denen, die einen bestimmten Rechts- und Aufenthaltsstatus innehaben.

Zuerst die guten Nachrichten, oder zuerst die schlechten?

1. Schlechte Nachrichten - zur Bildungsbeteiligung Zugewanderter in Deutschland

Die Bereitschaft und Fähigkeit zur persönlichen Mobilität, so heißt es vielfach, zeichne besonders erfolgreiche Menschen aus. Viele Jugendliche in Deutschland aber, deren Familien (und die selbst) diese Bereitschaft und Fähigkeit unter Beweis gestellt haben, müssen bitter dafür zahlen. Das deutsche Schulsystem schafft es nämlich nicht, gleiche Chancen auf Bildungserfolg für alle Kinder und Jugendlichen herzustellen, die auf deutschem Boden leben. Vielmehr sind Schüler/innen aus Migrantenfamilien systematisch benachteiligt - und zwar in einem Maße, das nirgends sonst in vergleichbaren Staaten vorfindlich ist.

Die Pisa-Studie brachte das freilich: nicht zum ersten Mal - an den Tag. Pointiert zusammengefasst lautet die wichtigste Botschaft aus Pisa: das deutsche Schulsystem funktioniert meisterlich im Sortieren von Schulkindern nach Merkmalen, auf die die Schule keinen Einfluss hat - und zwar vor allem: soziale Herkunft und Migrationsgeschichte. Bei der Meisterprüfung hingegen, den Schüler/innen Leistung unabhängig von diesen Merkmalen zu ermöglichen, ist Deutschland mit Bravour durchgefallen.

Nachfolgend stelle ich Ihnen kurz einige beschreibende Befunde zur Benachteiligung Zugewanderter in der deutschen Schule vor.

Sodann gehe ich der Frage nach, wie man sich diese anhaltende Benachteiligung erklären kann.

I.

Deutschland besitzt, was bei einer hochentwickelten und wohlhabenden Industrienation nicht verwunderlich ist, prinzipiell ein sehr gut ausgebautes Bildungssystem schon im vorschulischen Bereich. Die Schulpflicht ist flächendeckend durchgesetzt, und das durchschnittliche Bildungsniveau ist in den letzten Jahrzehnten erheblich gestiegen. Die durchschnittliche Schulbesuchsdauer hat sich um mehrere Jahre verlängert; etwa 40% eines Jahrgangs strebt zum Abitur. Ein erfolgreiches Schulsystem also? - Leider nicht. Denn der Anspruch, Bildungserfolg möglichst unabhängig von Herkunft und Lebenslage zu ermöglichen, ist in Deutschland nicht eingelöst.

Überwunden wurde in der deutschen Schule seit den 1960er Jahren die Benachteiligung der Mädchen bei den Schulabschlüssen. Sie sind heute in höherem Maße erfolgreich, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Nicht überwunden aber ist es, dass die Erfolgchancen in der Schule hochgradig davon abhängen, welche Lebensumstände ein Kind besitzt: entscheidend sind die soziale und ökonomische Lage, das kulturelle Kapital einer Familie und ihre ethnisch-kulturelle bzw. sprachliche Herkunft.

In der Pisa-Studie zeigt sich, dass das deutsche Schulsystem in der Sekundarstufe für eine soziale Entmischung der Schülerschaft sorgt. Dies ist vor allem eine Folge der frühen Verteilung der Kinder auf unterschiedliche Schulformen. Landet ein Kind in einer Hauptschule, so sinken seine Aussichten auf guten Bildungserfolg enorm. Gleichzeitig sorgt die frühe Sortierung keineswegs dafür, mehr Spitzenleistungen, etwa in den Gymnasien, zu erzeugen. Die besten Schüler/innen in Deutschland schaffen in ihren Leseleistungen nicht mehr als den internationalen Durchschnitt. Zu den markantesten Pisa-Ergebnissen gehört, dass die Schulsysteme, in denen die Kinder lange gemeinsam lernen, die besseren für alle erbringen. Das gemeinsame Lernen der Schwächeren und der Besseren verringert keineswegs das gesamte Leistungsniveau, wie das hierzulande so gern behauptet wird, sondern erhöht es.

An den Schulerfolgen von Kindern und Jugendlichen aus zugewanderten Familien lässt sich besonders eindringlich ablesen,

dass die deutsche Schule für viel zu viele junge Menschen keine gute Schule ist, obwohl sie es doch sein möchte. Die Zahl derjenigen, die keinen deutschen Pass besitzen, beträgt im allgemeinbildenden Schulwesen derzeit knapp eine Million. Zählt man Kinder und Jugendliche hinzu, die einen deutschen Pass besitzen also, solche aus Aussiedlerfamilien, binationalen Ehen oder eingebürgerten Familien, so haben beträchtlich mehr einen Migrationshintergrund. Man kann davon ausgehen, dass in den Schulen der städtischen Regionen etwa ein Drittel der Kinder und Jugendlichen aus zugewanderten Familien stammt; dies gilt zumindest für die westlichen Bundesländer. Damit entspricht die Lage in Deutschland dem Durchschnitt der Europäischen Union.

Diese Kinder und Jugendlichen so ergab es auch wieder einmal die Pisa-Studie werden in der deutschen Schule am meisten benachteiligt. Zwar konnten sie in den 1990er Jahren ihren Bildungserfolg deutlich steigern: nicht mehr die Hälfte von ihnen wie noch Anfang der 1980er verließ die Schule ohne jeden Abschluss, sondern nur noch ein knappes Fünftel, und die Zahl derjenigen, die die Hochschulreife erreichten, stieg von unter 5% auf ca. 9% im Jahr 1999. Eine gute Bilanz also?

Im Prinzip gewiss, aber die Sache hat einen Haken: trotz der positiven Entwicklung verringert auch heute noch ein Leben ohne deutschen Pass in Deutschland die Chancen auf Bildungserfolg drastisch. Denn erstens setzte sich der Trend zur Besserung des Bildungserfolgs Nichtdeutscher seit Mitte der 1990er Jahre nicht fort, sondern die Entwicklung stagnierte und ging in manchen Bereichen sogar zurück. Und zweitens konnten die Zugewanderten bei der Aufholjagd gegenüber den Deutschen noch keinen Boden gutmachen: der Abstand zwischen dem Bildungserfolg deutscher Jugendlicher und dem der Zugewanderten ist gleich geblieben. Ein paar dürre Zahlen dazu:

Nach wie vor verlassen mehr als doppelt so viele ausländische als deutsche Jugendliche die Hauptschule ohne jeden Abschluss. Nach wie vor erreicht nicht einmal ein Zehntel der ausländischen Jugendlichen das Abitur, während dies immerhin bei einem Drittel der deutschen Jugendlichen der Fall ist. Die geringeren Erfolge der ausländischen Jugendlichen im allgemeinbildenden Schulwesen wirken sich gravierend auf ihre Chancen aus, sich beruflich zu qualifizieren. Ausländische Jugendliche sind überproportional hoch in Schulformen vertreten, die zu Abschlüssen mit sehr geringem Ansehen

und wenig Aussichten auf Berufserfolg führen. Ihre Chancen auf eine Berufsausbildung im dualen System sind seit Mitte der 1990er Jahre wieder deutlich gesunken. Während bei deutschen Jugendlichen weniger als ein Zehntel ohne Ausbildung bleiben, ist dies bei ungefähr einem Drittel der ausländischen der Fall. Am stärksten betroffen sind Jugendliche mit türkischem Pass: ca. 40% von ihnen erhalten nicht die Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung, sondern bleiben Ungelernte.

Weitere Zeichen für die Schlechterstellung der ausländischen Jugendlichen im deutschen Berufsbildungssystem sind die folgenden: Ihre Ausbildungsquote entspricht in keinem Wirtschaftsbereich ihrem Bevölkerungsanteil an der Altersgruppe. Ihre Ausbildungschancen sind am höchsten in solchen Berufen, die die deutschen Jugendlichen eher meiden: Berufe mit geringen Verdienstmöglichkeiten, ungünstigen Arbeitsbedingungen oder schlechten Karrierechancen. Es kann dann kaum noch verwundern, dass ausländische Jugendliche wesentlich häufiger arbeitslos bzw. nicht erwerbstätig sind als deutsche, und dass sie knapp dreimal so oft in ungelerten oder angelernten Berufen anzutreffen sind wie deutsche Altersgenossen.

Kinder und Jugendliche aus zugewanderten Familien, so das Fazit, haben ein erhebliches Risiko zu tragen. Die Wahrscheinlichkeit, dass das deutsche Schul- und Ausbildungssystem sie nicht zum Erfolg führt, ist ungleich höher als bei ihren Altersgenossen aus nichtgewanderten Familien.

II.

Über die Gründe für dieses seit Jahrzehnten anhaltende Problem werden in der Öffentlichkeit gern Spekulationen angestellt. Es heißt beispielsweise, dass zugewanderte Familien nicht bildungswillig seien, dass ihnen nicht an der Integration ihrer Kinder in das deutsche Schulsystem liege und so weiter. Der weit überwiegende Teil solcher Spekulationen ist grober Unfug, wenn auch nicht im rechtsrelevanten Sinne dieses Wortes. Durch Forschung gesicherte Erklärungszusammenhänge sind hingegen die folgenden:

Soziale Lage

Zugewanderte Familien entstammen zwar vor allem den leistungsstärkeren, aufwärtsmobilen Schichten der Herkunftsregionen; das gilt übrigens unabhängig von ihrer staatlichen Zugehörigkeit. Dennoch ist ihr forma-

ler Bildungsstand meist niedriger als im Durchschnitt der altansässigen Bevölkerung. Sie erleben ferner nach der Migration oft eine Abwertung ihres sozialen Status und ihrer Ausbildung; häufig werden sie in Berufe abgedrängt, die unterhalb ihres Kompetenzniveaus liegen. Umstände wie diese haben zur Folge, dass die Zugewanderten insgesamt unter weitaus prekäreren sozio-ökonomischen Bedingungen in Deutschland leben als die Nichtgewanderten. Dies aber ungünstige sozio-ökonomische Lebensbedingungen wirkt sich auf die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen negativ aus. So ist z.B. bei einem geringen durchschnittlichen Haushaltseinkommen, das in Migrantenfamilien wesentlich häufiger anzutreffen ist als in deutschen, eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit gegeben, nicht über den Hauptschulabschluss hinauszukommen.

In den sozio-ökonomischen Umständen ihres Lebens in Deutschland liegt also ein hoher Erklärungswert für den anhaltenden relativen Bildungsmisserfolg Zugewandeter. Sie verfügen über weniger materielle Ressourcen, die sie in die Bildung ihrer Kinder investieren können. Durch schichtenspezifisches Schulwahlverhalten tragen die zugewanderten Familien zudem ungewollt selbst zum Überdauern der Disparitäten bei.

Weitere Gründe für die Bildungsbenachteiligung sind, dass sich in der Migrationssituation kulturelles Kapital schwerer auf die Nachkommen transferieren lässt und ökonomisches Kapital; es kann außerdem schlechter in kulturelles Kapital verwandelt werden als in altansässigen Familien. Relevant für den Bildungserfolg der Kinder ist außerdem die Lebensplanung der Eltern; diese wiederum steht in enger Abhängigkeit zur politischen Lage und dem allgemeinen öffentlichen Klima. Orientieren die Familien sich stark auf ein dauerhaftes Leben in Deutschland, so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein höherer als der Hauptschulabschluss erreicht wird. Ein gesicherter Aufenthaltsstatus der Familien ist also für den Bildungserfolg mitverantwortlich. Anders ausgedrückt: die mangelnde Integrationspolitik in Deutschland und das politische Desinteresse an einem integrativen, freundlichen öffentlichen Klima sind für die Bildungsbenachteiligung der zugewanderten Kinder und Jugendlichen mitverantwortlich.

In den hier angedeuteten Zusammenhängen liegt – da sei hier eingestreut – aus meiner Sicht ein wichtiger Ansatzpunkt für Quartiersarbeit. Die Errichtung niedrigschwelliger

Angebote der kontinuierlichen Begleitung zugewanderter Familien bei ihren Bildungsentscheidungen.

III.

Neben diesen in der Lebenslage der zugewanderten Familien gibt es zahlreiche Gründe für Bildungsbenachteiligung, die in der Gestaltung des Unterrichts liegen. Aus zeitlichen Gründen kann ich hierauf nicht näher eingehen, aber es sei ein Zusammenhang angedeutet: Die deutsche Schule leistet eine sehr mangelhafte Förderung der deutschen Sprache. Bedenken Sie: Die deutsche Sprache durchdringt hierzulande vollständig; sie ist das Medium, in dem alle Inhalte vermittelt werden; die Beurteilung von Schülerleistungen schließt immer eine Beurteilung dessen ein, wie sie imstande sind, Gelerntes auszudrücken – etc. Folgerichtig ist der Zugang zur deutschen Sprache der Dreh- und Angelpunkt einer Schüler/innenkarriere hierzulande.

Gleichzeitig leistet es die Schule nicht, den Kinder das Deutsch auch zu vermitteln, das ihnen aktiv und passiv in der Schule abverlangt wird. Es hat ja die eigenen Gesetzmäßigkeiten einer Fach- oder Wissenschaftssprache. Damit unterscheidet es sich sehr deutlich von den Sprachvarianten, die in der alltäglichen Kommunikation eine Rolle spielen. Für sprachlernende Menschen ist besonders gravierend, dass diese Unterschiede vor allem im strukturellen Bereich liegen. Es geht also nicht darum, Fachvokabeln zu reproduzieren; das ist noch relativ leicht. Hauptmerkmal, und zugleich Hauptschwierigkeit der Sprache der Schule bilden die komplizierter werdenden grammatischen Formen, in die die Fach-Vokabeln eingebettet sind. Das bedeutet unter anderem: die verlangte sprachliche Leistung wird immer abstrakter, und sie entfernt sich immer deutlicher von den Gesetzmäßigkeiten der Alltagskommunikation. Schulsprache hat mit den Regeln schriftsprachlicher Kommunikation mehr gemeinsam als mit mündlichen Gesprächsweisen. Da aber liegt das Problem: für die Vermittlung dieser spezifischen Sprachform hat die Schule das Monopol. Aber zugleich muss man feststellen, dass es infolge von historischen Traditionen, in denen unser Schulsystem steht, nicht üblich ist, das Deutsch der Schule zu vermitteln. Vielmehr wird prinzipiell davon ausgegangen, dass die Beherrschung der deutschen Sprache quasi die Mitgift ist, die alle Kinder selbstverständlich in den schulischen Bildungsgang einbringen. Daher werden die sprachlichen Mittel, die benötigt werden, um

eine Sache zu begreifen, im Prinzip nicht gelehrt, sondern als weitgehend vorhanden vorausgesetzt.

Ich muss es bei diesen Andeutungen zum Aspekt der Bildungsbenachteiligung belassen, sonst komme ich ja nicht mehr zu den guten Nachrichten - und zu denen möchte ich nun gern übergehen.

2. Ressourcen

Die gute Nachricht lautet, dass es gute Chancen für eine Verbesserung der Lage gibt - wenn man an den Ressourcen, Kräften, Fähigkeiten der Migranten ansetzt. Auch diese These kann ich nur durch Schlaglichter belegen; sie betreffen den sprachlichen Reichtum der Migrant/innen. Lassen Sie sich zunächst für einen Augenblick entführen in die Welt der Musik:

„Kendi Yolun - Dein eigener Weg“ ist das Musikstück übertitelt, aus dem Sie ein paar Takte hören werden. Die Interpretin heißt Aziza A., und ihr Lied ist ein Musterbeispiel für Kommunikation in der Einwanderungsgesellschaft. Aziza A. ist eine Berlinerin: Sie ist in Berlin geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen. Sie liebt diese Stadt, wie sie in einem Interview sagt, weil sie hier ihre Bildung, ihre Karriere, ihre Freuden und ihre Katastrophen erlebt hat.

Aziza A.'s Lied ist für mich ein Inbild der Kommunikation in der Einwanderungsgesellschaft. Ihre Lieder und Texte sind für mich gleichsam Bebilderungen von Forschungsergebnissen, die wir zur Sprachziehung und Praxis Zugewanderter vorliegen haben. Zu diesen gehört, dass in den nach Deutschland zugewanderten Familien ein sprachliches Selbstverständnis und eine Praxis vorfindlich ist, in deren Mittelpunkt „Mehrsprachigkeit“ steht. Die Familien benutzen und pflegen (mehr oder weniger elaboriert, je nach ihren Möglichkeiten) ihre mitgebrachten Sprachen - nicht selten mehr als eine -, und sie wünschen, dass diese Sprachen von ihren Kindern weitergebraucht und weitergepflegt werden. Daneben aber, und ohne damit in Konkurrenz zu treten, sind sie sich der Wichtigkeit einer Beherrschung des Deutschen für ihre Kinder bewusst und unterstützen sie dabei nach Kräften, sich Deutsch anzueignen.

In einer Stadtteiluntersuchung, die wir in Hamburg durchgeführt haben, haben wir unter anderem die Sprachpraxis von zugewanderten Kindern außerhalb der Schule und des Elternhauses beobachtet. Wir erhielten ein facettenreiches Bild von der kindlichen Gestaltung des sprachlichen Raumes:

eine außerordentlich komplexe »sprachliche Landschaft«, in der sprachliche Heterogenität und Vielsprachigkeit in einer Fülle von Formen gegenwärtig sind. Eines der klaren Ergebnisse unserer Untersuchung ist es, dass monolinguale Konstellationen in den Kindergruppen der städtischen Lebenswelt kaum vorkommen. Der ganz überwiegende Teil der Gruppen konstituierte sich multilingual, und in mehr als der Hälfte der Fälle waren mehr als zwei Sprachen beteiligt. Auch in anderen Untersuchungen hat sich gezeigt, wie reichhaltig und kreativ die mehrsprachige Praxis der kleinen Kinder ist.

Es zeigte sich in diesen Untersuchungen, dass Sprachwechsel, Sprachmischung, das Spiel mit Sprachen ganz alltägliche Modi der sprachlichen Interaktion sind; sie sind geradezu ein Kennzeichen der üblichen Sprachpraxis in den Stadtquartieren der Einwanderungsgesellschaft. Kinder und Jugendliche machen dann, wenn Monolingualität nicht explizit von ihnen verlangt wird, von den verschiedenen Sprachen, die ihnen zur Verfügung stehen, ausgiebig und nach Belieben Gebrauch. Es erweist sich darüber hinaus, dass das Wechseln zwischen den Sprachen häufig ein besonderes Stilmittel der Mehrsprachigen ist. Hier widersprechen die Ergebnisse ganz deutlich dem vielfach vertretenen Standpunkt, das Wechseln zwischen Sprachen sei vor allem darauf zurückzuführen, dass man über einen Ausdruck nicht verfügt, den man gerade benötigt. Es kann vielmehr als erwiesen gelten, dass eine Art »symbiotischer« Beziehung zwischen den Sprachen besteht, in denen mehrsprachige Menschen leben. Dies setzt sie instand, sich aus dem Gesamt ihres sprachlichen Repertoires je nach Anlass, Bedarf und Neigung, flexibel und variantenreich, bedienen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen zeigen im übrigen keineswegs außergewöhnliche Verhältnisse. Sie weisen vielmehr auf die übliche sprachliche Realität in Einwanderungsgesellschaften - jedenfalls: in ihren Städten. Hier entsteht ein veränderter Modus des Sprachgebrauchs. Die jeweils regionale Majoritätssprache - also bei uns das Deutsche - dominiert zweifellos diesen Sprachgebrauch. Aber er wird ergänzt durch die mehr oder weniger extensive Anwendung von Varietäten verschiedener Art. Es entstehen aus den zahlreichen Sprachvarianten, die auf einem Territorium zusammenkommen, mixed codes (so hat es mein Londoner Kollege Roger Hewitt ausgedrückt): hybride Sprach- und Kulturmischungen, die nicht in ihren jeweils aktualisierten Varianten, aber sehr wohl als Ausdrucksformen

Stabilität aufweisen. In Einwanderungsgesellschaften herrscht Sprachenvielfalt - auch wenn dies hierzulande noch nicht recht öffentlich anerkannt ist.

Gegen solche Feststellungen wird manchmal eingewendet, dass das wohl ein vorübergehender Zustand sei. Man sehe, so heißt es, die Angehörigen der eingewanderten Minoritäten im »sprachlichen Anpassungsprozeß« befindlich, der dazu führe, dass sie sich die Majoritätssprachen zu eigen machen und ihre mitgebrachten Sprachen aufgeben. Dies aber ist eine einseitige Beobachtung. Genau betrachtet, zeigt die sprachliche Landschaft in der Migrationsgesellschaft gleichzeitig etwas anderes:

Die Sprachen der Herkunft verlieren für die Angehörigen der eingewanderten Minoritäten keineswegs an Bedeutung. Hier bestätigen sich im Hinblick auf die jüngere Migration nach Europa Ergebnisse, wie sie schon in den sog. klassischen Einwanderungsländern und in Kolonisationskontexten immer wieder gewonnen wurden: Demnach wandeln sich Funktionen und Gebrauchsweisen von minorisierten Sprachen, aber sie verlieren dennoch nicht die Relevanz für ihre Benutzer.

Es ist demnach kein Widerspruch, wenn man feststellt, dass Menschen mit dem familiären Hintergrund der Migration in vielerlei Hinsicht von den Nichtgewanderten nicht unterscheidbar sind, in anderer Hinsicht aber spezielle Ausdrucksformen besitzen - und möglicherweise explizit und entschieden von diesen speziellen Formen Gebrauch machen. Dies sind vielmehr die zwei Seiten derselben Medaille des Lebens mit Migrationserfahrung. Sich um das Deutsche zu bemühen und die Sprache der Herkunft zu pflegen sind keineswegs konkurrierende Haltungen, sondern ist die übliche und der Lebenssituation von Migrant/innen höchst adäquate Praxis.

Wir wissen heute noch nicht allzu viel Gesichertes über die tatsächliche sprachliche Vielfalt im Einwanderungsland Deutschland; erste Untersuchungen kommen gerade erst in Gang. Eine Studie aller Grundschul Kinder in Hamburg, deren Ergebnisse demnächst veröffentlicht werden, zeigt, dass in dieser Stadt mehr als 100 verschiedene Sprachen neben dem Deutschen lebendig sind. Daher ist - jenseits aller unleugbaren Dominanz des Deutschen in Deutschland - Vielsprachigkeit die sprachliche Normalsituation, die Kinder und Jugendliche heute und künftig zu bewältigen haben. Dies gilt für alle Kinder - gewiss ganz besonders für diejenigen, die selbst in mehr als einer Sprache aufwach-

sen, aber auch für die anderen, die in ihrer Familie nur das Deutsche erleben.

Mit dieser Schilderung wollte ich Ihnen eines der vielen möglichen Beispiele dafür vorstellen, wie man Grundlagen für eine aussichtsreiche Arbeit an der Entwicklung von Chancen für junge Menschen gewinnt:

Man kann sich ein Bild von einer Lage machen, in dem man hauptsächlich ihre finsternen Seiten betrachtet; das Bild, das ich Ihnen hier zeige, wird von vielen Menschen spontan als "Geschmier" gedeutet. Man kann aber auch zweimal hinsehen und noch etwas anderes entdecken - hier war ein Kind offenbar imstande, in drei Wörtern drei Sprachen unterzubringen, die es kennt ...

Ich komme nun zu einigen Bemerkungen über Prinzipien der Arbeit mit Zugewanderten im Quartier, die sich aus meiner Sicht ergeben, wenn man Daten und Fakten berücksichtigt. Diese Arbeit müsste sprachliche, ethnische und kulturelle Pluralität in der Region als den Normalfall anerkennen und sich vor allem an dem Ziel ausrichten, die Ressourcen, Fähigkeiten, Kräfte zu mobilisieren, die Kinder und Jugendliche zur Bewältigung dieser pluralen Lage entwickeln.

Es ist bislang weithin üblich, Kindheit und Jugend in der Migration unter dem Blickwinkel zu betrachten, dass damit Belastungen oder gar Gefährdungen des Aufwachsens und der Entwicklung einhergingen. Eine angemessene Grundlage für die Kinder- und Jugendarbeit ergibt sich dadurch jedoch nicht. Es werden nämlich dabei die besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten außer Acht gelassen, die sich im Kontext von Mobilität oder Migration entwickeln können und an denen unterstützendes Handeln ansetzen kann. Der sprachliche Reichtum, den sie besitzen - wohlgerne: bis heute ohne die Unterstützung der öffentlichen Institutionen, also z.B. der Schule -, ist dafür nur ein Beispiel.

In der Forschung zur Frage, ob und unter welchen Bedingungen sich positive oder negative Folgen eines "mobilen" Lebens einstellen, zeigt sich, dass die Annahme einer prinzipiell konflikthafter Konstellation des Aufwachsens in der Migration unangemessen ist. Junge Menschen mit Migrationshintergrund erleben nämlich die von ihren mobilen Lebensumständen ausgehenden Irritationen als normale und übliche, mit der eigenen Lebensplanung in Einklang befindliche Erfahrungen. Sie erkennen an - oder nehmen mindestens hin -, dass die integrative Verarbeitung solcher Erfahrungen zu ihren Entwicklungsaufgaben gehört.

Noch einmal will ich dies an den sprachlichen Praktiken in Migrantenfamilien illustrieren. Die Zugewanderten erkennen durchaus die Vorrangstellung des Deutschen in Deutschland an und stellen sich auf sie ein. Dennoch – und ohne damit in Konflikt zu geraten – wird von den zugewanderten Familien ebenso wie den Kindern und Jugendlichen selbst eine Praxis von Mehrsprachigkeit gewünscht und gepflegt. Soweit es unter den konkreten Lebensumständen möglich ist, wird in den Erhalt der mitgebrachten Sprachen investiert. Die Migrant/innen intendieren damit keineswegs, gegen das "Vorrecht" des Deutschen in Deutschland zu verstoßen. Vielmehr nutzen sie die Spielräume, die eine plurale Gesellschaft, ihre persönliche Mobilität und die hochentwickelten technischen Möglichkeiten der Kommunikation ihnen bieten.

Untersuchungen weisen darauf, dass Migrantenfamilien ihren mitgebrachten Sprachen einen hohen Stellenwert beimessen, sich zugleich aber intensiv darum bemühen, ihre Kinder beim Lernen des Deutschen zu unterstützen. Gewiss sind die Unterstützungsmöglichkeiten der Familien nicht immer befriedigend sind; das erklärt sich vor allem durch ihren Bildungshintergrund und die sozio-ökonomischen Umstände ihres Lebens. Belegt ist gleichwohl eine insgesamt hohe Investitions- und Unterstützungsbereitschaft Zugewandeter in die Bildung und Erziehung ihrer Kinder, und zwar unabhängig vom Geschlecht. Hier widersprechen also die Forschungsergebnisse ganz klar den vielfach berichteten Alltagserfahrungen. Wenn diese vorhandenen Bereitschaften auf ein adäquates Unterstützungsangebot stoßen, sind die Chancen groß, dass sich die Lage verbessert.

3. Welche Prinzipien sollte eine ressourcenorientierte Arbeit beherzigen?

(1) Wie bei anderen tendenziell marginalisierten Gruppen ist die Errichtung niedrigschwelliger Angebote von entscheidender Bedeutung dafür, dass sie von den Adressat/innen akzeptiert werden. Damit dieser Anspruch eingelöst werden kann, muss insbesondere an einem Abbau von Kommunikationsbarrieren gearbeitet werden.

Dazu gehört es zum einen, Verständigungshindernisse im engeren Sinne zu vermeiden – also beispielsweise, Informationen nicht nur in der deutschen Sprache zu geben, sondern auch in den Sprachen der Zu-

gewanderten. Zum anderen aber müsste stärker berücksichtigt werden, dass Deutsch zwar eine wichtige, aber keineswegs die einzige Sprache in der deutschen Gesellschaft ist. Die zweitgrößte deutsche Sprache ist Türkisch. Etwa 150 verschiedene Sprachen sind in Deutschland lebendig. Diese sprachliche und kulturelle Vielfalt sollte in den Einrichtungen und bei den Angeboten selbstverständlich präsent sein, und zwar nicht nur im Sinne der Notmaßnahme für den Fall, dass das Deutsche nicht beherrscht wird.

Die Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit zugewandelter Kinder und Jugendlicher ist eine nicht nur individuell, sondern auch gesellschaftlich wertvolle Ressource. Die Förderung der Deutschkenntnisse ist nicht unbedeutend davon abhängig, dass auch die andere Lebenssprache eines zweisprachigen Kindes gefördert wird. Sich ausschließlich auf die Förderung des Deutschen zu konzentrieren greift daher deutlich zu kurz. Gewiss ist die Förderung der hiesigen Verkehrssprache Deutsch eine unabdingbare Voraussetzung für gelingende Integration. Für junge Menschen aber, die in zwei oder mehr Sprachen in Deutschland leben, gibt es nicht nur einen ethisch begründeten, sondern auch einen spracherwerbstheoretisch legitimierten Anspruch darauf, dass ihre gesamten sprachlichen Fähigkeiten in den Institutionen der Erziehung und Bildung entfaltet werden. Soweit dies möglich ist, sollte die Arbeit im Stadtteil - in Ergänzung zur Schule und in Zusammenarbeit mit ihr – Unterstützung dabei leisten, dass Kinder aus zugewanderten Familien schriftsprachliche Kompetenzen in ihren beiden Sprachen erlangen können.

Wenn auf die mitgebrachte Mehrsprachigkeit der Zugewanderten fördernd reagiert wird, erhöht dies den gesellschaftlichen Sprachenreichtum und zugleich die Chancen der einsprachig aufwachsenden Kinder und Jugendlichen, von Mehrsprachigkeit zu profitieren. Die aus den Familien mitgebrachten sprachlichen Kompetenzen der Zugewanderten können nämlich in gemeinsamen Lern- und Kommunikationsprozessen eine wertvolle Unterstützung für diejenigen sein, die zu Hause nur eine Sprache erleben und die Chance auf Entwicklung von Mehrsprachigkeit üblicherweise nicht in einer lebendigen Sprachumgebung wahrnehmen können, sondern auf fremdsprachlichen Unterricht angewiesen sind.

(2) Eine an der Förderung von Ressourcen ausgerichtete Arbeit darf die Zugewanderten nicht über einen Kamm scheren.

Zwar ist unabweisbar, dass Migrant/innen bei globaler Betrachtungsweise zahlreiche benachteiligende, wenn nicht gar gefährdende Lebensbedingungen zu gewärtigen haben; einige davon habe ich erwähnt. Faktum ist aber auch, dass sie ungeachtet dessen – wie jede andere Bevölkerungsgruppe – ein Bevölkerungsteil von großer innerer Heterogenität sind. Auch sie sind höchst unterschiedlich mit sozialem, ökonomischem und kulturellem Kapital ausgestattet, also mit den letztenendes für Lebenserfolgchancen entscheidenden Voraussetzungen. Soweit also nicht strukturelle Barrieren abzubauen sind – wie etwa benachteiligende Rechtsvorkehrungen oder die Existenz von Sprachbarrieren – muss das Angebot und die Gestaltung von Hilfen fallbezogen, nicht gruppenbezogen geschehen.

Dies setzt bei dem Personal, das an der Arbeit im Stadtteil beteiligt ist, analytische, diagnostische und Handlungskompetenzen voraus, zu deren Erwerb die gegenwärtigen sozialpädagogischen Ausbildungen kaum Gelegenheit bieten. Wir müssen also daran arbeiten, sich die Ausbildung dieses Personals verbessert oder ihm entsprechende Unterstützung, Weiterbildung angeboten wird. Personen mit eigener Migrationserfahrung können wertvolle Beiträge zur Besserung der Lage leisten, aber auch sie bedürfen der spezifischen Aus- und Weiterbildung.

Ich komme zum Schluss:

Im Aufgreifen und Fördern der speziellen sprachlichen und kulturellen Erfahrungen der Gewanderten liegt – so sollten wir uns vergegenwärtigen – auch eine gesamtgesellschaftlich wichtige Chance. Wir können von Migrant/innen lernen, denn sie entwickeln Praktiken und Strategien der Lebensbewältigung, die für die Gestaltung eines friedlichen Zusammenlebens in unserer immer stärker sich ausdifferenzierenden Gesellschaft generell wertvoll sind. Beginnen wir also, Migration und ihre Folgen nicht als Last, sondern mit Lust zu betrachten - und vielleicht kann dies ein Leitbild sein für Ihre wichtige Arbeit bei der Entwicklung von Chancen für benachteiligte junge Menschen. – vielen Dank.

Michael Bax; Ekkehard Fiss
IGS Vahrenheide/Sahlkamp

Schüler mischen mit: Stadtteilinformationssystem VASA-INFO im Internet

„Hallo Leute! Ich habe damals auch mit am Stadtteilinformationssystem gearbeitet. Ich bin jetzt nur noch an der Schule, weil ich das Jahr wiederhole. Aber es ist toll, zu sehen was hier draus geworden ist. Hätte nie gedacht, dass es klappt und dass sich Leute das angucken. Aber es ist wirklich toll geworden!“ (Schülerin, 16 Jahre).

Herzlichen Dank an die Schülerinnen der Klasse 7d für die wunderbare Gestaltung unserer Internet-Seite! Das so junge Schülerinnen so professionell arbeiten können, gebührt Respekt und Anerkennung! (Axel N., Grüne Boten)

Moin moin! Als Exil-Buchholzer (ehem. Spannhagengarten-Bewohner) war ich überrascht und erfreut, Hintergründe und Geschichtliches über "meinen" neuen Stadtteil lesen zu können. Gute Arbeit! (Pablo J. T.)

Hallo Fans des Jahrgang 8, ihr habt interessante Seiten im Internet, wir arbeiten z.Z. an persönlichen Seiten, die einmal auf unserer Schulhomepage erscheinen sollen. Wir, das sind Gültan, Mostafa, Thomas, Ina, Jennifer, Mirhasib, Martin, Michael, Ann-Kathrin, Lars, Anastasia, Pascal, Yvonne, Thomas, Shalaine und Pranvera. Habt ihr Lust, mit uns über euer ONLINE-Forum zu kontakten? Schreibt mal oder schlägt über euer ONLINE-Forum ein oder mehrere Themen vor. (Brinker Schule Jahrgang 8, Technik)

Die Initiative

Vor gut einem Jahr erfuhren wir von einem Bürgerinformationssystem im Internet für den Stadtteil Hannover-Döhren-Wülfel. Nach einem ersten Gespräch mit dem dafür Verantwortlichen kristallisierte sich die Idee heraus, ein Stadtteilinformationssystem für unseren Stadtteil zu entwickeln, das von Schülern gestaltet und gepflegt werden sollte. Es konnte sich so die Chance eröffnen, nicht nur zur Auseinandersetzung mit Informations- und Kommunikationstechnologien als lebensnahem und authentischem Arbeitsfeld,

sondern auch der Schule insgesamt die Möglichkeit geben, sich stärker als bisher in der kommunalen Öffentlichkeit zu präsentieren.

Unsere Schule

Die IGS Vahrenheide/Sahlkamp in Hannover, eine neue kleine Gesamtschule mit ca. 500 Schüler/innen und knapp 60 Lehrer/innen liegt im Stadtteil Hannover-Vahrenheide. Dieser Bezirk gilt als ein sozialer Brennpunkt der Stadt. Unsere Schüler/innen kommen aus über 20 verschiedenen Nationen, viele sind Sozialhilfeempfänger in der dritten Generation.

Wir definieren uns als Schule im Bezirk, öffnen uns zum Stadtteil und kooperieren mit vielen Institutionen und Einrichtungen. Wir fühlen uns dem Gedanken der Integration von ausländischen Mitbürger/innen verpflichtet; unsere Schule soll ein Lebensraum für alle Schüler/innen sein, der Erfahrungen und Fähigkeiten vermittelt, die ihnen sonst nicht zugänglich sind.

Aus der Idee "Stadtteilinformationssystem" erwächst ein didaktisches Konstrukt

Im Raum stand anfangs kein fertiges Konzept. Viel mehr kristallisierten sich didaktische Fragestellungen heraus:

- Welchen Bildungsgehalt hat ein Stadtteilinformationssystem für Schüler/innen?
- Besteht die Möglichkeit, die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Rahmen von curricular festgelegten Fächern zu integrieren?
- Lässt sich ein Stadtteilinformationssystem überhaupt von Seiten einer Bildungseinrichtung aufbauen?
- Welche neuen Kooperationsmöglichkeiten mit Personen und Institutionen im Stadtteil lassen sich dadurch entwickeln?

Für uns rückten zwei Aspekte in den Blick:

Erstens: Curricularer Kontext

Im Fach Gesellschaftslehre gibt es z. B. das Thema: „Alle Räder stehen still ... - Industrielle Revolution und soziale Frage“; u.a. soll die Fähigkeit, soziale und wirtschaftliche Daten grafisch darstellen zu können, vermittelt werden. Im Fach Deutsch ist ein durchgängiger Schwerpunkt die Einheit „Umgang mit Texten“, in Arbeit-Wirtschaft-Technik geht es um „Industrialisierung, Betriebe aus ver-

schiedenen Wirtschaftsbereichen kennen lernen“. Hier sind vorgesehen: Erkundung des Gewerbegebietes Vahrenheide, Moderne Produktionsabläufe/Betriebe darstellen, „Pro Beruf“ als unterstützende Institution für die Berufswahl kennen lernen; erste Erfahrungen im Berufsleben dokumentieren. Hier passt viel zusammen, das Stadtteilinformationssystem wird zur Klammer für quartiersbezogene Themen in unterschiedlichen Fächern.

Zweitens: Gemeinwesenorientierung

Es sind die kleinen praktischen Fragen aus dem Stadtteil, die wichtig sind für das Wohlbefinden der Bürger/innen und deren Antworten oftmals nur sehr umständlich zu finden sind. Gerade mit dem Arrangement Stadtteilinformationssystem bieten sich Chancen, breite Bevölkerungskreise – auch Menschen anderer Herkunft und Kultur - durch die Ansprache und Präsentation der im Stadtteil tätigen Einrichtungen wie beispielsweise Jugendzentren, Freizeitheime, Beratungsinstitutionen zu beteiligen. Auf dieser Ebene könnte ein Online-Informationssystem u. a. die Möglichkeit eröffnen, über Stadtteilentwicklungen zu diskutieren, Hilfeleistungen zu vermitteln, Adressen und Angebote lokaler Einrichtungen übersichtlich und auf dem jeweils aktuellen Stand anzubieten. Als zentrale Aufgabe und der Pflege eines Stadtteilinformationssystems verfolgen wir Zielsetzungen, die der Förderung eines demokratischen Gemeinwesens dienen. Es geht darum, den Nutzer/innen ein vielfältiges Forum zur Selbstdarstellung, zur Öffentlichkeitsarbeit und zum gegenseitigen Informationsaustausch mit multimedialen interaktiven Elementen zu bieten sowie einen kritischen Gedankenaustausch aber auch Diskussionen über lokale Entwicklungen und Begebenheiten zu ermöglichen.

Stand der Arbeit: Blitzlichter

Das Stadtteilinformationssystem im Internet für die Stadtteile Vahrenheide - Sahlkamp - Bothfeld ist unter der URL: www.nananet.de/vahrenheide zu erreichen. Der aktuelle Stand unserer Arbeit ist dort zu besichtigen; jeder „Artikel“ ist im Prinzip mit dem Namen des Schülers/autor gekennzeichnet. Ein großer Teil der Seiten wurde von einer schulischen Mitarbeiterin ins Russische übersetzt. Türkischsprachige Seiten sind geplant, jedoch aufgrund technischer Schwierigkeiten noch nicht realisiert.

Zahlreiche Institutionen, Vereine, Betriebe aus dem Stadtteil haben Material geliefert und unterstützen mit großem Interesse unserer Vorhaben. Die technischen Rahmenbedingungen wurden von den beiden projektbetreuenden Lehrern mit Unterstützung der Universität Hannover bereitgestellt: Zugang zu einem Server, von dem die Internetseiten abgerufen werden können, einschließlich Einrichtung eines Gästebuches und eines Online-Forums.

Ab Mai 2000 haben sich zwei Wahlpflichtkurse im 9. Jahrgang aktiv an der Ausgestaltung des Stadtteilinformationssystems beteiligt. Die Schüler/innen haben Zeitungsartikel und oben genannte Materialien multimedial aufgearbeitet: die Texte redigiert und abgeschrieben; Grafiken eingescannt; Fotos gemacht; Animationen und anderes Material zum Gestalten der Seiten herausgesucht etc.

Nach den Sommerferien 2000 ist die Arbeit im 8. und im 10. Jahrgang fortgesetzt worden und nun ein beständiger Teil des Unterrichts. Die Ergebnisse wurden bei unterschiedlichen schulischen Veranstaltungen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Interessen der Schüler/innen werden in vielfältiger Weise bedient: keiner muss sofort alles gleich gut können oder lernen. Der eine recherchiert gerne vor Ort, der andere formuliert gerne oder schreibt ab, eine dritte kümmert sich mit Vorliebe um das Layout ...

Innerhalb des Systems ist ein Online-Forum eingerichtet worden, dessen Prinzipien wir den Schüler/innen mit Hilfe von überschaubaren Planspielen vermittelt haben. Es bietet die Gelegenheit, Themen sowohl aus der Schule als auch aus dem Stadtteil zu diskutieren. Anlässlich der niedersächsischen Kommunalwahl im September 2001 boten wir Schüler/innen die Möglichkeit, sich mit den Themen "Wählen mit 16" und "Meinungen über Politik" auseinanderzusetzen sowie lokale Probleme aufzugreifen und mit den Kandidat/innen erörtern. Dazu ein Blitzlicht aus einem Wahlpflichtkurs in Jahrgang 10.

Die Schüler/innen haben eine Befragung zum Thema "Wahlalter 16" innerhalb der Schülerschaft des 10. Jahrganges durchgeführt. Drei Fragen mussten schriftlich beantwortet werden:

- Nenne mindestens drei Gründe, warum wohl die Mehrheit der Deutschen gegen das Wahlalter 16 ist.
- Wie stehst du zu der Aussage: "Politische Mitbestimmung kann nicht früh genug beginnen - mit 16 kann man schon

politisch mitreden und wählen gehen." Begründe!

- Würdest du am 9. September zur Kommunalwahl gehen? Begründe.

Im Ergebnis wird deutlich, dass die Schüler/innen sich vorstellen können, warum die Mehrheit der Erwachsenen die Ansicht vertritt, das Wahlalter eher bei 18 Jahren zu belassen ("Es besteht noch kein politisches Interesse bei Jugendlichen im Alter von sechzehn", "Es besteht noch keine Reife für das politische System", "Mit sechzehn ist man noch unerfahren", "Man kann in diesem Alter noch keine Entscheidungen treffen", "Die Jugend könnte mit falschen Entscheidungen die politische Welt zum Negativen beeinflussen", "Die Jugend hat noch keine Erfahrungen mit der Politik"). In den Aussagen der Schüler/innen wird auch deutlich, dass sie überzeugt sind, mit 16 Jahren politisch mitreden zu können ("Die Jugendlichen haben das Recht auf Meinungsfreiheit", "Es sollen nicht nur Erwachsene das Recht zum Wählen haben", "Die jungen Leute wollen auch was zur Politik sagen", "Die Jugend von heute kann die Welt vielleicht auch um ein Stück verbessern", "Jugendliche wollen die Zukunft gestalten"). Die Mehrheit der befragten Schüler/innen scheint auch gewillt, bei der nächsten Kommunalwahl ihre Stimme abzugeben, wenn sie dazu die Möglichkeit haben.

Darüber hinaus gibt es eine Zusammenarbeit zwischen einer 8. Klasse und dem örtlichen Bezirksrat. Es geht um das Angebot, für jedes Bezirksratsmitglied eine eigene Inter-

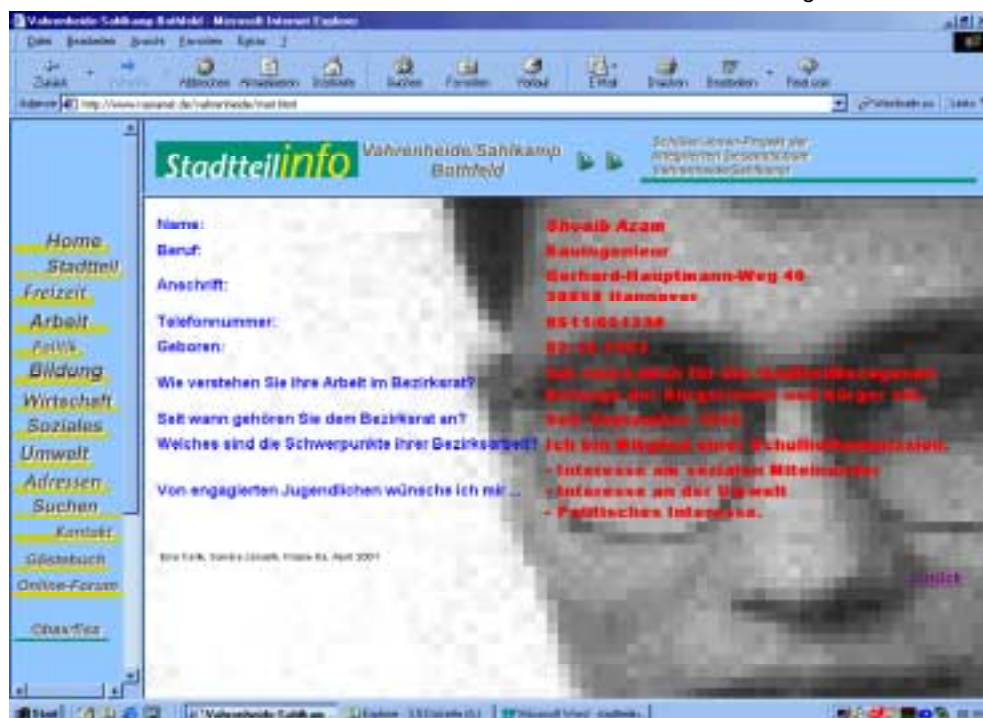
netseite für das Stadtteilforum zu erstellen.

Über den Bezirksbürgermeister wurde Kontakt zu den Bezirksratsmitgliedern aufgenommen. Sie erhielten neben einem Anschreiben, einer ausführlichen Information des schulischen Vorhabens und seiner Intention ein Vordruck für eine Internetseite, auf dem neben der Abfrage der persönlichen Daten vier Fragen gestellt wurden:

- Wie verstehen Sie ihre Arbeit im Bezirksrat?
- Seit wann gehören Sie dem Bezirksrat an?
- Welches sind die Schwerpunkte Ihrer Bezirksratsarbeit?
- Von engagierten Jugendlichen wünsche ich mir ... (max. 5 Sätze)

Die Schüler/innen haben mit großem Eifer und Interesse die Internetseiten erstellt und erfahren, dass hinter der Kommunalpolitik in Vahrenheide auch Personen stehen. Leider mussten sie auch feststellen, dass der Großteil der Bezirksratsmitglieder das Angebot - trotz mehrmaliger Nachfragen - nicht angenommen hat. Eine Vermutung liegt nahe, dass die Vorstellung im Internet vertreten zu sein, vor allem die älteren Bezirksratsmitglieder abgeschreckt hat, dieses Angebot anzunehmen. Diejenigen, die das Angebot wahrgenommen haben, zollten den Schüler/innen schriftlich großes Lob.

Abb. 1: Von zwei Schülerinnen erstellte Internetseite für das Bezirksratsmitglied Shoab Azam



In den Projekten hat sich gezeigt, dass die immer wieder festgestellte Politikverdrossenheit und das Desinteresse an politischen Themen auch bei unseren Schüler/innen vorhanden ist. Punktuell kann sie aufgelöst werden, wenn Schüler/innen wie im oben genannten Unterrichtsvorhaben feststellen können, dass hinter politischen Entscheidungen reale Personen mit politischen Vorstellungen und Meinungen stehen, mit denen man in Kontakt treten kann.

Unterrichtsorganisation und Ziele

Für die erwähnten Wahlpflichtkurse gewinnt die Recherche und redaktionelle Arbeit für das Stadtteilinformationssystem zunehmend an Bedeutung. Für bestimmte Bereiche des Projekts können Klassen inzwischen die Zuständigkeit übernehmen. Sie sind mit ihrem speziellen Thema beschäftigt; so verteilt sich die anfallende Arbeit.

Dieser planerische Ansatz führt nicht nur zum selbstverständlichen Umgang mit dem Computer und den neuen Kommunikationsmöglichkeiten, sondern schafft auch Identifizierungsmöglichkeiten: Die Schüler/innen werden zu Dienstleister/innen gegenüber den Bewohnern im Stadtteil, indem sie die Beiträge der Institutionen multimedial zubereiten. Hier kommen Motivation, Eigentätigkeit und praktischer Nutzen zusammen. Die Jugendlichen lernen ihre nächste Umgebung besser kennen, erwerben Qualifikationen, die für ihre berufliche Zukunft wichtig sind. Der Kontakt zur politischen Entscheidungsebene, zu beratenden, helfenden und verwaltenden Instanzen baut Hemmschwellen ab; Einflussmöglichkeiten, die die Distanz zwischen "oben" und "unten" vermindern und Kommunikation befördern, können aufgezeigt werden.

Durch das von uns gewählte Arrangement des Stadtteilinformationssystems lernen

- die Schüler/innen die grundlegenden politischen Strukturen und die politischen Vertreter ihres Stadtbezirks kennen (Aspekt des Wissens);
- sie sind die „Macher“ und können der Politik gegenüber selbstbewusst als Dienstleister/innen und Expert/innen auftreten (Aspekt der Identifikation);
- sie üben in Planspielen (online-) Diskussionen, Artikulation von Interessen und Strategien zu ihrer Durchsetzung (Aspekt der Kommunikation und Einflussnahme);

- sie sollen letztendlich eigene soziale Erfahrungen und Interessen so formulieren können, dass sie politisch wirksam werden.

Schlussbemerkungen

In unserem Schulbezirk haben wir es nicht nur, aber doch vor allem mit Kindern sogenannter Modernisierungsverlierer/innen zu tun, deren Interessen öffentlich kaum wahrgenommen, diskutiert oder berücksichtigt werden – es sei denn, sie vermitteln sich gewalttätig.

Gerade politische Bildung muss es sich zur Aufgabe machen, Artikulationskompetenzen und -möglichkeiten für diejenigen zu schaffen, die angesichts einer solchen Ignoranz entweder mit Distanz zur Politik oder gar mit Sympathie für extremistische Strömungen reagieren. Beide Tendenzen persönlicher Resignation sind im Wahlverhalten unseres Quartiers überproportional nachweisbar.

Der "einfache Mann auf der Straße" sieht generell kaum noch Einflussmöglichkeiten auf das Handeln der Politik, die sich im übrigen auch selbst immer mehr wegen angeblicher oder tatsächlicher Sachzwänge aus der wirksamen und verantwortlichen Gestaltung der Gesellschaft zurückzieht.

Die Faszination von Jugendlichen für die Kommunikationstechnologien kann für die wirksame Artikulation von Interessen und Einflussnahme genutzt werden. Die meisten Älteren begreifen "das Netz" einseitig als eine Möglichkeit der Recherche und der Informationsbeschaffung. Nach unseren Beobachtungen nutzen es die Jugendlichen vor allem in seiner medientechnologisch umfassendsten Funktion, indem sie miteinander „chatten“, die Trennung von Sender und Empfänger aufheben und sich öffentlich ihrer Erfahrungen versichern: nun liegen die Inhalte solcher Chats zugegebenermaßen zu einem großen Teil im Bereich des Banalen. Doch dieses Phänomen bietet mannigfaltige Chancen der Bildung.

Politische Bildung ist selbstverständlich möglich ohne die Einbeziehung der Kommunikationstechnologien, bleibt aber mittlerweile zumindest fahrlässig, wenn sie deren Implikationen nicht wenigstens reflektiert. Denn das Internet ist geeignet - so Leggewie - lokale Öffentlichkeiten zu verdichten und grenzüberschreitende Arenen der Meinungsbildung herzustellen, und es kann schließlich dazu dienen, den politischen Prozess insge-

samt wieder mit größerer Legitimität auszu-
statten.

Dieses Projekt mit unseren Schüler/innen
hat uns gelehrt, in vielerlei Hinsicht geduldig
zu sein.

- Es erfordert Geduld, das Handwerk für
Netzproduktionen zu lernen; Lehrgänge
sind nötig. Die Produzent/innen müssen
in der Lage sein, ein Informations- und
Kommunikationssystem aufzubauen, das
beispielhaft zeigt, wie das Internet funk-
tioniert; sie müssen mit verschiedenen
Softwareprogrammen arbeiten, sie müs-
sen Fotos und Animationen erstellen
können. Der Vorteil bei diesem Unter-
richtsgegenstand ist der, dass dies ist
Schüler/innen unmittelbar einsichtig ist.
- Es erfordert Geduld, mit Partner/innen
außerhalb der Schule zu kooperieren:
die anfängliche Begeisterung oder Of-
fenheit geht selten zusammen mit Kon-
stanz und Verlässlichkeit.
- Die Struktur und Ausstattung von Schule
ist selten optimal.

Die Arbeit am Stadtteilinformationssystem
soll innerhalb der Schule eine Verzahnung
der Fachcolloquien stiften, so dass jede Ein-
heit (Klasse/Gruppe) jederzeit zuliefern kann.
Glücklicherweise ist unser Vorhaben zur Zeit
noch nicht so implantiert, dass dies tatsäch-
lich auch in größerem Umfange geschehen
ist. Die technische Umsetzung dieser Beiträ-
ge neben der Arbeit für die grundlegende
Struktur des Systems hätte uns überfordert.
Unsere Schule hat gute Chancen, ihre infor-
mationstechnologische Ausstattung aufzu-
stocken. Das Ziel ist, in jedem Klassenraum
einen internetfähigen Computer zu haben, so
dass sich zukünftig Klassen direkt mit ihren
Beiträgen beteiligen können.

Die häufig unkonkreten Forderungen nach
Handlungsorientierung und Öffnung von
Schule gewinnen mit unserem Stadtteilinfor-
mationssystem Konturen: Die Schüler/innen
sind im Quartier journalistisch tätig. Dass
dies keine einfache Tätigkeit ist (auf Men-
schen zugehen – die „richtigen“ Fragen stel-
len – die Informationen verarbeiten - ...) konnten
Schüler/innen und Lehrer/innen er-
fahren. Um den richtigen Weg zu finden,
muss experimentiert werden. Zum Beispiel
im Rahmen schulischer Online-Foren, in den-
nen debattiert wird, mit anderen Schü-
ler/innen, Bürger/innen der Gemeinde, mit
der Verwaltung und den politischen Parteien.
Es erscheint notwendig Schüler/innen die
Möglichkeiten des Internets ausschöpfen zu
lassen und ihnen zugleich eine kritische Dis-
tanz zum neuen Medium zu ermöglichen -

das wäre der nächste Schritt auf dem Weg
zu einer aufgeklärten Informationsgesell-
schaft: Die Vermittlung von Medienkompe-
tenz. Hier sind wir auf einem guten Weg.

Zusammenschau

Bildung bedeutet, dass ein Verständnis
darüber vermittelt wird, warum und wozu was
in welchem Zusammenhang gelernt wird. Er-
lebte Handlungskompetenz, eigene kreative
Gestaltungskompetenz, berufsbezogene
Praxisrelevanz, soziales Lernen durch Grup-
penarbeit, selbstständiges und problemorien-
tiertes Lernen in Projektzusammenhängen
mit lebensweltlichem Bezug und vor allem
überfachliches Lernen als Konstruktion von
bedeutungsvollen Wissensnetzen sollen das
Bild der Schule von morgen prägen.

Im Kontext dieser Zielvorstellungen könnte
unserem Projekt "Stadtteilinformationssys-
tem" eine Schlüsselrolle zukommen. Die An-
forderungen und die Dynamik eines solchen
Vorhabens weisen den beteiligten Fächern
Funktionen und Aufgaben zu, führen zu ei-
nem konzertierten Zusammenspiel.

Autoren:

Dr. Michael Bax, Fachbereichsleiter für IT
und Gesellschaftslehre an der IGS Vahren-
heide/Sahlkamp, Hannover und Lehrbeauf-
tragter an der Universität Hannover

Ekkehard Fiss, Jahrgangisleiter an der IGS
Vahrenheide/Sahlkamp, Hannover

Länderforen zu spezifischen Fragestellungen

Am Nachmittag wurden zum zweiten Mal im Rahmen einer Regionalkonferenz Nord-West Länderforen durchgeführt, die einen intensiveren Erfahrungsaustausch zu verschiedenen Themenstellungen in Kleingruppen ermöglichen sollen.

Es hat sich gezeigt, dass sich in den einzelnen Länderforen nicht allein Teilnehmer/innen aus den jeweiligen Bundesländern zusammenfinden, sondern dass vielfach auch Interesse vorhanden ist, Problemstellungen und Lösungsansätze anderer Bundesländer kennen zu lernen, um aus diesen Impulse für die eigene Arbeit zu gewinnen.

Bremen / Hamburg: Migration und (Bildungs-) Beteiligung

Das Länderforum Bremen/Hamburg thematisierte Fragestellungen, die mit der Integration von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund im Zusammenhang stehen. An dem Forum nahmen etwa 25 Besucher/innen der Regionalkonferenz teil, die sowohl in Hamburg und Bremen, als auch in anderen Bundesländern beheimatet sind.

Leider musste das Bremer Projekt kurzfristig krankheitsbedingt absagen, so dass sich die Projektpräsentation auf die Ansätze der Quartiersentwicklung Hamburg Lenzsiedlung konzentrierte. Die ausführliche Projektpräsentation von Martina Stahl findet sich in dem folgenden Kapitel dieser Dokumentation.

In der Diskussion zeigte sich einerseits eine große Übereinstimmung darin, dass eine tatsächliche Beteiligung von Migrant/innen in den Quartieren nur stattfinden kann, wenn eine interkulturelle Mitsprachekultur geschaffen wird. Dann bestünde aber auch die Möglichkeit, interkulturelle Kompetenzen in einen Stadtteil fließen zu lassen, denn vor allem die kulturelle Vielfalt sei eine zentrale Ressource zur Revitalisierung des sozialen Lebens in den Quartieren.

Als problematisch wurden vor allem die teils rigiden, teils an der tatsächlichen Zielgruppe vorbeigehenden Förderstrukturen, die lokal häufig nicht – ohne weite Interpretationen – umsetzbar seien.

Um eine möglichst breite Beteiligung im Rahmen von bildungsfördernden Angeboten für Migrantenfamilien (vor allem eben die Sprachförderung) zu ermöglichen, sind folgende Aspekte von besonderer Bedeutung:

- Die Betreuung von Kleinkindern muss im Hause gewährleistet sein

- Die Kosten für die Förderangebote müssen so weit wie möglich für die Nutzer/innen reduziert werden (etwa durch die Kombination von Förderinstrumenten)
- Es muss ein unverbindlicher (Einstiegs-) Rahmen, etwa über Schnupperkurse o.ä. geschaffen werden
- Die Muttersprache der Teilnehmer/innen muss hinreichend gewürdigt werden (etwa auch durch Informationsangebote in der Muttersprache)
- Das Vertrauen zwischen Migrant/innen und Quartiersentwicklung muss durch direkte Ansprache und kontinuierliche, verlässliche Kontakte gebildet werden.

Nicht zuletzt wurde es als besonders wichtig erachtet, die originären Bildungseinrichtungen im Quartier in die Maßnahmen durch Kooperationen einzubinden (etwa im Rahmen von schulischer Elternarbeit o.ä.).

Nordrhein-Westfalen: Lernort Quartier – Zugänge im Rahmen von sozialer Stadtentwicklung

Im Rahmen des Länderforums Nordrhein-Westfalen sind zwei Projekte vorgestellt worden, die sich an Kinder und Jugendliche richten und als Bestandteil der Stadterneuerung definiert sind. In beiden Fällen geht es unter anderem um Kooperationen innerhalb des Quartiers, die sowohl den Kindern und Jugendlichen als auch dem Quartier zugute kommen sollen.

Im ersten Vortrag stellte Heiner van Schwamen, der Koordinator vom INFRA-WEST Kulturbüro in Ratingen-West die Arbeit des Projektes INFRA-WEST (Initiative für Ratingen West) vor. Ausgehend von Akteur/innen am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium entwickelte sich Anfang der 90er Jahre eine Kooperation kommunaler und schulischer Aktivitäten. Die Schulen des Stadtteils Ratingen West arbeiten hier eng mit dem städtischen Jugendclub und verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung zusammen. Diese Initiative wird sowohl vom Engagement der Beteiligten, als auch von verschiedenen Förderungen und Sponsoren getragen. Schüler/innen werden in den unterschiedlichsten Projekten aktiv in Stadtentwicklungsprozesse einbezogen.

Im Anschluss an den Vortrag stellten die Teilnehmer/innen verschiedene Fragen zum Projekt. Hier wurde deutlich, welche zentrale Rolle die Schulen im Leben und der Entwicklung eines Stadtteils haben. Es wurden viele Stimmen geäußert, die sich für eine vermehrte Öffnung von Schulen in den Stadtteil aussprachen. Anschließend wurde über die Zukunftsperspektiven und

die Möglichkeit einer Verstetigung des Projektes diskutiert.

Im zweiten Vortrag stellte Mechthild Eickhoff vom bjke (Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen) das E&C Modellprojekt „Bitte wenden! Kunstaktionen auf der Rückseite der Stadt“ vor. Dieses – auch auf Kooperationen basierende – Kunstprojekt ist bundesweit in 2002 in verschiedenen E&C-Gebieten durchgeführt worden. Kinder und Jugendliche konnten sich an verschiedenen künstlerischen Projekten in ihrem Stadtteil beteiligen. „Bitte wenden!“ zeigt eine Möglichkeit auf, wie die Stärken junger Menschen in benachteiligten Gebieten gefördert werden und wie Lernorte außerhalb der Schule aussehen können. Hier werden nicht nur die Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen sichtbar, durch die künstlerischen Projekte wirken die Aktionen auch positiv auf das – zumeist negative – Image des Stadtteils und ihrer jungen Bewohnerschaft.

Im Anschluss an den Vortrag wurden verschiedene Themen diskutiert, so z.B. die Frage nach der Übertragbarkeit, der Akzeptanz im Quartier und die Begeigerungsfähigkeit und Talente der jungen Teilnehmer/innen. Auf die Frage der Kooperationstiefe und die Kritik an kurzzeitigen Modellprojekten wurde entgegengehalten, dass auch Projekte mit relativ kurzer Laufzeit die Initialzündung für längerfristige Kooperationen und Aktivitäten geben können. Es könne nicht erwartet werden, dass alle Projekte immer über einen mehrjährigen Zeitraum gefördert würden. Hier sprach sich insbesondere Kay Noell vom Ministerium für Städtebau und Wohnen für eine Mischung aus längeren und kürzeren Laufzeiten aus. Herr Noell kritisierte zudem, dass einige Träger bei einer mehrjährigen Förderung dem Auslaufen der Förderung teilweise etwas hilflos gegenüberstünden. Hier gelte es, rechtzeitig Aktivitäten zu entwickeln, um die Finanzierung auf andere Füße zu stellen. Einigkeit bestand aber darüber, dass es für eine Verstetigung bisher noch keine Patentrezepte gebe.

Als spontanen Diskussionsbeitrag berichtete Bernhard Selbach vom Landschaftsverband Rheinland/Landesjugendamt über die gegenwärtige Diskussion in Nordrhein-Westfalen, offene Ganztagsgrundschulen einzurichten. Sie sollen flächendeckend eingerichtet werden und auf Freiwilligkeit basieren. Die Entwicklung eines Konzeptes sollte in Kooperation mit der Jugendhilfeplanung erfolgen. Es seien aber noch keine abschließenden Entscheidungen getroffen. Daraufhin entwickelte sich eine engagierte Diskussion über die Sinnhaftigkeit und die Praktikabilität solcher Schulformen. Es wurden vor allem Befürchtungen geäußert, dass keine Verzahnung der Verantwortung zwischen Schule und Jugend-

hilfe, sondern ein Nebeneinander v.a. zwischen kommunaler und Länderverantwortung entstünde.

Niedersachsen / Schleswig-Holstein:

Wie können Jugendhilfe und Schule praktisch kooperieren?

Das Länderforum für Niedersachsen und Schleswig-Holstein, an dem sich ca. 30 Personen beteiligten, beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit Aspekten der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule.

Zu Beginn wurde von Herrn Teuber vom Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales geschildert, welche Konzeptionen und Maßnahmen auf dem Hintergrund der aktuellen Situation in Niedersachsen entwickelt wurden und welche Perspektiven es für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule gibt. Diese Ausführungen wurden auch von den am Länderforum teilnehmenden Vertreter/innen aus Nordrhein-Westfalen mit großem Interesse aufgenommen und als fortschrittlicher Ansatz begrüßt.

Als nächstes wurden zwei konkrete Projekte aus Schleswig-Holstein vorgestellt, in denen eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe verwirklicht werden konnte:

- Das Modellprojekt „HeiKoo“ aus Heiligenhafen, das in einer kooperativen Trägerschaft durch Jugendhilfe und Schule und in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft neue Qualifizierungsformen für Schulabsentist/innen und schulumüde Jugendliche anbietet.
- Die Petrischule aus Flensburg, die ebenfalls seit Jahren in enger Vernetzung mit der städtischen Jugendhilfe und zahlreichen weiteren Institutionen Hilfs- und Freizeitangebote für Schüler/innen sowie Jugendliche in der Übergangsphase von Schule und Beruf anbietet.

Abschließend wurde im Länderforum noch kurz auf das Internetprojekt „VASA-INFO“ der Integrierten Gesamtschule Hannover-Vahrenheide / Sahlkamp eingegangen, das sich bereits am Vormittag ausführlich vorgestellt hatte.

Martina Stahl
Quartiersentwicklung Lenzsiedlung –
Hamburg

Migration und (Bildungs-) Be- **teiligung im Rahmen der** **Quartiersentwicklung Lenz-** **siedlung**

Beschreibung des Quartiers

Lage und infrastrukturelle Merkmale

Die Großstadt Hamburg zeigt heute - wie viele andere Metropolen - ein widersprüchliches Bild: Zwar gilt die Stadt immer noch als reich, dennoch wird der Anteil armer und sozial benachteiligter Menschen immer größer. Auf dem städtischen Gebiet verteilt sich die Armut zunehmend auf viele kleinteilig polarisierte Gebiete, in denen sich soziale Benachteiligungen konzentrieren.

Die Stadt Hamburg mit ihren ca. 1,7 Mio. Einwohner/innen ist verwaltungstechnisch in sieben Bezirke unterteilt. Das ausgewählte Gebiet der Lenzsiedlung befindet sich im Bezirk Eimsbüttel und ist ein vergleichsweise kleines, aber dafür sehr dicht besiedeltes Quartier. Hier entstand in den 1970er und 1980er eine Großwohnanlage mit 7-15 geschossigen Hochhäusern. Die Gebäude entstanden fast ausschließlich im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Auf dem nur 7,6 ha großen Gebiet wohnen ca. 3000 Einwohner in ca. 1100 Wohnungen.

Sozialstruktur

In der Lenzsiedlung wohnen etwas über 3000 Menschen. Die Bevölkerungsdichte ist mit 400 Einwohner/innen pro ha eine der höchsten in Hamburg. Im Vergleich zum Bezirk Eimsbüttel bzw. zur Stadt Hamburg leben in der Lenzsiedlung deutlich mehr jüngere Menschen. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren in Hamburg liegt bei 16% und in der Lenzsiedlung bei fast 30%. Der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung steigt in der Lenzsiedlung seit 1997 kontinuierlich an. Der Ausländeranteil liegt mit 40% erheblich über dem Hamburger Durchschnitt (16%) und ist auch der höchste im Bezirk Eimsbüttel (12,7%). Darüber hin-

aus kommen die Bewohner/innen der Lenzsiedlung aus 27 verschiedenen Herkunftsländern. In der Lenzsiedlung leben auch mehr arbeitslose Menschen zwischen 15-65 Jahren, als im Hamburger Durchschnitt (Lenzsiedlung: 12,8% und Hamburg: 7,5%). Erheblich über dem Hamburger Durchschnitt liegt die Arbeitslosigkeit bei den 15-25jährigen (Lenzsiedlung: 8,4% und Hamburg: 4,8% - jeweils bezogen auf den entsprechenden Bevölkerungsanteil).

Von den 3000 Bewohner/innen der Lenzsiedlung bezogen im Dezember 1999 ca. 1000 Menschen Sozialhilfe, das ist mit 33% der höchste Wert im Bezirk Eimsbüttel. Zum Vergleich: In Hamburg bezogen im Jahr 2000 7,1% Hilfen zum Lebensunterhalt. Konzentrationen gibt es hier bei den jüngeren Menschen: 40% der Bezieher/innen von Sozialhilfe sind unter 25 Jahre alt. Auch in der Lenzsiedlung ist Armut weiblich: Der Anteil der Frauen unter den Beziehenden ist mit 59% überdurchschnittlich hoch. Zugleich haben die Hälfte der Hilfebezieher/innen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Es liegt die Vermutung nahe, dass relativ viele ausländische Kinder Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten.

Besondere soziale Probleme

Wie in anderen Wohnanlagen des sozialen Wohnungsbaus, konzentrieren sich auch in der Lenzsiedlung benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Die Siedlung hat im Bezirk Eimsbüttel einen schlechten Ruf - im Volksmund wird die Siedlung als „Affenfelsen“ oder „Ghetto“ bezeichnet - was sich zusätzlich stigmatisierend und benachteiligend auswirkt.

Die Treppenhäuser und z.T. auch die Fahrstühle werden als „Müllhalden“ und „Toilettenersatz“ zweckentfremdet. In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Brände in den Kellern und Treppenhäusern gemeldet. Insgesamt sind die Vandalismuschäden in der Siedlung groß.

Die Kriminalitätsrate in der Lenzsiedlung ist durchschnittlich, jedoch werden Straftaten in der Umgebung häufig von Bewohner/innen der Lenzsiedlung begangen. In der Lenzsiedlung sind in der Vergangenheit häufiger einzelne Jugendliche oder Jugendgruppen durch aggressives Verhalten aufgefallen und haben damit das Unsicherheitsgefühl, vor allem der älteren Bewohner/innen, erhöht.

Einige Bewohner/innen fallen durch ein problematisches Sozialverhalten auf und erschweren damit ein störungsfreies Zusammenleben. Es gibt eine hohe Mieterfluktuation, besserverdienende und sozial stabilere Mieter/innen wandern ab. Es steigt der Anteil nichtdeutscher Mieter/innen, was bei den Deutschen das Gefühl, sie seien vergessen worden, verstärkt und sich in ausländerfeindlichen Schuldzuweisungen entlädt. Die zahlreichen ausländischen Bewohner/innen wiederum haben Angst vor ausländerfeindlichen Übergriffen.

Programm Soziale Stadtteilentwicklung

Auf der Grundlage des „Programms zur Sozialen Stadtteilentwicklung“ von 1997 führen verschiedene Einrichtungen im Auftrag der Bezirke die Quartiersentwicklung in ausgewählten Gebieten durch. Das Hamburger „Programm zur Sozialen Stadtteilentwicklung“ zielt auf Stadtviertel mit wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemen, hoher Arbeitslosigkeit, knappen und schlechtem Wohnraum, und den insgesamt daraus resultierenden sozialen Problemen.

Im Vordergrund des Programms steht eine quartiersorientierte soziale Stadtentwicklung. Ziel ist es, auf Quartiersebene möglichst viele Handlungsstränge der Hamburger Politik zusammenzuführen und das eigenverantwortliche Handeln der Bewohner/innen zu fördern. Dabei sollen auch die vorhandenen Potentiale in den Quartieren geweckt und Hilfe zur Selbsthilfe angeboten werden. Organisiert und durchgeführt werden diese Aufgaben von den bezirklich eingesetzten Quartiersentwicklern. Sie stellen im Vorwege ein Quartiersentwicklungskonzept auf und stimmen es mit den Fachbehörden ab, bevor es vom Senat verabschiedet wird. Die Schwerpunkte des Programms lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Förderung und Stärkung der lokalen Handlungs- und Selbsthilfemöglichkeiten
- Förderung der Mitwirkungsbereitschaft der Bewohner/innen durch mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung
- Anregung privaten wirtschaftlichen Engagements im Stadtviertel und Stärkung der lokalen Wirtschaftsstruktur
- Nachhaltige Verbesserung der Wohnqualität und des Wohnumfeldes durch Modernisierung, Instandsetzung, Umbau oder ergänzendem Neubau
- Stabilisierung und Entwicklung der Stadtteil- /Quartiersszene

- Sicherung und Erweiterung der sozialen, kulturellen, bildungs- und freizeitbezogenen (Infrastrukturangebote)

Entwicklungsfähige Potentiale und Ressourcen des Gebietes

Bewohnerinnen und Bewohner

Die Mieterbefragung hat gezeigt, dass viele Bewohner/innen trotz aller Probleme immer noch zuversichtlich sind und Veränderungen sowie Instandhaltungsmaßnahmen durchaus positiv aufnehmen. Viele Mieter/innen sind mit ihrer Wohnsituation recht zufrieden, wollen weiterhin in der Siedlung bleiben und haben großes Interesse an Wohnumfeldverbesserungen, insbesondere für ihre Kinder.

Bei der Bewohner/innenbefragung sowie bei der Befragung der Kinder und Jugendlichen zeigte sich eine große Übereinstimmung der Meinungen was stören und was fehlen würde. Gewünscht wurden von 40% der Befragten mehr Freizeitangebote und eine bessere Gestaltung der Spielflächen. Folgende Freizeitangebote sind als Wünsche geäußert worden: Deutschkurs, Computerkurse, Sportkurse, Räume in denen sich Frauen treffen können. Auch wurde der Wunsch von älteren Leuten nach einem Treffpunkt, wie zum Beispiel einem Café, geäußert.

Ein besonderes Potential sind die Familien mit unterschiedlichem Migrationshintergrund. Hierbei zeigt sich aber die unbedingte Notwendigkeit einer Binnendifferenzierung bzw. individuellen Betrachtung der Lagen dieser Familien. Der soziokulturelle Hintergrund dieser Familien zeigt sich durch eine Vielfalt von unterschiedlichen Bildungsniveaus, durch unterschiedliche Aufenthaltsstadien und nicht zuletzt durch verschiedene kulturelle Eigensichten, die durch das Leben in den Herkunftsländern geprägt ist, aus.

Auch wenn sich die Bewohner/innenstruktur in den letzten Jahren gewandelt hat, gibt es innerhalb der alteingesessenen Mieterschaft (ca. 10% der Mieterschaft sind Erstmieter/innen) und insbesondere bei den Familien nichtdeutscher Herkunft funktionierende Kommunikationsstrukturen. Es gibt nachbarschaftliche und freundschaftliche Bindungen in der Siedlung. So wurde bei der Befragung auf die Frage "Was finden sie gut, was möchten sie nicht vermissen?", "Nachbarn und Freunde" genannt. Gerade durch die Nähe zu der pa-

kistanischen Moschee ziehen pakistanische Familien in die Lenzsiedlung. In den letzten 6 Monaten sind 8 Familien neu zugezogen. Insgesamt leben derzeit ca. 40 pakistanische Familien im Quartier.

Solche Potentiale sind kaum bekannt und konnten bisher nicht aktiviert werden. Das wurde bei der Befragung der Einrichtungen deutlich, da keine der befragten Einrichtungen bekannte Selbstorganisationsstrukturen der Bewohner/innen nennen konnte. Aus diesem Umstand ergibt sich, dass ein Schwerpunkt der Quartiersentwicklung darin liegen muss, ein besonderes Vorgehen für die Aktivierung der Bewohner/innen mit Migrationshintergrund zu entwickeln, etwa durch persönliche Ansprache und gemeinsame Informationsmöglichkeiten (Feste und Veranstaltungen). Die Quartiersentwickler/innen sollten soviel wie möglich über die Sprache und Kultur der Migrant/innen erfahren und wissen. Die Kollegin, die für die Lenzsiedlung zuständig ist, verfügt über ausgezeichnete türkische Sprachkenntnisse.

Viele Bewohner/innen stehen den aufgezeigten Angeboten zur Beteiligung an Planungsprozessen wohl aufgrund eigener Unsicherheit, aber auch aufgrund von schlechten Vorerfahrungen reserviert gegenüber.

Deshalb ist es sehr wichtig,

- dass keine Versprechungen gemacht werden, die nicht eingehalten werden können.
- etwaige Ideen und gemeinsame Planungen möglichst zeitnah umgesetzt werden.

Die anstehende Umgestaltung des Innenhofs und die Anwaltsplanung für die Bewegungsräume bieten für die Bewohner/innen eine gute Gelegenheit, positive Erfahrungen in den Beteiligungsprozessen zu sammeln. Hierzu sollte seitens der mit der Prozessplanung Beauftragten genügend Zeit und Geduld aufgewandt werden.

Lokale Akteure

Ein langjähriges, koordinierendes Gremium ist die Stadteilkonferenz Kerngebiet/Lokstedt.

Seit Januar 2000 ist ein „Runder Tisch“ für die Lenzsiedlung auf Initiative des Vereins „Offene Jugendarbeit Lenzsiedlung“ eingerichtet worden, an dem sich sehr viele soziale Einrichtungen, Schulen, KTH's, der Sportverein „Grün-Weiß-Eimsbüttel“, die Polizei sowie Bezirkspolitiker/innen, das Bezirksamt und die SAGA beteiligen. Die Einrichtungen

äußerten bei der Befragung folgende Erwartungen an die Quartiersentwicklung:

- Vernetzung der verschiedenen Einrichtung,
- Infobörse über Aktivitäten im Stadtteil,
- im Stadtteil gemeinschaftlich etwas zu bewegen
- die Stärkung der Selbstverwaltung der Bewohner/innen.

Dieses starke Interesse an Kooperation ist ein großes Potential für die Lenzsiedlung.

Infrastruktur

Räumlichkeiten, die für soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogenen Infrastrukturangebote genutzt werden können, sind

- das "Bürgerhaus Lenzsiedlung"
- ein Mehrzweckraum, der nach dem Umbau des Stadtteilbüros entsteht
- die "Spielwohnung" von dem Verein Hamburger Kinder- und Jugendhilfe e.V.
- die Gemeinschaftsräume der SAGA, die bisher sehr unterschiedlich genutzt und frequentiert werden.

Weitere Potentiale bilden die Grünflächen östlich der Lenzsiedlung, die als "Bewegungsraum Lenzsiedlung" umgestaltet werden und das Gewerbegebiet "Deepenstöcken" .

"In der Vielfalt liegt die Würze"

Die Lenzsiedlung ist von seiner Bevölkerungsstruktur ein außergewöhnlich junger und vielfältiger Stadtteil. Dies sind die eigentlichen Stärken/Potentiale dieses Quartiers. Dies wird im Rahmen der Quartiersentwicklung für alle sichtbar gemacht, ebenso wie die "stillschweigende Übereinstimmung" der Wünsche und Beanstandungen der Bewohner/innen, die in der Befragung deutlich wurde. Hier liegen die bisher noch ungenutzten Potentiale. Es hat sich bisher auch gezeigt, dass interkulturelle Aktivitäten im Rahmen der Kursangebote der Quartiersentwicklung helfen, die bisher eher geringen Anschlussmöglichkeiten der Migrantenfamilien untereinander zu stärken.

Handlungsfeld: Gesellschaftliche Infrastruktur

In der Lenzsiedlung zielt die Verbesserung des Infrastrukturangebots zum einen darauf, im Quartier Orte und Gelegenheiten zu schaffen, bei denen sich die verschiedenen

Bewohner/innengruppen begegnen können. Damit soll eine Voraussetzung geschaffen werden, um Spannungen und gegenseitige Vorurteile abzubauen.

Zum anderen sollen die Mitglieder der unterschiedlichen Gruppen Gelegenheiten erhalten, um sich zu treffen und ihren spezifischen Interessen nachgehen zu können. Durch ein solches Angebot können wichtige Selbstorganisationsressourcen im Quartier entdeckt und mobilisiert werden.

Schließlich sollen auch für Menschen von außen Anlässe geboten werden, in die Lenzsiedlung zu kommen und ein positives Bild des Gebietes zu gewinnen.

Zeitlicher Rahmen und methodisches Vorgehen

Im Zuge der Bewohner/innenbefragung wurde bereits im Sommer 2000 versucht, die Infrastrukturbedarfe zu ermitteln. Bei der Befragung haben sich 40% mehr Freizeitaktivitäten verschiedenster Art und eine Verbesserung der Spielplätze gewünscht.

Im nächsten Schritt wird Kontakt mit den verschiedenen Trägern aufgebaut, um entsprechende Angebote anzuregen. Gerade bei der Erarbeitung dieses Angebots können die Bewohner/innen mit einbezogen und ihre Wünsche verwirklicht werden. Dadurch können sie nachvollziehen, dass es sinnvoll ist, sich zu engagieren. Darüber hinaus können mögliche Ressourcen im Quartier entdeckt werden. Wichtig ist natürlich, dass ausländische wie deutsche Bewohner/innen gleichermaßen angesprochen werden. Hierzu bestehen einige wichtige Leitprinzipien, unter denen Zugänge vor allem zu Bewohner/innen mit Migrationshintergrund ermöglicht werden sollen:

- Direkte Ansprache mit genügend Zeit
- unverbindliches Kennenlernen der Personen und Räumlichkeiten
- gegenseitiges Kennenlernen und Kommunikation innerhalb der Siedlung
- bei Ankündigungen und Aushängen unbedingt auf möglichst umfassende Mehrsprachigkeit achten (mindestens 4 Sprachen), ggf. Worte mit Bildern unterstützen
- Muttersprachler/innen als Multiplikator/innen gewinnen
- Stadtteilzeitung und Infolenz (TV) zur Kommunikation nutzen
- verlässlicher und ernsthafter Vertreter der Bewohnerinteressen sein

Danach werden die Maßnahmen im Rahmen des QEK vor allem unterstützend wirken, um vorhandene und neue Infrastrukturangebote so zu verfestigen, dass sie längerfristig bestehen bleiben. Damit soll verhindert werden, dass sich die Erfahrungen mit dem o. g. EG-Konzept vom Beginn der 90er Jahre wiederholen und nach Auslaufen des QEK viele Ansätze nicht fortgeführt werden.

Langfristig ist geplant, ein innovatives Modell zur Konfliktbewältigung zwischen den Bewohner/innen im Quartier zu erproben.

Projekte

Kursangebote für Frauen

Insbesondere von den Frauen gab es konkrete Wünsche nach Deutschkursen, Sportkursen, Nähkursen, Computerkursen. Aus diesen Begegnungen kann ein Selbstorganisations-potential erwachsen.

Das wichtigste Kursangebot für Frauen mit Migrationshintergrund sind die seit September 2000 laufenden Deutschkurse. Um eine kontinuierliche Teilnahme der Frauen zu gewährleisten zeigt sich die Notwendigkeit eines parallelen Betreuungsangebotes für die Kleinkinder. Dies wird durch Kooperationen gewährleistet. Ergänzend zu den Deutschkursen werden seit etwa einem Jahr Frauengesundheitsgespräche angeboten, zu denen eine Ärztin aus dem Bezirk über vorher vereinbarte Themenschwerpunkte spricht und entsprechende Unterstützung für die Bewohnerinnen leistet.

Betreuter Spielplatz

Auch wird dem Wunsch nach einem betreuten Spielplatz nachgegangen, der Mütter von Kleinkindern, die Gelegenheit bieten könnte, das Kind für ein bis zwei Stunden abzugeben. Zum anderen besteht der Wunsch nach Beaufsichtigung der Kinder, um sie vor etwaigen Übergriffen zu schützen. Der Umbau einer Brachfläche in unmittelbarer Nähe zum Büro der Quartiersentwicklung wird im Frühjahr 2003 abgeschlossen sein, so dass das Angebot spätestens zu diesem Zeitpunkt beginnt.

"Computer-Club/ Internetcafé" als Bildungsprojekt

Medienkompetenz vermitteln, Kommunikation und Information verbessern - auch für

und zwischen Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist - und angesichts knapper öffentlicher Mittel Kooperationen auch mit der Privatwirtschaft entwickeln: Dies ist die Zielsetzung des Computer-Clubs im Rahmen der Quartiersentwicklung.

Als PPP-Projekt mit der Fa. Philips Semiconductors wurde der ComputerClub in der Lenzsiedlung in Hamburg-Eimsbüttel entwickelt. Nach dem ersten Kontakt und der Vorstellung der Idee im Frühjahr 2001 auf der Eimsbüttler Schulkonferenz bedurfte es nur weniger weiterer Treffen und die Fa. Philips sagte zu, dass Azubis acht ausgeleiete PC's aus Firmenbeständen als Grundstock aufstellen und vernetzen werden.

Weitere Investitionsmittel für neue PC's und Möblierung wurden vom Bezirksamt aus dem Programm Soziale Stadtteilentwicklung der Stadtentwicklungsbehörde (jetzt Behörde für Bau und Verkehr) eingeworben. Der Verein für Kinder, Jugend und Gemeinwesen Lenzsiedlung e.V. konnten als Träger und Cyrene e.V. (betreibt die Internetinsel im Arbeitsamt) sowie Ambulante Hilfe Eimsbüttel (SOS Kinderdorf eV.) als Kooperationspartner gewonnen werden.

Was sich hier kurz, knapp und erfolgreich darstellen lässt, bedurfte neben der Beschaffung der Investitionsmittel u.a. zunächst der Vernetzung vorhandener Kooperationspartner um erste Kurse hinreichend absichern zu können. Außer den Investitionsmitteln stehen keine weiteren Finanzmittel als institutionelle Förderung für den laufenden Betrieb zur Verfügung.

Der Computer-Club wird seit der Eröffnung im April 2002 von unterschiedlichsten Gruppen genutzt, vor allem aber für Jugendliche und für Frauen mit Migrationshintergrund, die sich notwendige Kenntnisse für den Start in ein eigenes Berufsleben vorbereiten können.

Da es in der Umgebung kein Internetcafe gibt, wird es auch Menschen, die nicht in der Lenzsiedlung wohnen, anziehen und zu der notwendigen Öffnung nach außen führen. Dies wird ein Imagegewinn für das Schwerpunktgebiet sein und helfen die Stigmatisierung abzubauen.

**Heiner van Schwamen,
INFRA WEST Kulturbüro am
D. Bonhoeffer Gymnasium**

INFRA-WEST

Vorstellung des Projekts

Zu verstehen ist das Ratinger Projekt INFRA WEST (Initiativen für Ratingen West) nur vor der besonderen städtebaulichen und soziostrukturellen Situation des Stadtteils Ratingen West. Ratingen West ist eine typische Großwohnsiedlung der 60er Jahre vor den Toren Düsseldorfs, gebaut nach dem damaligen städtebaulichen Leitbild „Urbanität durch Dichte“.

- Auf etwas mehr als einem Quadratkilometer wohnten hier 1990 etwa 20.000 Menschen (Gesamtstadt mehr als 90.000 Einwohner).
- 47% aller Ratinger Sozialhilfeempfänger/innen leben hier, davon mehr als 80% in den Hochhäusern.
- Hier leben überdurchschnittlich viele kinderreiche Familien und alleinerziehende Mütter, vor allem in den Geschossbauten.
- Der Ausländeranteil liegt mit 16 % etwa 6 Prozentpunkte über dem städtischen Durchschnitt, in manchen Hochhäusern liegt er bei ca. 80%.
- Es steigt die Zahl der Aussiedler/innen, wobei diese Gruppe statistisch schwer zu erfassen ist.
- Es ist im letzten Jahrzehnt ein deutlicher Bevölkerungsrückgang von mehr als 20.000 Bewohner/innen auf jetzt weniger als 18.000 zu verzeichnen. Dieser Rückgang geht einher mit einer Veränderung der Sozialstruktur. Die besser verdienenden, mobileren und flexibleren Mieter ziehen weg, sozial schwächere ziehen nach.
- Die Fluktuation auch innerhalb des Stadtteils steigt, es gibt aufkommende Leerstände.

In sich ist der Stadtteil Ratingen West sehr viel differenzierter, als die augenscheinlich dominierende Hochhausbebauung vermuten lässt. Es gibt sehr viele verschiedene sozialräumliche Einheiten: Einfamilienhausgebiete mit zum Teil durchaus gehobenem Standart, einen gründerzeitlichen Bereich am Rande, Hochhäuser mit Eigentumswohnungen, Geschossbauten unterschiedlicher Höhe mit Sozialwohnungen, die zum Teil bestens funktionierende Nachbarschaften aufweisen,

ein exklusives Gewerbegebiet, vor allem mit Verwaltungszentren von Weltfirmen aus der High-Tech-Branche.

Kennzeichnend ist ein unverbundenes Nebeneinander der verschiedenen Funktionen und der Wohngebiete unterschiedlicher Wertigkeit. Über allem steht das schlechte Außenimage von Ratingen West. Die Image Bewertung von innen heraus ist wesentlich positiver.

Vor Beginn unseres Projekts waren es vor allem die folgenden Krisensignale, die ganz verschiedene Gruppen und Institutionen zusammen gebracht haben: Bevölkerungsrückgang - Bevölkerungsaustausch - Fluktuation - fehlende Identifikation - Vandalismus - Kaufkraftrückgang

Diese Probleme verbanden indessen die Schulen, die Einzelhändler, die Wohnungsbauunternehmen und die Kommune und führten zu einem ungewöhnlichen Zweckbündnis, was exakt die Besonderheiten des Ratinger Modells markiert.

Zielsetzung

Alle bisherigen Versuche zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im Stadtteil haben die Situation nur punktuell beeinflussen können. Als isolierte Einzelansätze gestartet, oftmals aneinander vorbei, blieb ihre Wirksamkeit begrenzt und in der Regel von der Motivation einiger weniger abhängig. INFRA WEST hat nun versucht, im Rahmen eines integrierten Konzepts eine wirksame Erneuerung des Stadtteils voranzutreiben.

Seit dem Sommer 1996 war die Stadt Ratingen mit West in das ressortübergreifende Handlungskonzept der Landesregierung für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ aufgenommen. Parallel dazu wurde der Modellversuch „Stadtteilerneuerung- Kooperationsfeld für Schule und Kommune“ vom Ministerium für Schule und Weiterbildung und der Bund-Länder-Kommission genehmigt. Beide Konzepte waren aufeinander bezogen und als integrierter Ansatz zu einer wirksamen Erneuerung des Stadtteils zu verstehen. Dass den ansässigen Schulen in diesem Prozess eine entscheidende Rolle beigemessen wurde, hatte zwei Gründe: Zum einen, weil die Schulen in den zurückliegenden Jahren aus eigenem Antrieb die sozialen, kulturellen und sportlichen Angebote erweitert und damit wesentlich zu einer Belebung des Stadtteils beigetragen hatten. Zum anderen, weil sich die besondere Situation der lokalen Gemeinschaft im Unterricht und im Schulgeschehen unmittelbar widerspiegelt. Mit zunehmender Segregation sind

Schulen häufig sogar der einzige Ort, an dem sich Kinder und Jugendliche unterschiedlicher sozialer Schichten und Nationalitäten begegnen und miteinander aufwachsen.

Neben den Schulen und der Verwaltung sind u.a. die LEG NRW (als größtes Wohnungsbaununternehmen und Sponsor des INFRA WEST Kulturbüros), Kirchen, Verbände, Vereine, soziale Einrichtungen sowie zahlreiche Firmen und Einzelhändler wichtige Kooperationspartner.

Im Schulbereich wurden Konzepte entwickelt und erprobt, die auf eine stabile Kooperation zwischen den Schulen und zwischen Schulen und Stadtteil zielen. Angestrebt wurde der Aufbau eines Stadtteil-Netzwerkes, in dem die vielfältigen Einzelaktivitäten zum Abbau von Defiziten und negativen Bedingungen koordiniert bzw. gemeinsam angegangen werden. Zugleich sollten in den Schulen die Belange des Stadtteils - und damit die Lebenssituationen der Schüler/innen - stärker thematisiert werden, indem lebensnahe und stadtteilbezogene Aktivitäten systematisch in den Unterricht und das Schulleben einbezogen wurden.

Darüber hinaus sollten die Schüler/innen zu einer aktiven Teilhabe an der Gestaltung ihres Umfeldes motiviert werden. Hierbei ermöglichte die Bezugnahme auf das städtische Handlungskonzept für West eine Verbindung zu kommunalen Entwicklungsmaßnahmen. Schüler/innenbeteiligung konnte damit einen Ernstcharakter erhalten. Für die Schulen stellte sich die Aufgabe, eine pädagogische Öffnung zum Stadtteil sowie Mitgestaltungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen in die jeweiligen Schulprogramme aufzunehmen und damit langfristig zu verankern.

Umsetzung

Die Beteiligten

- Astrid Lindgren-Grundschule, Erich-Kästner-Grundschule, Karl-Arnold-Grundschule, Käthe-Kollwitz-Realschule, Martin-Luther-King-Gesamtschule, Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Helen-Keller-Schule für Geistigbehinderte
- Städtischer Jugendclub
- Planungsamt der Stadt Ratingen, Kulturamt, Sport- und Schulverwaltungsamt, Umwelt- und Grünflächenamt
- weitere Partner im Stadtteil insbesondere die LEG NRW

Die wissenschaftliche Begleitung zur Zeit des Modellversuchs erfolgt durch Dr. Anne Mauthe, IFS der Universität Dortmund. Für das Handlungsprogramm der Stadt Ratingen, das Institut für Landes- und Stadtentwicklung.

Die Koordination von INFRA WEST vor Ort erfolgt durch Heiner van Schwamen, INFRA WEST Kulturbüro am Bonhoeffer-Gymnasium; Vera Segreff, Planungsamt; Uwe Steinbach, LEG.

Eine wirksame Erneuerung unseres Stadtteils wäre ohne die Einbeziehung der Schulen gar nicht möglich gewesen.

In Ratingen West leben etwa 4000 Kinder und Jugendliche, von denen etwa 3000 die sechs allgemein bildenden Schulen des Stadtteils besuchen. Die Schulen haben die Aufgabe, die Kinder zukunftsfähig zu machen und zu qualifizieren, Anregungen für die Freizeit zu geben und sinnvolle Freizeitangebote zu machen. Die Richtlinien in NRW geben sogar wesentliche Anstöße dafür, die Lebensbedingungen des schulischen Umfeldes zum Gegenstand von Schule und Gestaltungsvorschläge für Veränderungen zu machen. Warum sind die Schulen so wichtig im Erneuerungsprozess?

- Die Schulen sind im lokalen Aktionsfeld in der Regel ein bedeutsamer Akteur und bisweilen sogar die Stützpfeiler der kulturellen Landschaft.
- Schulen verfügen im Sinne einer erweiterten Schulgemeinde mit Eltern, Verwandten, Bekannten und Ehemaligen über gut funktionierende Kommunikationsstrukturen. Als politisch ökonomisch neutraler Ort sind sie auch prädestiniert für Vernetzungsaktivitäten.
- Da, wo Schüler/innen, Lehrer/innen, Eltern, Hausmeistern usw. von schulischer und kommunaler Seite Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es ihnen erlauben, ihr Know How, ihre Kontakte und ihre Kreativität als mitverantwortliche Planer/innen und Akteur/innen einzusetzen, sind sie fachlich und vom Planungsvorgehen her durchaus zu professionellem Handeln fähig. Dies umso mehr, wenn sie durch außerschulische Expert/innen unterstützt und ermuntert werden.
- Schulen sind oft der einzige Ort, in der sich die besondere Situation der lokalen Gemeinschaft ganzheitlich fokussiert. Im Unterricht werden Ethnien- und Religionsvielfalt, Langzeitarbeitslosigkeit, Ar-

mut, familiäre Erziehungsstile und Bildungsinteressen, gesellschaftliche Isolation von Alleinerziehenden und Randgruppen, Familien-Notlagen, Wohnungs-, Drogenprobleme und vieles mehr widergespiegelt und teilweise verarbeitet.

- Die Schulen haben einen hohen Stellenwert im Alltag der Kinder und Jugendlichen. Hier werden Kontakte zu Gleichaltrigen aufgebaut, Freundschaften geschlossen, hier kann Freizeit gemeinsam gestaltet werden. Die umfangreichen schulischen Aktivitäten ermöglichen soziale Erfahrungen, gleichen Defizite im außerschulischen Bereich aus und stellen für viele Kinder und Jugendliche, vor allem ausländische (hier besonders Mädchen) die einzige Möglichkeit dar, bestimmten Interessen nachzugehen.
- In vielen Stadtteilen mit Erneuerungsbedarf gibt es bisweilen rein statistisch eine ausreichende Ausstattung mit Jugendzentren oder Treffs. Sie werden indessen gerade im offenen Bereich nur von einem bestimmten Ausschnitt der Jugendlichen genutzt und von anderen bewusst gemieden, so dass es de facto eine Unterversorgung für viele gibt. Für diese Jugendlichen sind die Angebote in den Schulen überaus wichtig.
- Die Auseinandersetzung mit dem Stadtteil durch die Schulen wirkt für die Schüler/innen identitätsstiftend. Wenn durch bestimmte Projekte etwa das Wohnumfeld tatsächlich verbessert wird, ist damit zu rechnen, dass diese Räume, Anlagen usw. positiver angenommen und entsprechend behutsamer, aufmerksamer genutzt und geschont werden.
- Die Stadtteilorientierung und die Kooperation mit Partner/innen bietet eine große Chance für die Schulen bei ihrer Entwicklung eigener Profile und Programme.
- Die Schulversorgung in sozialen Brennpunkten bedarf eines differenzierten Angebots vor allem im weiterführenden Bereich. Dies ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass den unterschiedlichen Lebens- und Lernaussgangssituationen von Kindern und Jugendlichen Rechnung getragen werden kann, damit nicht schon wegen einer restringierten Schullandschaft, Segregationsprozesse weiter beschleunigt werden. Eine qualifizierte Schulversorgung ist auch die Voraussetzung dafür, dass sich die Bil-

dungs- und Sozialchancen von Kindern erhöhen. Es ist bekannt, dass umso größer der Standard der Bildungsvorsorgung ist, umso größer die Aussichten sind, der Spirale von niedriger Bildungsbeteiligung, fehlenden oder niedrigen Schulabschlüssen und geringen Chancen auf dem Ausbildungs- und Berufsmarkt zu entgehen.

Was leisten die Schulen in Ratingen West konkret im Erneuerungsprozess?

Pro Schuljahr laufen an den beteiligten Schulen immer etwa 40 Projekte innerhalb des Unterrichts, als dauernde Arbeitsgemeinschaften, als Einzelaktion, innerhalb einer Schule, zwischen den Schulen oder unter Einbeziehung außerschulischer Partner/innen. Sie sind thematisch eingebunden in die Arbeitsfelder des kommunalen Handlungskonzepts Westpol im Rahmen des NRW Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Diese sind:

- Wohnumfeldverbesserung
- Freizeit
- Sport
- Kultur/Kommunikation
- Integration
- Partizipation/Imageverbesserung
- Verkehr/Sicherheit
- Sauberkeit/Umwelt
- Arbeit Beruf

Hier nun einige Beispiele

Kultur:

Der Start des ganzen Projekts begann 1988 mit den Arbeiten am Buch „Beton und Poesie“. Aus einer Projektwoche am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium entstand eine Arbeitsgemeinschaft, die über ein Jahr lang versucht hat, den Stadtteil in all seinen Facetten über Fotos und lyrische Texte zu erfassen. Auf der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für das ehrgeizige Buchprojekt entstanden Kontakte zu Sponsoren aus den oben erwähnten High Tech Branchen, aber auch zu dem größten ortsansässigen Wohnungsbauunternehmen, der LEG NRW. Ende 1999 war das Buch fertig, und die Auflage von 2500 Stück war in kurzer Zeit vergriffen. Über die öffentliche Wirksamkeit des Buches ergaben sich gute Kontakte zu den

Medien, in die Politik und Verwaltung der Stadt, und das Kultusministerium in NRW wurde auf das Projekt aufmerksam. Die Sponsoren fanden sich im übrigen zu einem losen Arbeitskreis unter dem Namen Forum Ratingen West zusammen.

- 1994 erschien mit demselben Unterstützernetzwerk das Buch „Welt ohne Wunder“ mit Gedichten und Zeichnungen von Schüler/innen, Bürger/innen aus dem Stadtteil, von Kindern Jugendlichen, Erwachsenen, Senior/innen, Laien wie Profis. Erarbeitet hatte es eine schulübergreifende Arbeitsgemeinschaft. Beachtung und Anerkennung fanden über das Projekt, jugendliche Graffiti-Künstler/innen aus West, die vormals nur als illegale Schmierer/innen wahrgenommen wurden. Des weiteren wurden zwei Stadteilkochbücher und ein weiterer Gedichtband im Unterricht am Bonhoeffer-Gymnasium erarbeitet.
- 1995 - 97 wurden in enger Zusammenarbeit mit dem städtischen Jugendclub jeweils eine CD mit lokalen Hip Hop Gruppen produziert. RAP, Graffiti und Breakdance sind in Ratingen West authentische Subkultur, angelehnt an amerikanische Vorbilder. Die Rater Formation Fresh Familiee wird in der einschlägigen Fachliteratur durchaus als Wegbereiter für den deutschen Hip Hop betrachtet. Mehrere der so geförderten Nachwuchskünstler/innen sind inzwischen entweder Profis geworden oder bewegen sich im Kontext des professionellen Musikgeschäfts.
- Seit nunmehr sieben Jahren erscheint jährlich der Jahreskalender der Fortuna Apotheke mit Bildern von Schüler/innen aller Schulen des Stadtteils.
- Die Astrid-Lindgren- und die Erich-Kästner-Grundschule beteiligen sich an dem Projekt MUSE der Yehudin-Menuhin –Stiftung. Ziel ist es in Zusammenarbeit mit Künstler/innen, benachteiligte Kinder an Musik und Kultur heranzuführen.
- Das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium und die Helen-Keller-Schule für Geistig-behinderte machen seit Jahren gemeinsame Schwarzlicht-Theater-Projekte. Im Jahr 2001 erhielten sie dafür den Preis für Lientheater-Gruppen der Stadt Ratingen.
- Der Zirkus Pfiffikus unter Leitung zweier Kolleginnen des Bonhoeffer-Gymnasiums und eines Theaterpädagogen

hat sich über die Jahre zu einem wirklichen Stadtteilzirkus entwickelt, bei dem Kinder aller Schulformen mitmachen.

- Seit 1995 veranstaltet die Technik-AG des Bonhoeffer-Gymnasiums, offen auch für Schüler/innen der anderen weiterführenden Schulen, Kleinkunstveranstaltungen im Freizeithaus in Ratingen West, das sich seitdem zur Kabarett-Hochburg im Kreis Mettmann entwickelt hat. Die Versuche des Kulturamtes, dieses Haus mit Veranstaltungen zu beleben, waren vorher weniger erfolgreich gewesen, weil es so schwierig war die Bewohnerschaft zu mobilisieren. Viele Größen der deutschen Kleinkunstszene haben inzwischen in Ratingen West gespielt und die Schüler/innen bei ihren Bemühungen für den Stadtteil gern unterstützt.

Ausgehend von diesen Erfolgen entstand die Idee, auch einmal ein größeres Kulturereignis im Stadtteil zu organisieren. Da eine entsprechende Räumlichkeit fehlte, entwickelte sich in Zusammenarbeit mit vielen Sponsoren und außerschulischen Partnern das Projekt „Zelt Zeit“. Seit 1998 gibt es jetzt jährlich über Pfingsten am Grünen See für mehrere Tage in einem Zelt ein attraktives Kulturprogramm, bei dem eingekaufte Profikultur verbunden wird mit lokaler Kultur sowie Begegnungsmöglichkeiten in und mit dem Stadtteil. Dieses Konzept trägt gut, so dass sich die „Zelt Zeit“ weit in die Region hinein einen Namen gemacht hat.

2001 erarbeiteten etwa 12 Gruppen aus dem Stadtteil ein gemeinsames Musik-Theater-Projekt. Unter der Leitung dreier professioneller Regisseure wurden Szenen, Bilder, Collagen, Lieder zum Lebensgefühl unter dem Titel „Oase West“ zusammen gestellt. Die Aufführung fand am 8.6.2001 in einem leerstehenden Supermarkt mitten in der Einkaufszone statt. Insgesamt sind etwa 200 Personen an dem Projekt beteiligt. Theater- und Musikgruppen der Kirchen, aus den Schulen waren beteiligt, es haben sich aber auch ganz eigene Gruppen von Bürgern zusammen gefunden, die mitmachen, Laien wie Profis. Da waren also die Rapper aus dem Jugendclub neben dem Kirchenchor auf der Bühne zu sehen, die Opernsängerin neben geistig behinderten Kindern.

Eine Arbeitsgemeinschaft von Schülern der Realschule und des Gymnasiums arbeitet an einem gemeinsamen Projekt zum Dritten Reich und plant eine gemeinsame Reise nach Israel.

Ein Kurs der Martin-Luther-King-Gesamtschule erarbeitet Materialien zur Geschichte des Stadtteils.

Ein sozialwissenschaftlicher Differenzierungskurs am Bonhoeffer-Gymnasium organisierte gemeinsam mit dem Jugendclub eine Hip Hop Jam am 13.6. 2001. Eine neue Jam ist jetzt in der Planung.

Kommunikation:

Schüler/innen des Bonhoeffer-Gymnasiums, ehemalige Schüler/innen und interessierte Bürger/innen bringen viermal pro Jahr die Stadtteilzeitung Westpol heraus, der für einige Jahre zu einem wichtigen Sprachrohr für Interessantes aus West und für Interessen aus West geworden war. Vor allem in der Vergangenheit war die Berichterstattung in der lokalen Presse wenig geeignet, bestehende Vorurteile abzubauen. Leider ruht dieses Projekt zur Zeit, da die entscheidenden Akteur/innen berufs- oder studienbedingt weggezogen sind.

- Jährlich im August plant das Jugendamt in Zusammenarbeit mit vielen Partnern das „Fest in West“.
- An allen Schulen in West gibt es Streitschlichter-Programme und erste Versuche, in diesem Bereich zu kooperieren.
- Die schulübergreifende Arbeitsgruppe „Gefö“ arbeitet an einem gemeinsamen Konzept zur Drogenprophylaxe und Gesundheitsförderung. Mit der Diakonie Ratingen gibt es hier einen wichtigen und festen Kooperationspartner.
- In Zusammenarbeit mit dem ASC, dem Jugendamt sowie der katholischen Kirchengemeinde bieten Realschule und Gymnasium eine Übermittag-Betreuung für Kinder an.
- Für den Sommer 2003 planen alle Schulen in Zusammenarbeit mit vielen Partnern eine Woche des Lesens mit vielen Aktivitäten in den Schulen und im Stadtteil.
- Fünf Schulen haben sich in diesem Jahr an der Schmückung des Weihnachtsbaumes auf dem Berliner Platz beteiligt. In einem Weihnachtsbaumwald im nach wie vor leerstehenden Supermarkt im Einkaufszentrum präsentieren sich alle Schulen und Kindergärten des Stadtteils jeweils mit einem von ihnen geschmückten Weihnachtsbaum.

Wohnumfeld:

Kinder und Jugendliche haben in einer Zukunftswerkstatt die Umgestaltung der

Schulhöfe in Ratingen West geplant. Sie wurden dabei unterstützt vom Planungsbüro Stadtkinder in Dortmund. Am Bonhoeffer-Gymnasium arbeitet eine Schüler/innengruppe daran, den klassischen Schulgarten in einen Park mit Teich als Pausenhofbereich für Schüler/innen ab der Jahrgangsstufe 9 und als Grünes Klassenzimmer umzugestalten.

- Schüler/innen eines gesellschaftswissenschaftlichen Differenzierungskurses gestalten in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Stadtkinder den ehemaligen Schulgarten des Bonhoeffer-Gymnasiums in ein Grünes Klassenzimmer bzw. einen Aufenthaltsraum für Freistunden um.
- Der Sozialwissenschaftskurs an der Martin-Luther-Gesamtschule beschäftigt sich immer wieder mit dem Phänomen Ratingen West - der abgeschnittene Stadtteil und sucht nach planerischen Möglichkeiten, die Verbindungen in die Stadtmitte zu verbessern.

Sport:

Die Martin-Luther-King-Gesamtschule organisiert in Zusammenarbeit mit dem ortsansässigen Sportverein ASC Tennislehrgänge, die auch sozial schwächere Schüler/innen aller weiterführenden Schulen an diesen Sport heranzuführen.

- Realschule und Gymnasium führen mit dem Windsurfing Club günstige Surfkurse durch.
- Zum neuen Schuljahr bietet das Bonhoeffer-Gymnasium einen Kursus in Frauen-Selbstverteidigung an.
- Regelmäßig trifft sich eine Arbeitsgruppe Sport, die gemeinsame sportliche Aktivitäten zwischen verschiedenen Partner/innen plant.

Arbeit/Beruf:

Jährlich organisiert die Gesamtschule eine Berufs- und Studieninformationsbörse für Schüler/innen aller weiterführenden Schulen. Inzwischen wird diese Veranstaltung auch von Schulen aus anderen Stadtteilen genutzt.

- Frauen aus dem Stadtteil organisieren am Bonhoeffer-Gymnasium aus dem Programm Arbeit statt Sozialhilfe einen Pausen-Brötchen- und Getränkeverkauf. Zur Zeit wird geplant diese Initiative zu einem Schülercafe auszubauen.

- Zahlreiche Schüler/innen haben über die Mitarbeit in bestimmten Projekten feste berufliche Perspektiven gefunden.

Vernetzung und Kooperation

Die Schulen können ihre Beiträge zur Stadteilerneuerung nur leisten, wenn sie miteinander, mit der Kommune und weiteren Partner/innen zusammenarbeiten.

Aktuell sind sechs Schulen des Stadtteils fester Kooperationspartner im städtischen Handlungsprogramm. Diese Situation hat seine inzwischen mehr als 10-jährige Geschichte. Ausgehend von dem oben erwähnten Buchprojekt „Beton und Poesie“ entstand am Bonhoeffer-Gymnasium eine Initiative zur verstärkten Öffnung der Schule nach außen. Das Bonhoeffer-Gymnasium konnte sich auf das 1998 vom Kultusministerium NRW vorgelegte Konzept GÖS (Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule) beziehen. Es ermuntert die Schulen darin, neue Wege zu gehen, sich nach innen, in den Unterricht und die klassischen schulischen Aktivitäten für neue Inhalte, Themen und Methoden zu öffnen und Experten von außen in die Schule einzuladen. Andererseits sollten sie auch beginnen, „aus sich herauszugehen“, um ihr Know How, ihre Ressourcen zu ihrem Umfeld hin zu öffnen, um gemeinsame Projekte mit anderen Partnern zu starten.

Unter dem Arbeitstitel INFRA WEST (Initiativen für Ratingen WEST) legte das Bonhoeffer-Gymnasium ein Konzept vor, das zunächst in Zusammenarbeit zwischen den Schulen des Schulzentrums (Gymnasium, Realschule, Grundschule, Gesamtschule) erste gemeinsame Projekte vorsah. Mit im Boot waren die Sponsoren des Buches Beton und Poesie, welche die Schulen nachdrücklich unterstützten. Sie stellten dem Projekt sogar einen Bürocontainer samt Einrichtung als Koordinationsstelle für das Projekt zur Verfügung. Gewiss war es auch diese besondere Partnerschaft, die sowohl beim Gang durch die parlamentarischen Gremien der Stadt und die Entscheidungsgremien im Ministerium hilfreich war. Am Ende wurde INFRA WEST auf Antrag der Stadt Ratingen in den Jahren 91 bis 94 ein Herausgehobenes GÖS-Vorhaben. Dies war verbunden mit einer finanziellen Unterstützung, die sich Land und Stadt teilten und Anrechnungsstunden für die in der Organisation des Projekts beteiligten Kolleg/innen. Es war möglich, eine Schreibkraft (Teilzeit) für das INFRA WEST Kulturbüro einzustel-

len und die Kontakte nicht nur zwischen den Schulen, sondern auch zu den anderen Akteur/innen und Institutionen im Stadtteil zu verbessern. Die ersten gemeinsamen Projekte bezogen sich überwiegend auf sportliche, kulturelle und kommunikative Aktivitäten. Bemerkenswert war 1993 die Aktion „West gegen Rechts“, über die Schulen auch weite Teile der Bevölkerung ansprechen konnten. Besonders betont wird von den Schulleitern bis heute, dass über INFRA WEST Vorurteile zwischen den Schulen abgebaut wurden und die handelnden Akteure aus bislang anonymen Institutionen persönlich Vertrauen zueinander entwickeln konnten.

Die vom Land als Anschubfinanzierung gedachte Förderung lief 1996 aus und trotz positiver Zustimmung der Leistungen des Projekts in den Medien und in der Öffentlichkeit fand sich in Ratingen keine politische Mehrheit für eine finanzielle und personelle Verankerung von INFRA WEST. Das brachte die LEG NRW auf den Plan, hier als Förderer aufzutreten. Sie erklärte sich bereit, fünf Jahre lang das Projekt mit DM 60.000 zu unterstützen. Es galt jetzt, eine Rechtskonstruktion für das Projekt zu finden, über die das Geld vereinnahmt und verwaltet bzw. für Spender/innen auch steuerlich verwertbar gemacht werden konnte. Schließlich wurde nach Bemühen von Jurist/innen bei der Stadt, im Ministerium, bei der LEG eine INFRA WEST Arbeitsgemeinschaft am Bonhoeffer-Gymnasium eingerichtet, namentlich benannt und besetzt mit drei Personen, dem Koordinator von INFRA WEST für die Schulen, dem LEG Beauftragten für das Projekt und dem Leiter des Schulverwaltungsamtes. Die finanztechnische Abwicklung erfolgte als Durchlaufposten im städtischen Haushalt mit eigener Haushaltsstelle. Die Entscheidungen über den Etat wurde einvernehmlich zwischen den Schulleitern der Schulen vorbereitet und von besagtem Dreiergremium formell entschieden. In einer schriftlichen Vereinbarung zwischen LEG, Kommune und der Bonhoeffer-Schule waren alle Interessenspunkte zwischen den Parteien und die Zielsetzungen des Projekts fixiert.

Damit war die finanzielle Seite von INFRA WEST weiter gesichert. Was fehlte, waren die Anrechnungsstunden für die Netzwerkcollegen. In bescheidenerem Umfang als vorher konnte das Land einige Stunden aus dem GÖS-Mitteln zur Verfügung stellen.

Ab 1996 verbesserte sich diese Situation für die Schulen wieder. 1996 wurde die Stadt Ratingen mit ihrem Konzept Westpol in das ressortübergreifende Handlungspro-

ogramm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf aufgenommen. Hierin war die Zusammenarbeit mit den Schulen fest verankert. Gleichzeitig wurde INFRA WEST auf Antrag der Stadt Ratingen über das Kultusministerium als Modellversuch der Bund-Länder-Kommission (B-L-K) anerkannt. Arbeitstitel hierfür war „Stadtteilerneuerungs-Kooperationsfeld für Schulen und Kommune“. Beide Konzepte waren direkt aufeinander bezogen.

Besonderes Gewicht sollte die Förderung der Eigeninitiative und des Engagements der Bürger erhalten. Für die Schulen bedeutete dies, neue Beteiligungsformen für Schüler/innen, Eltern und Lehrer/innen zu finden. Neben dem Ausbau von Kooperationsbeziehungen ging es jetzt also für die Schulen vor allem darum, die Belange des Stadtteils und die Lebenssituationen der Schüler/innen stärker zu thematisieren. Lebensnahe und stadtteilbezogene Aktivitäten sollten systematisch in den Unterricht und das Schulleben einbezogen werden. Das erforderte die Einbindung dieser neuen Ansätze in die Programm-/ Profildiskussion der einzelnen beteiligten Schulen. Die neuen Richtlinien in NRW kommen diesen Öffnungsaktivitäten ebenso entgegen wie Förderung von mehr Autonomie für die Schulen.

Ab 1999, nach Auslauf des B-L-K Modellversuchs und der alten Kooperationsvereinbarung brachte die Stadt Ratingen mit Zustimmung aller Fraktionen eine neue Kooperationsvereinbarung mit der LEG NRW auf den Weg, die zunächst über zwei Jahre laufen sollte, mit der Option einer Verlängerung um drei weitere Jahre.

Als Ziel der neuen Kooperationsvereinbarung ist die Umsetzung des Handlungskonzepts für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf und seiner Institutionalisierung unter der Bezeichnung INFRA WEST formuliert. Dieser Aufgabenerweiterung von INFRA WEST wird die Stadt Ratingen jetzt dadurch gerecht, dass sie zu den jährlichen LEG Fördergeldern von DM 60.000 weitere DM 40.000 bereitstellte. Die Geschäftsführung für INFRA WEST liegt in den Händen dreier namentlich genannter Vertreter, je einen für die LEG, die Kommune und die Schulen.

Die finanztechnische Abwicklung des Projekts läuft weiterhin über den städtischen Haushalt. Die fachliche Aufsicht liegt beim Beigeordneten für Jugend, Schule und Soziales. Was die unmittelbaren schulischen Belange angeht, ist die jeweilige Schulaufsicht zuständig, die sich ebenfalls um eine

verbesserte Koordination untereinander bemühen will.

Die Zusammenarbeit der Schulen in Ratingen West kommt dadurch zum Ausdruck, dass sie seit nunmehr drei Jahren einen gemeinsamen Antrag auf Zeitbudget stellen. Zeitbudget ist ein Programm des Landes, dass Schulen auf Antrag für bestimmte Projekte eine zusätzliche Ausstattung mit Lehrerstunden ermöglicht. Die Schulen in Ratingen West erhalten aus diesem Programm etwa fünf Lehrerstellen, die sie untereinander aufteilen.

Es gibt mehrere feste Arbeitskreise, die sich regelmäßig treffen:

- Arbeitskreis der Schulleiter, die aktuell zusammen mit je einem Vertreter der Kommune und der LEG den Projektbeirat bilden. Sie bestimmen die Förderrichtlinien für Projekte und bereiten den INFRA WEST Etat vor.
- Arbeitskreis der Schulleiter, aller am Projekt beteiligten Kolleg/innen, der in bestimmten Projekten federführenden Schüler/innen und der festen außerschulischen Kooperanden.
- Arbeitskreis Kultur und Kommunikation mit Vertretern der Schulen und aller in Kulturprojekten involvierten Kooperanden und Bürger/innen. Inzwischen trifft sich die Gruppe weniger zur Besprechung allgemeiner Fragen, sondern eher im Zusammenhang konkreter Projekte: Oase West, Weihnachtsmarkt, „Zelt Zeit“.
- Arbeitskreis Sport, der seit Jahren erfolgreich neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Schulen und dem ortsansässigen Sportverein erarbeitet. Möglich sind so Arbeitsgemeinschaften, Workshops, aber auch die Zusammenarbeit bei der Übermittagbetreuung für Realschule und Gymnasium.

Bei den Projekten an den Schulen ist deutlich geworden, das überall da wo mit außerschulischen Partnern zusammengearbeitet wurde, oder da wo außerschulische Experten Schülergruppen geführt haben, die stärksten und nachhaltigsten Impulse für Schule entstanden sind.

Welche Schwierigkeiten treten in der Kooperation auf?

Die Schulen in Ratingen West profitieren von den gewachsenen Kooperationsbeziehungen, die einen raschen informellen Informationsaustausch und unbürokratische

gemeinsame Problemlösungen möglich machen.

Nach wie vor schwierig ist eine wirkliche inhaltliche und formale Kooperation; Zusammenarbeit geschieht vorwiegend in den weichen Bereichen. Daher gibt es bis jetzt auch keine Konzepte dafür, wie zukünftig bei knapper werdenden Ressourcen dennoch Wichtiges aus der Netzwerkarbeit zu erhalten ist. Die Gründe hierfür könnten sein:

- Die Schulen fürchten um ihre Eigenständigkeit und Individualität, die gerade vor dem Hintergrund einer Konkurrenzsituation auf so engem Raum zu sehen ist.
- Der „Leidensdruck“ für die Schulen ist so noch nicht hoch genug, sie kriegen ihre Probleme mit den vorhandenen Ressourcen irgendwie gelöst.
- Es fehlt eine klare administrative oder politische Autorität, die durch das Projekt führt, was möglicherweise wegen der Vielschichtigkeit der Arbeitsebenen und Zuständigkeiten auch nicht möglich ist.
- Es werden immer neue Anforderungen an die Schulen gestellt, die Zeit und Energie binden, die dann für Vernetzungsaktivitäten fehlen. Mehr als zwei Arbeitssitzungen mit allen am Netzwerk beteiligten Kolleg/innen sind kaum realisierbar.
- Die zusätzliche Lehrerausstattung der Schulen (Zeitbudget) ist immer nur für ein Schuljahr im voraus einzuplanen und wird politisch immer wieder neu entschieden. Dies erschwert längerfristige Planungen.
- Die Schulen in Ratingen West haben klar formuliert, das sie sich bei ihrer stadtteilbezogenen Arbeit in jedem Fall auf ihr pädagogisches Kerngeschäft konzentrieren müssen und keinesfalls sich mit der Organisation von Stadtteilkonferenzen beschäftigen wollen.

Verankerung und Akzeptanz im öffentlichen Raum, Veränderungen im Diskussions- und Umsetzungsprozess

Die aktuelle politische Diskussion um Zustand und Weiterentwicklung des Schulsystems in NRW/Deutschland (z.B. Qualitätssicherung, Primat der Kernfächer, 2 Jahre Oberstufe, Profilbildung in der Oberstufe) läuft zum Teil quer zu bisherigen Arbeitsansätzen der Schulentwicklung. Schwerpunkte und Strukturen könnten sich, so die Befürchtung vieler Kolleg/innen, ganz rasch ändern, so dass mühsam erarbeitet Konzepte schnell in der Schublade verschwinden.

Die Kollegen werden im Schnitt immer älter, beginnen mit ihren Kräften zu haushalten, die sie für scheinbar immer schwierigere Schüler/innen schneller als früher verzehren. Die Kollegien werden – so erleben sie es - mit immer neuen Aufgaben seitens der vorgesetzten Behörden konfrontiert, die sie als zusätzliche, zu einem guten Teil überflüssige Arbeitsbelastung empfinden.

Die aktuelle Finanzknappheit in der Kommune, aber auch bei den Sponsoren des Projekts führt zu – teilweise nicht offen geäußerten - Rückzugstendenzen trotz offen ausgesprochener Anerkennung für das Gesamtprojekt. In Zeiten knapper werdender Ressourcen ist die scheinbare Bevorzugung des jüngsten, allerdings problematischsten Stadtteil Ratingens in der politischen Diskussion.

Einige der oben genannten Arbeitskreise ruhen zur Zeit, eine Zusammenführung von Ressourcen und Aktivitäten, die eigentlich sinnvoll wären, erfolgt nicht.

Es fehlt dem gesamten Projekt eine klare politische Führung auf lokaler Ebene. Möglicherweise waren die Zielsetzungen des Projekts mit seinen vielfältigen Zielsetzungen und Handlungsebenen zu komplex. Gerade in diesen Tagen scheinen die alten Frontlinien zwischen Kommune und Schule in der Frage der inneren und äußeren Angelegenheiten und Verantwortlichkeiten wieder vorzudringen.

Dauerhafte Konzepte für die Stadtteilerneuerung in Ratingen West können die Schulen nicht als federführende Akteure einplanen. Sehr wohl aber sind sie als Akteur mit einzubeziehen, denn sie sind unbestritten ein bedeutsamer Akteur im lokalen Umfeld.

Als Exit Strategie haben wir jetzt zwei Wege im Auge. Die inzwischen zu einem kulturellen und ökonomischen Großereignis gewordene Zelt Zeit soll in die Hände eines Zelt Zeit Vereins überführt werden. Die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Netzwerkarbeit und die Einrichtung eines täglich besetzten Stadtteilbüros soll unter Mitwirkung freier Träger wie der Diakonie, der AWO und des SKF vorangetrieben werden. Die entsprechenden Verhandlungen mit der LEG, der Kommune und den Trägern laufen, sind aber aktuell auch ins Stocken geraten.

Literatur: Anne Mauthe/ Heiner van Schwamen, Kooperation von Schulen und Kommune, Ein Modellversuch zur Schul- und Stadtteilentwicklung in Ratingen West, IFS Verlag Dortmund, 2000.

Mechthild Eickhoff
Bundesverband der Jugendkunstschulen
und kulturpädagogischen Einrichtungen
e.V. - bjke -

„Bitte wenden! Kunstaktionen auf der Rückseite der Stadt“

- Wie gebildet sind eigentlich Bewohner/innen aus „Brennpunkten“, oder wie sind eigentlich Bewohner/innen aus „Brennpunkten“ gebildet?
- Wie lassen sich deren Kompetenzen sichtbar machen, wie lassen sich diese in die Öffentlichkeit wenden?

Kinder und Jugendliche verfügen über eine eigene Kultur und eigene Kompetenzen – sie sind gebildet.

Das ist der Grundgedanke des Modellprojekts „Bitte wenden! Kunstaktionen auf der Rückseite der Stadt“ des Bundesverbands der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen e.V. – bjke im Jahr 2002.

In dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bereich Kulturelle Jugendbildung geförderten Projekt gehen acht Jugendkunstschulen mit mobilen kunst- und kulturpädagogischen Gestaltungsprojekten in Stadtteile der Sozialen Stadt. Kulturpädagog/innen und Künstler/innen arbeiten vor Ort mit Kindern und Jugendlichen an der Realisierung einer Gestaltungsidee für den Stadtteil. Das kann z.B. eine Skulptur, ein Theaterstück oder eine Vielzahl von „Dominosteinen“ in verschiedenen Größen und Formen aus Stein, Pappe oder Mosaiksteinen für den Stadtteil sein.

So schwimmen zum Beispiel Fische durch den Hauseingang, aus dem Asphalt ragt eine bunte Walflosse und neben den Altglascontainern steht eine riesige Sitz - Skulptur mit Dach und wachsamem Krokodil aus Ton. All das kann „Bitte wenden!“ vor Ort bedeuten.

In Kooperation mit ansässigen Partner/innen wie Jugendeinrichtungen, Quartiersmanagement, Nachbarschaftsbüro, Wohnungsbaugesellschaft oder auch Schulen wird die Idee, die direkte Lebensumgebung aktiv und sichtbar zu gestalten, umgesetzt.

Immer ist die Jugendkunstschule mit ihrer Aktion auf die vor Ort ansässigen sozialen Partner/innen angewiesen, um direkt Kon-

takt zu Kindern und Jugendlichen aus dem Quartier zu bekommen.

Die Kurzfristigkeit und Kürze des Gesamtprojekts macht dies um so mehr notwendig:

Der gesamte Projektzeitraum umfasste die Monate Mai bis Dezember 2002. Um die einzelnen Aktivitäten auswerten zu können, war die Maßgabe für die örtlichen Partner/innen, ihre Aktivitäten auf den Zeitraum vom Juni – Oktober '02 zu beschränken. Ein Auswertungsseminar im November 2002 bietet die Grundlage für eine allgemeine Arbeitshilfe, die der Einrichtungslandschaft sowie Stadtteilakteur/innen zur Verfügung gestellt werden soll (Erscheinungstermin: ca. März 2003).

Jugendkunstschulen sind Orte der außerschulischen Jugendbildung und –arbeit, die als Freizeiteinrichtung genutzt und von Musik bis zu digitalen Medien –kreative Prozesse initiiert. Schöpferisch tätig werden Kinder und Jugendliche in Werkstätten, Kursen, offenen Workshops oder Projekten in allen Sparten der Kunst – von der bildenden bis zur darstellenden. Bundesweit gibt es etwa 400 Einrichtungen dieser Art, jeder Größe und Ausrichtung.

Am Bundesmodellprojekt waren Jugendkunstschulen aus folgenden Städten beteiligt: Karlsruhe, Potsdam, Rostock, Delmenhorst, Magdeburg, Dessau und aus Nordrhein-Westfalen Dortmund und Bottrop.

Die beiden Standorte in Nordrhein-Westfalen seien hier näher vorgestellt:

Dortmund

In Dortmund kooperierte die **Jugendkunstschule balou e.V.** aus dem Ortsteil Brackel mit dem **Abenteuerspielplatz Scharnhorst** – sonst getrennt durch eine Bundesstraße.

Die Ämter der Stadt sind als Förderer bzw. Träger beteiligt: das Kulturamt Dortmund als Partner der Jugendkunstschule und das Jugendamt als Träger des Abenteuerspielplatzes.

Das Projekt

Auf der Ferienspielwiese im Sommer entsteht über zwei Wochen zusammen mit zwei Theaterpädagogen und einer Künstlerin das Theaterstück „Traum vom Fliegen“ mit vielen

artistischen Einlagen, selbstgebauten Masken und Stabfiguren.

Die beiden Sparten - Kunst auf der einen und Theaterspielen auf der anderen Seite - ermöglichen dabei die Verbindung zweier Arbeitsformen. Die künstlerische Herstellung der Requisiten und des Bühnenbilds kann als offene Angebotsform mit geringerem Verpflichtungscharakter von den Kindern wahrgenommen werden; das gegenständliche Ergebnis ist auch an nur einem Nachmittag befriedigender Beweis der Mühe. Auf der anderen Seite steht das Theaterspielen mit der Verantwortung einer festen Rolle und Aufgabe im Stück, mit dem Live – Erlebnis der Publikumsbestätigung zur Premiere am Ende der Produktion.

Den Kern der Theatergruppe bilden so nach kurzer Zeit 14 Kinder im Alter zwischen 7 – 17 Jahren. Neun davon sind Mädchen, fünf Jungen. Die Jungen können über den Anteil an Artistik begeistert werden, während die Mädchen gerne den schauspielerischen und künstlerischen Part abdecken.

Das Theaterstück soll als Tourneestück über den Stadtteil hinaus bekannt werden. Drei Aufführungen werden realisiert:

- Premiere auf der Ferienspielwiese
- Gesamtschule Scharnhorst aus Anlass des Stadtteilstes
- Rathaus im Stadtzentrum

Das Projekt ist nach Einschätzung der Mitarbeiterinnen des ansässigen Abenteuer-spielplatzes ein toller Erfolg. Sie begrüßen die Kooperation mit der Jugendkunstschule. Bei ihnen stößt der künstlerische Ansatz auf große Resonanz, da er bereits im Vorfeld Teil der Arbeit der Einrichtung war.

Von der Jugendkunstschule balou e.V. geht nach Abschluss dieses Projekts bereits die Initiative für ein weiteres künstlerisches Projekt im Stadtteil Scharnhorst aus. Die Idee stößt bei Stadtplanungsamt/ Stadtteilmanagement, Kulturamt, Jugendamt und den Wohnungsbaugesellschaften auf große - auch finanzielle Resonanz.

Bottrop

Die **Kulturwerkstatt Bottrop** ist eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche des städtischen Kulturamts und kooperiert mit der **AG soziale Brennpunkte**, die direkt im Zielgebiet Borsigweg in Bottrop – Boy ihren Sitz hat.

Im Verlauf des Projekts ist die Kooperation mit dem Grünflächen- und dem Planungsamt unerlässlich. Der zuständige Quartiers-

manager wird zuverlässiger Partner des Projekts.

Das Projekt

Im Stadtteil entsteht auf einem 6 x 6 Meter großen Sockel eine Sitzskulptur mit einem Betondach "für schlechtes Wetter", wie die Kinder ergänzen. Vor den drei Sesseln aus Stein sind Keramikbilder/-reliefs von den Kindern auf dem Sockel befestigt. Es entsteht beispielsweise ein großes Krokodil, das aus dem Boden ragt oder ein kleines Badebild, das auf der Seite angebracht wird. Beim handwerklichen Teil des Schweißens und Betongusses beteiligen sich überwiegend männliche Jugendliche. Die Arbeit begeisterte die Jugendlichen so sehr, dass ein Vielfaches der eigentlich notwendigen Meterzahl an Draht verschweißt worden sind. Die Keramikarbeiten und das Setzen von Mosaiksteinen begeistert eher die Kinder.

Insgesamt haben sich 61 junge Bewohner/innen beteiligt, 52 davon mit Migrationshintergrund. Das Geschlechterverhältnis war insgesamt ausgeglichen. Der "Borsigweg" umschreibt sogar als Begriff in Bottrop das stigmatisierte Viertel der ehemaligen Obdachlosensiedlung. Der hohe Anteil an Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft rührt von der heutigen Nutzung für Asylbewerber her. Vielfach möchten die Bewohner aber auch nach ihrem erfolgreichen Asylverfahren nicht aus dem Straßenzug wegziehen.

Die Kulturwerkstatt Bottrop plant bereits konkrete weitere Projekte z.B. ein Theaterprojekt mit Ausbildungsabbrechern, weitere Keramik-Workshops im Borsigweg.

Obwohl bereits in der Arbeit mit "Benachteiligten" erfahren, sieht der Leiter der Kulturwerkstatt in dem neuen Projekt eine neue Dimension in Sachen Kooperation und Größe erreicht, die er als absolut positiv bewertet. Das Stadtplanungsamt ist auch für andere Stadtteile an der Kooperation interessiert.

In den sechs weiteren bundesweiten Projekten finden sich ähnliche Strukturen.

Ziele des Modellprojekts

Ziel der Projekte vor Ort ist es, die im Stadtteil vorhandene Kompetenz und Bildung öffentlich sichtbar zu machen.

Sie soll(t)en:

- die Kinder und Jugendlichen in ihren Fähigkeiten stärken und nicht in ihren Problemen bestätigen;

- über öffentliche Präsentationen das negative Image des Stadtteils aufbrechen;
- nach innen: eine Selbstbestätigung der Gestaltungskompetenz bieten;
- nach außen: den Beweis der im Stadtteil vorhandenen Bildung antreten können.

Kunst bietet hierfür ideale Voraussetzungen:

Ihr ist die Möglichkeit nichtsprachlicher Kommunikation implizit. Sprachschwierigkeiten können keine Barriere und kein Anlass für die Bestätigung von Vorurteilen Externer sein.

Selbstgestaltetes birgt ein hohes Potenzial der Identifikation in der Sichtbarkeit und je nach Projekt auch Beständigkeit (siehe Bottrop: Beton als Material). "Das habe ich gemacht!" – ist der stolze Ausspruch gegenüber Freund/innen, Eltern und Mitbewohner/innen, der auch dem Vandalismus vorbeugt. Das zeigen die unzerstörten Ergebnisse auch einige Monate nach ihrer Fertigstellung und motiviert zu weiteren Aktivitäten. Diese Schritte der Präsentation und Bestätigung zunächst der eigenen Fähigkeiten könnten die Grundlage für eine gleichberechtigte weitere Bildungsarbeit sein. Vertrauen in die eigene Kompetenz ist die Grundlage. Das setzt auch voraus, dass kulturelle Bildung als Bildungsfaktor anerkannt wird – gleichberechtigt neben z.B. den Naturwissenschaften, deren Verwendbarkeit scheinbar offensichtlicher ist. Kulturelle Bildung allgemein muss sich häufig des Vorurteils erwehren, dass sie elitär sei und nicht das Potenzial eines "niedrigschwiligen Angebot" habe. Es sind bundesweit etwa 600 Kinder und Jugendliche erreicht worden, die dieses Vorurteil widerlegen.

Verankerung und Akzeptanz im öffentlichen Raum

Neben der Durchführung der kulturpädagogischen Projekte waren die Einrichtungen bzw. Projektleiter immer wieder gefordert, auch Gremienpräsenz und Verwaltungskontakte zu pflegen und Informationen zu veröffentlichen. Das war vorab und natürlich während der Arbeit der Grundstein für weitere Projekte. Grundsätzlich ist und war die Resonanz sehr positiv. Das hat, wenn es gut organisiert ist/ war auch nachhaltige Unterstützung zur Folge, bzw. motivierte auch die Projektleiter, weiter im Handlungsfeld aktiv sein zu wollen!

Durch die öffentlichen Präsentationen, zu denen z.B. auch ranghohe Ortspolitiker kamen, bekamen die Projekte eine gute Medienpräsenz und Presseresonanz.

Grundsätzlich ist der Vorteil der künstlerischen Arbeit, dass sie in der Regel ein sicht- und präsentierbares Ergebnis ausstellen kann; im Fall von Skulpturen, die fest installiert sind, ist gleichzeitig die Zustimmung verschiedener Ämter notwendig. Dadurch zeigt sich die Unterstützung und Akzeptanz bereits notwendig während der Projektphase. Fragt man sich, ob der Bundesverband mit dem Modellprojekt sein Ziel erreicht hat, muss man zweierlei unterscheiden:

Ja, wenn es um die Herausforderung der Fähigkeiten der beteiligten Kinder und Jugendlichen geht. Ja, wenn es um die Erschließung eines spannenden Arbeitsfeldes für Jugendkunstschulen und kulturpädagogische Einrichtungen geht. Die Akteure bewerten den Verlauf ihrer Einzelprojekte sehr positiv, so dass die Motivation und die Planung für weitere Projekte in 2003 laufen und bereits konkret werden. Unklar ist, ob wir langfristig das Ziel erreichen werden, Kulturpädagogik in der Stadterneuerung zu verankern. Das lässt sich heute noch nicht sagen und bedarf natürlich mehr als der acht Standorte in 5 – 6 Monaten Erprobungsphase. Die folgende Arbeitshilfe wird – hoffentlich – auch anderen Einrichtungen Inspirationen bieten.

Es ist ebenso abhängig davon, inwieweit die Organisationsstrukturen der "Sozialen Stadt" oder von "E&C" es schaffen, immer mehr auch eingespielte Verwaltung vor Ort für ihre Sache zu begeistern und einzusetzen. Positive Ansätze für die Praxis sind bereits über den Modellprojekt-Zeitraum hinaus vorhanden.

Das Konferenzthema "Zugänge schaffen – mehr Chancen durch mehr Bildungsbeteiligung im Stadtteil" ist auch die Frage danach, welche Bildung aus dem Stadtteil nach außen präsentiert werden kann. Die Bezeichnung "Benachteiligung" kann nicht der Vorwand für eine Unterforderung sein.

Bildung muss nicht zuallererst missionarisch in den „benachteiligten Stadtteil“ gebracht werden, es wohnen dort gebildete Bewohner. Diese Bewohner/innen-Bildung gilt es z.B. über Kunstprojekte nach innen als Selbstbestätigung und nach außen als Imagedurchbrechung zu kommunizieren.

Dabei ist die Grundlage ein Bildungsbegriff, der Bildung als Selbstbildung versteht und den Lernenden als selbst steuernden Akteur des eigenen Entwicklungsprozesses. Dieser Prozess muss jedem ermöglicht werden: In "Bitte wenden!" haben wir das mit sichtbaren Gestaltungen und – Gestaltungsprodukten der jungen Bewohner/innen versucht.

Hinweise auf weitere Publikationen:

Quartalsschrift "Infodienst Kulturpädagogische Nachrichten", Themenheft zum Modellprojekt mit allen Projektbeschreibungen, Januar 2003, Bezug über den bjk Arbeitshilfe "Bitte wenden!" – Erscheinungstermin voraussichtlich März 2003

Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule in Niedersachsen

In Niedersachsen hat die Arbeit am Thema der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule fachpolitische Tradition. Wir haben schon frühzeitig damit begonnen, Strukturen der Zusammenarbeit zu verbessern, Schwerpunkte zu setzen und entsprechende Regelungen zu treffen. Dies ist aus der Erkenntnis heraus geschehen, dass nur im Zusammenwirken die Förderung von Kindern und Jugendlichen bzw. von Schüler/innen verbessert werden kann. Bestimmte Ergebnisse der PISA-Studie haben uns so gesehen dann auch nicht übermäßig überrascht. Allerdings haben die Stichworte PISA, Erfurt und auch „Arthur aus Hannover“ die Entwicklung in Niedersachsen zur Verbesserung der Zusammenarbeit beschleunigt.

Die Beschlüsse der JMK haben uns in unseren Bemühungen bestätigt und sind für uns eine gute Grundlage, auf der die weiteren Perspektiven entwickelt und praktisch umgesetzt werden können.

Als leitende Entwicklungsperspektive hat die JMK im Juni 2002 beschlossen, ein kohärentes Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung zu fordern.

Bei meinen Ausführungen möchte ich zunächst auf die Ausgangslage eingehen, im zweiten Teil die Maßnahmen kurz darstellen, die aus der Ausgangslage hergeleitet wurden, und im dritten Teil Perspektiven zur Entwicklung eines kohärenten Gesamtsystems ansprechen.

Schule und Jugendhilfe sind systemisch und inhaltlich nicht leicht miteinander kompatibel zu machen. Beide Systeme haben historisch gewachsene, unterschiedliche Organisationsformen und spezielle Aufträge. Wenn man nur über Statusfragen nachdenkt, wie z.B. auch die Besoldung, oder etwa den bekannten Vorurteilen der jeweils „anderen Seite“ gegenüber Raum gibt, kommt man nicht weiter. Ich möchte deshalb den Focus einmal anders setzen. Wie sind die grundlegenden Strukturen beider Systeme?

In Niedersachsen gibt es 3.690 weitgehend eigenverantwortliche Schulen. 61 Jugendämter haben die örtliche Planungsver-

antwortung für die Kinder- und Jugendhilfe. Sie halten selbst eine Vielzahl differenzierter Einrichtungen und Dienste vor, und eine große Zahl von Einrichtungen und Diensten freier Trägerorganisationen der Jugendhilfe kommen hinzu. Die Jugendhilfe ist heterogen und äußerst differenziert und wird selbst im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanungen nicht vollständig erfasst; z.B. ist davon auszugehen, dass die Vielzahl ehrenamtlicher Angebote der Jugendarbeit planerisch nicht immer berücksichtigt werden. Während das System der Schulen – wenn auch mit vielen Verästelungen – noch einigermaßen übersichtlich ist, ist das System der Jugendhilfe selbst für Insider schwer überschaubar.

Dieser Unterschied macht die Angelegenheit nicht einfacher.

Stellt man die 68.400 Lehrer/innen den 45.764 Mitarbeiter/innen der Jugendhilfe als Partner gegenüber, ist der gelegentlich gezogene Vergleich zwischen dem großen Bruder Schule und der kleinen Schwester Jugendhilfe nicht zutreffend. Zumal auch noch ca. 50.000 ehrenamtliche Kräfte allein der Jugendarbeit hinzukommen.

Die Einführung von verantwortlichen Ansprechpartnern bei Jugendämtern und Schulen als Bindeglieder der unterschiedlichen Systeme, wie sie im Erlass von 1994 geregelt wurde, war vor dem Hintergrund dieser Situation absolut sinnvoll.

Um die Zusammenarbeit auf eine partnerschaftliche Grundlage zu stellen, wurde das Niedersächsische Schulgesetz mit dem KJHG durch einen entsprechenden Passus in Einklang gebracht. Der § 81 SGB VIII hat im § 25 Abs. 3 NschG seine Entsprechung gefunden („Schulen arbeiten mit den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit sich wesentlich auf die Lebenssituation junger Menschen auswirkt, im Rahmen ihrer Aufgaben zusammen“).

Weiterhin hat sich Jugendhilfe bereitgefunden, nicht mehr beschulbare junge Menschen in ihre Jugendwerkstätten aufzunehmen. Diese Möglichkeit wird durch § 67 Abs.5 NschG (Schulpflicht in Sekundarbereich II) geregelt: Jugendliche, die nicht in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen und in besonderem Maße auf sozialpädagogische Hilfen angewiesen sind, können ihre Schulpflicht durch den Besuch einer Jugendwerkstatt erfüllen, die auf eine Berufsausbildung oder berufliche Tätigkeit vorbereitet.

Seit dem Grundlagenerlass von 1994 sind alle Richtlinien unter dem verbindlichen Leitbild einer Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule verfasst worden. Zum Beispiel:

- Jugendwerkstatttrichtlinie (Verpflichtung zur Kooperation mit Schule, Schulpflichterfüllung, Kooperationsvereinbarungen mit Schulen im Rahmen innovativer Vorhaben)
- RAN (Verpflichtender Beirat / Schule; Verpflichtung beim Übergang von der Schule in den Beruf und Zusammenarbeit mit Schulen)
- Sozialpädagogische Maßnahmen für besondere Zielgruppen (Vorhaben, die eine Kooperation zwischen den verschiedenen Institutionen und den Schulen verbessern helfen).

Manchmal werden die Vorzüge von Regelungen erst auf den zweiten Blick erkannt. Deshalb haben wir 1998 noch einmal nachgefragt, welche Wirkung der Erlass von 1994 erzeugt hatte.

Ich möchte nur einige Schlaglichter des Ergebnisses in Erinnerung rufen:

Haben sie einen Ansprechpartner benannt? (Schulen)

Insgesamt: 54,7 %; N gesamt = 2.643
Häufigste Schulform: HS, GHS, HS/OS
Häufigster Regionstyp: Kernstädte

Gibt es regelmäßig gemeinsame Besprechungen zwischen den Ansprechpartnern der Jugendhilfe und der Schule?

Insgesamt: 16,1% N gesamt = 742
Schulen: 15,3% Jugendämter: 35,1% Freie Träger: 43,9%
Häufigste Schulform: Sonderschulen: 27,7%
Häufigster Regionstyp: Kernstädte: 29,6%

Teilnahme an Konferenzen und Dienstbesprechungen des anderen Partners

Insgesamt: 18,3% N gesamt = 2.732
Schulen: 16,9%

Jugendämter: 66,7% Freie Träger: 39,0%
Häufigste Schulform Sonderschulen: 33,5%
Häufigster Regionstyp Kernstädte: 29,1%

Werden zu Informationsveranstaltungen der Schule Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe eingeladen?

Insgesamt: 27,4% N gesamt = 2.726
Schulen: 26,2% Jugendämter: 63,2% Freie Träger: 56,1%
Häufigste Schulform Sonderschulen: 44,8%
Häufigster Regionstyp: Kernstädte: 34,2%

Finden an Elternsprechtagen der Schule Beratungsgespräche durch die Jugendhilfe statt?

Insgesamt: 3,2% N gesamt = 2.773
Schulen: 2,9% Jugendämter: 8,8% Freie Träger: 12,8%
Häufigste Schulform: Berufsb. Schulen: 5,0%
Häufigster Regionstyp: Kernstädte: 5,8%

Nehmen Lehrkräfte der Schule sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe vor Ort an gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen teil?

Insgesamt: 14,9% N gesamt = 2.748
Schulen: 13,9% Jugendämter: 50,0% Freie Träger: 31,0%
Häufigste Schulform HS, GHS, HS/OS: 22,3%
Häufigster Regionstyp Kernstädte: 22,2%

Aus den Ergebnissen der bisherigen Bemühungen wurden von Schul- und Jugendministerium gemeinsame Schlussfolgerungen gezogen. Klar war, dass ein Zuwarten

auf Biotope der Zusammenarbeit „von unten“, bei denen erst „die Chemie“ stimmen muss oder aber besonders auffällige Gruppen eine Zusammenarbeit erzwingen, als ausschließliche Handlungsstrategie nicht hinreichend ist. Gesetze und Erlasse bieten keine Gewähr für einen nahtlosen Transport in die Praxis. Auf die Bedarfs- und Bedürfnissituation der Beteiligten muss noch mehr Wert gelegt werden.

Um landesweit eine institutionelle und vor allem kontinuierliche Zusammenarbeit zu fördern, wurde daher ein Programm entwickelt, das auf die konkrete Bedarfs- und Bedürfnissituation von Jugendhilfe und Schule ausgerichtet ist und gleichzeitig vielfältige Spielräume einer kreativen Praxis vor Ort ermöglicht. Es sollten gezielt Knotenpunkte auf örtlicher Ebene entstehen, aus denen sich ein immer enger und größer werdendes Netzwerk institutioneller Zusammenarbeit bildet.

Deshalb wurde mit dem Präventions- und Integrationsprogramm (PRINT) ein landesweites „Netz der Prävention von Jugendhilfe und Schule“ geknüpft. Vereine, Verbände, Jugendämter und Schulen arbeiten zusammen, schaffen Nachmittagsangebote für Schüler/innen. Das Programm beinhaltet außerdem Komponenten für gezielte Integrationsstrategien in Vereine, beim Übergang von der Schule in den Beruf und zur gesellschaftlichen Teilhabe/Partizipation. Das Land fördert 77 Projekte (47 „Grundbausteinprojekte“ und 30 „Schwerpunktbausteinprojekte“).

Die Standorte der 47 Präventions- und Integrationsprojekte an schulischen Standorten (Grundbausteine) sind solche Wohnbereiche in den Kommunen, in denen geeignete Angebote der Beratung, der Betreuung, der Freizeit und der existenzsichernden Hilfen fehlen, um Kinder und Jugendliche beim Hineinwachsen in die Erwachsenenwelt zu begleiten und zu fördern und ihre Familien entsprechend zu unterstützen. Ansatzpunkt dieses Programmbausteins ist es daher, durch lokale Präventionskonzepte eine gezielte Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen, insbesondere jedoch für gefährdete junge Menschen, anzustreben. Eine wirksame Prävention setzt dabei immer voraus, dass die Schlüsselinstitutionen der Erziehung und Bildung, die Schule und die Jugendhilfe, eng zusammenarbeiten und auch die Kooperation mit weiteren gesellschaftlichen Partnern suchen.

Gleichzeitig werden Nachmittagsangebote der Jugendhilfe und Mittagstische an Schulen in sozialen Brennpunkten angeboten.

Ergänzend zu den strukturell präventiven und integrativen Konzepten der Grundbausteine leisten die 30 Schwerpunktbausteinprojekte gezielte Hilfen für besondere Zielgruppen.

Die Projekte setzen an drei gesellschaftliche Schnittstellen an, bei denen gezielt einer Ausgrenzung entgegengewirkt werden soll.

- 10 Projekte „Integration in Vereine“
Durch eine Einbindung in Vereine, die Erleichterung der Zugänge zu Angeboten der Jugendsozialarbeit und positive Kontakte mit der Polizei sollen für Fremdenfeindlichkeit anfällige oder gesellschaftlich ausgegrenzte Jungen und Mädchen sozial integriert werden.
- 8 Projekte „Übergang von der Schule in den Beruf“
Durch frühzeitige Angebote mit den Schulen wird eine Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf erreicht. Dabei werden insbesondere für solche Jugendliche, sich der Schule verweigern, durch die Vermittlung von Perspektiven eine Reintegration in das Regelsystem ermöglicht.
- 12 Projekte „Gesellschaftliche Teilhabe/Partizipation“
Durch Teilhabe an relevanten Entscheidungsprozessen vor Ort, z.B. in den Bereichen Freizeit, Verkehr, Umwelt und Jugendpolitik, übernehmen junge Menschen Verantwortung. Die Projekte befähigen zu demokratischem Engagement, integrieren damit und wirken präventiv.

Ergänzend zu den PRINT-Projekten werden Lehrer/innen gemeinsam mit Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe durch berufsbegleitende „Tandemweiterbildungen“ zu Präventionsfachkräften ausgebildet. Dadurch entsteht additiv zu den 77 PRINT-Projekten ein Netz von Multiplikatoren, die eine gemeinsame Sichtweise zur Prävention entwickeln und gemeinsame Konzepte und Projekte realisieren. Gleichzeitig entsteht dadurch ein Mehrwert von zusätzlich etwa 300 Kooperationsprojekten, die im Rahmen der bestehenden Ressourcen realisiert werden.

Das Netz PRINT wird durch weitere Knotenpunkte unterstützt. Diese bilden das „Programm der Niedersächsischen Landesregierung zur Vermeidung von unentschuldigter Abwesenheit vom Unterricht.“

Ziel dieses Programms ist es, durch frühzeitige Erkennung von Absentismus und eine zeitnahe Information der Erziehungsberechtigten über unentschuldigte Abwesenheit eine angemessene präventive Wirkung zu erreichen.

Primär geht es darum, schulinterne Lösungen zu entwickeln, die unentschuldigtes Fernbleiben nicht mit dem Schulklima vereinbar machen. Es werden vertragliche Vereinbarungen zwischen Schule und Erziehungsberechtigten getroffen. In diesen Verträgen verpflichten sich die Schulen, den Eltern sofort Mitteilung über ein unentschuldigtes Fernbleiben zu machen. Die Eltern geben an, wie und wo sie während der Schulzeit erreichbar sind. Als flankierende Maßnahmen werden Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe und der Polizei angebunden. Es soll ein Informationssystem zwischen Schule, Erziehungsberechtigten, Jugendhilfe und Polizei aufgebaut werden. Dazu gehört auch, dass verbindliche Ansprechpartner der Institutionen benannt werden. Helferteams, z. B. bestehend aus kommunalen Diensten, Schulpsychologen, Schulärzten und weiteren schulexternen Beratern bieten Unterstützung an, wenn die „Bordmittel“ der Schulen und der Erziehungsberechtigten nicht ausreichen.

Die PRINT – Projekte werden mit diesen Netzen verknüpft.

Im Rahmen eines Pilotvorhabens wird in ausgewählten Regionen, z. B. im Landkreis Friesland, in Stadt und Landkreis Osnabrück, in Delmenhorst sowie in der Landeshauptstadt Hannover die Umsetzbarkeit des Programms modellhaft erprobt und Erfahrungen gesammelt. Ziel ist eine möglichst kostenneutrale Umsetzung im ganzen Land.

Die nächsten Knotenpunkte könnten die Ganztagschulen sein. Zur Zeit gibt es 155 Ganztagschulen in Niedersachsen, davon 21 Schulen, die seit dem 01.08.2002 als Ganztagschulen im Rahmen der Bildungsoffensive für Niedersachsen eingerichtet wurden. Angestrebt ist, in fünf Jahren (2002 bis 2006) eine Ausweitung auf 500 Ganztagschulen zu erreichen.

Die neuen Ganztagschulen bieten im Rahmen von acht Zeitstunden an vier Nachmittagen Unterricht und Wahlangebote sowie ein Mittagessen in der Schule an. An mindestens zwei Nachmittagen finden Förderunterricht, Arbeits- und Übungsstunden, Arbeitsgemeinschaften und Verfügungsstunden und an zwei Nachmittagen außerunterrichtliche Angebote statt. Die Schulen können sich auch für drei oder vier verpflichtende Nachmittage entscheiden. Es ist

gleichfalls möglich, an Halbtagschulen Ganztagschulzüge einzurichten.

Zur Finanzierung oder Unterstützung weiterer ganztagspezifischer Angebote wird der Schule durch die Schulbehörde ein Budget zugeteilt:

Ein entsprechender Verrechnungsschlüssel bezieht sich auf die Anzahl der an weiteren Nachmittagen tatsächlich teilnehmenden Schülerinnen und Schüler. Durch die Einführung eines Budgets, das nach Entscheidung der Schule aufgeteilt und eingesetzt werden kann, wird es den Ganztagschulen ermöglicht, im Rahmen ihrer eigenen Schwerpunktsetzung pädagogisch geeignete und fachlich kompetente Personen vor Ort für einzelne Angebote in der Schule zu gewinnen. Personalkosten können dabei ganz oder teilweise getragen werden. Sofern die Schülerzahlen und die regelmäßige Beteiligung ein entsprechendes Budget ergeben, ist auch die dauerhafte Beschäftigung von weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (z.B. sozialpädagogischen Fachkräften) denkbar.

Für die Berechnung des Budgets ist die Anzahl der Schüler/innen zu ermitteln, die sich – freiwillig – für zusätzliche Angebote entschieden haben und dann zur Teilnahme verpflichtet sind. Als Rechengröße für die Ermittlung des Gesamtbetrages, der einer Schule zur Verfügung gestellt werden soll, ist vorgesehen, für ein zweistündiges Angebot, an dem 12 Schüler/innen teilnehmen, im Schuljahr einen Betrag von € 1.500,- zuzuweisen (das entspricht € 125,- je Schülerin oder Schüler). Über den Gesamtbetrag kann nach Schwerpunktsetzung durch die Schule verfügt werden.

Die Kinder- und Jugendhilfe sollte diese Chancen offensiv nutzen. Hier eröffnen sich gute Möglichkeiten, um eine bedarfsgerechte Jugendhilfeplanung mit einer bedürfnisgerechten Schulentwicklungsplanung zu verknüpfen.

Schließlich liegen die Stärken der außerschulischen Jugendbildung bei den Themen, die sich nicht allein durch abstrakte Lernprozesse erschließen. Die Jugendarbeit zum Beispiel lebt davon, dass sie einen lebendigen Bezug zur Lebenswirklichkeit hat. Deshalb sind Angebote der Jugendarbeit besonders geeignet, politische und soziale Bildung zu vermitteln. Von der Schule vermitteltes Wissen kann von der Jugendarbeit ergänzt und zusätzlich praktisch angewendet werden.

Die Jugendarbeit muss sich allerdings den Bildungsaufgaben weiter öffnen und solche Angebote gerade auch im Zusammenspiel mit Schulen vorhalten, die bereits Kinder ab der Schulpflicht erreichen. Auch wenn sich jetzt schon viele Angebote der Jugendarbeit zum Teil direkt an Schüler/innen wenden, bestehen in der Jugendhilfe doch noch viele Bedenken gegen Angebote an Klassen. Insofern wird noch besser herauszuarbeiten sein, inwieweit sich die außerschulische Jugendbildung auf schulische Zusammenhänge bezieht und welche Funktion diese Angebote im Zusammenspiel mit schulischer Bildung haben.

Die weiteren Perspektiven einer verbesserten Zusammenarbeit werden wir seitens der Jugendhilfe zum einen durch neue Regelungen und zum anderen durch eine Steuerung durch fachliche Impulse und Haushaltsmittel gestalten.

Eine Neufassung des Erlasses zur Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Schule ist in Vorbereitung. Im Zusammenhang mit der derzeit wieder aktuellen Debatte um die Jugenddelinquenz hat das Kabinett einen Prüfungsauftrag zur Überarbeitung des bestehenden Erlasses und zur Erstellung eines Kooperationserlasses Jugendhilfe – Schule – Polizei erteilt. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht die Frage eines verbindlichen Ansprechpartnersystems und eines Meldesystems. Die konzeptionelle Arbeit hat hierzu bereits in einer interministeriellen Arbeitsgruppe begonnen. Es ist zu erwarten, dass insbesondere die Organisation des Ansprechpartnersystems verbindlicher gefasst wird und die Tätigkeit der Ansprechpartner mit inhaltlichen Standards versehen wird.

Es ist beabsichtigt, dass in der neuen Legislaturperiode ein neues Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz entwickelt werden soll. Mit der Vorlage des Kinder- und Jugendplans Niedersachsen ist ein erster fachlicher Diskurs dazu bereits eröffnet worden. Mit dem Gesetz wird „die große Lösung“ angestrebt. Das heißt, dass neben der bisher geregelten Förderung der Jugendarbeit weitere Leistungsbereiche, z. B. die Jugendsozialarbeit und der erzieherische Kinder- und Jugendschutz sowie familienpolitische Leistungen, in das Gesetz aufgenommen werden. Bisherige Richtlinien sollen möglichst gebündelt in das neue Gesetz einfließen, um die Förderstruktur insgesamt zu vereinfachen. Die Kooperation mit Schulen wird generell als Qualitätsstandard entsprechend Gewicht bekommen.

Mit dem niedersächsischen Kinder- und Jugendplan hat das Land die Richtung der zukünftigen Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe dargelegt. Der Plan dient gleichzeitig als Grundlage für den Diskurs für das neue Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz.

In dem Kinder- und Jugendplan sind 13 Ziele und Handlungsfelder dargelegt, mit denen eine Neuakzentuierung der Kinder- und Jugendhilfe erreicht werden soll. Auch die Landesförderung soll sich zukünftig an diesen Zielen und Handlungsfeldern ausrichten. Unter dem Handlungsziel „Teilhabe an der Wissens- und Informationsgesellschaft – Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule“ – wird zum Beispiel ausgeführt, dass sich die Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit und der erzieherische Kinder- und Jugendschutz Bildungsaufgaben weiter öffnen und die Teilhabe an der Wissens- und Informationsgesellschaft sichern sollen. Die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule soll eine neue Dynamik erhalten.

Im Handlungsfeld „Integration bei sozialen, regionalen und kulturellen Benachteiligungen“ geht es unter anderem um den Aufbau von Frühwarnsystemen und eine Verbesserung der Lebenslagen junger Menschen in sozialen Brennpunkten und strukturschwachen ländlichen Räumen. Das Programm „Jugendarbeit in strukturschwachen Gebieten“ soll in diesem Zusammenhang eine neue Funktion erfüllen. Auch dazu gehört eine stärkere Vernetzung der Jugendarbeit mit der Jugendsozialarbeit und mit den Schulen.

Auch die Ministerpräsidenten der Länder haben sich nach den Ereignissen in Erfurt mit der Frage der Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Schule und Familie beschäftigt. Niedersachsen und das Saarland haben einen Maßnahmenkatalog, der alle Politikfelder umfasst, erstellt. Über das Papier ist insgesamt in allen Ländern grundsätzlich Konsens hergestellt worden. Es werden gegenwärtig alle Fachministerien der Länder beteiligt und die Ministerpräsidenten werden im März abschließend beschließen.

In diesem umfangreichen Maßnahmenkatalog hat die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule einen besonderen Stellenwert. Zur Umsetzung ab dem Jahr 2003 stehen z.B. folgende Punkte an:

- Angebot von Maßnahmen zur Verstärkung der Wahrnehmung der Aufsichtspflicht von Eltern und deren konsequentes Vorgehen bei auffälligem Verhalten:

- Kooperationsgebot von Eltern mit der Schule und der Jugendhilfe
- Sanktionierung des Schuleschwänzens gegenüber den Eltern
- Einführung von schulischen „Präventionsteams“, ggf. mit verstärkter Einbindung der Polizei an Grundschulen und im Sekundarbereich zur Stärkung sozialer Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler
- Durchführung von Maßnahmen zur Vermeidung von unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht in Kooperation mit kommunaler Jugendhilfe, lokalen Präventionsräten, freien Jugendhilfeeinrichtungen und Polizei
- Bereitstellung von schulischen und außerschulischen Maßnahmen, um Schulverweigerern eine Rückkehr in die Schulausbildung zu ermöglichen
- Kooperationsgebot für Schule und Eltern gemeinsam mit kommunalen Stellen, Polizei, Vereinen, außerschulischen Einrichtungen u.a. zur Vermittlung von Informationen und Beratungen für Erziehungsberechtigte, z. B. bei Schulver sagen ihrer Kinder, bei schulordnungsrechtlichen Maßnahmen
- Arbeit in gemeinsamen Kernteams von Schule und Jugendhilfe - die weitere Fachdienste und insbesondere auch Eltern einbeziehen - zur Profilierung der Erziehungskraft der Schule, zur Qualifizierung der Angebote der Jugendhilfe und zur Stärkung der Elternkompetenz
- Erarbeitung und Umsetzung eines ganzheitlichen Präventionskonzepts in interdisziplinärer Zusammenarbeit von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und Polizei unter Berücksichtigung von geschlechtsspezifischer Präventionsarbeit bei Kindern und Jugendlichen
- Ressortübergreifende Maßnahmen zur Organisation einer besseren - zwischen Justiz, Polizei, Jugendhilfe und relevanten gesellschaftlichen Gruppen abgestimmten - präventionsorientierten Reaktion auf jugendliche Straffälligkeit
- Entwicklung von „sozialen Frühwarnsystemen“ auf örtlicher Ebene - besonders in problematischen städtischen Quartieren und strukturschwachen ländlichen Räumen - durch die Kinder- und Jugendhilfe in enger Kooperation mit Schulen und Eltern („Kultur des Hinsehens“)

Die konzeptionellen Überlegungen des Landes dazu möchte ich kurz skizzieren:

Eine bessere Gewaltprävention und die Stärkung der Erziehungskraft von Schule und Familie setzt voraus, dass frühzeitig sich abzeichnende Bedarfssituationen und Problemlagen erkannt werden. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass rechtzeitig zielgerichtet die richtigen Maßnahmen durch die bestehenden Institutionen ergriffen werden können. Deshalb sollen soziale Frühwarnsysteme durch die Kinder- und Jugendhilfe entwickelt werden. Von besonderer Bedeutung dabei sind problematische städtische Quartiere und strukturschwache ländliche Räume.

Solche Frühwarnsysteme ermöglichen eine frühere Wahrnehmung von Problemlagen bei Kindern, Jugendlichen und deren Familien. Hierfür müssen Sensoren benannt werden. Von den Frühwarnsystemen sind Indikatoren und Schwellen zu benennen, ab wann Warnungen erfolgen sollen. Für die Warnmeldungen sind handlungsverpflichtende Institutionen oder Personen zu benennen. Ein zeitnahes Handeln durch eigene oder andere Institutionen soll damit sichergestellt werden und eine Rückkopplungsschleife an die Warnmelder wird vorgesehen.

Die Frühwarnsysteme sollen unter Federführung der Kinder- und Jugendhilfe auf der örtlichen Ebene implementiert werden. Sie tragen auch dazu bei, vorhandene Institutionen und Ressourcen zu vernetzen. Dabei können allerdings auch die vorhandenen Strukturen in Frage gestellt werden, um sie zu flexibilisieren. Die vor Ort bereits vielfältig vorhandenen Möglichkeiten, Angebote und Hilfen sollen in ganzheitliche Lösungsansätze überführt werden.

Mit diesem Maßnahmenbündel, das wir bereits eingeleitet haben oder noch einleiten werden, werden schon gute erste Schritte zu einem Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung gegangen.

Der zentrale Ausgangspunkt dieses Weges ist, dass wir Kinder und Jugendliche konsequent als Subjekte in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen. Deshalb gilt auch, dass in den Systemen Schule und Jugendhilfe und bei der Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten bisherige institutionelle Grenzen überwunden werden müssen. Schließlich verfolgen Jugendhilfe und Schule das gemeinsame Ziel, junge Menschen in geeigneter Weise im Prozess des Aufwachsens zu unterstützen, sie pädagogisch zu begleiten und ihnen beim Erwerb von Bildung zu helfen. Bei der Umsetzung dieser Ziele werden je nach Aufgabenstellung und Adressat unterschiedliche pä-

dagogische Ansätze, Methoden, Teilziele, Vermittlungsformen und Konzeptionen angewandt. Der Blick für Unterschiede soll auch nicht verstellt werden. Aber es ist hilfreich, sich vor der Erörterung der Besonderheiten des jeweiligen Systems das Gemeinsame zu vergegenwärtigen.

Um das Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung zu erreichen, müssen drei wesentliche Aspekte in Angriff genommen werden:

- Die Weiterentwicklung der Planungsprozesse und der organisatorischen Strukturen;
- Die Weiterentwicklung des Personals als zentrale Ressource;
- Die Weiterentwicklung der Finanzierungsstrukturen und des Rechts.

Die Schaffung eines kohärenten Gesamtsystems benötigt auf regionaler Ebene eine Gesamtplanung für Bildung, Erziehung und Betreuung. Diese muss durch Planungen des Landes unterstützt werden. Das kann in Niedersachsen bedeuten, dass die Fortschreibung des Kinder- und Jugendplans unter Einbeziehung der örtlichen Jugendhilfepfanungen erfolgt. Die Ergebnisse werden dann mit den Planungsprozessen des Schulministeriums gebündelt, die Daten werden regional aufbereitet und in die örtlichen Planungen eingespeist. Für die Qualität dieser Planungsprozesse ist entscheidend, dass die jungen Menschen, für die Pläne gemacht werden, an den Planungsprozessen beteiligt werden.

Einhergehend mit einer Gesamtplanung ist es wichtig, dass die Organisationsstrukturen in Jugendhilfe und Schule so weiterentwickelt werden, dass sie in der Lage sind, die gemeinsamen Aufgaben für Kinder und Jugendliche zu realisieren bzw. umzusetzen.

Die Weiterentwicklung des Personals ist für die Entwicklung eines Gesamtsystems von erheblicher Bedeutung. Mit den Tandemausbildungen in Niedersachsen sind wir da schon auf dem richtigen Weg. Denn mit dieser Angebotsform wird zweierlei geleistet: gemeinsame Fortbildungsangebote für die unterschiedlichen Berufsgruppen sowie die Entwicklung von Praxisbegleitsystemen im Hinblick auf die Spezifika schulischer Bildung und Erziehung und der Besonderheiten der Jugendhilfeangebote und Leistungen. Dieses Prinzip muss noch weiter gefasst werden, wenn ein Gesamtsystem flächendeckend installiert werden soll. Deshalb müssen die Fortbildungsplanungen von Jugendhilfe und Schule noch stärker abgestimmt werden. Ebenso müssen die Erfor-

dernisse eines derartigen Gesamtsystems in den Ausbildungen berücksichtigt werden.

Die Veränderung bisheriger Finanzierungsmodalitäten wird von grundlegender Bedeutung sein. Nur so kann verhindert werden, dass eine generelle Zuordnung der Aufgaben an die Jugendhilfe oder die Schule erfolgt.

Bei der Weiterentwicklung der Finanzierungsmodalitäten sind drei Richtungen zu nennen:

- Für Aufgaben der Erziehung und Betreuung innerhalb der Jugendhilfe hat sich der Modus bewährt, der die Gesamtverantwortung beim öffentlichen Träger belässt. Die freien Träger werden an der Durchführung der Aufgaben beteiligt und es wird ihnen die selbstständige Wahrnehmung der Aufgaben ermöglicht. Soweit Aufgaben der Erziehung und Betreuung nicht unmittelbar durch die Schulen wahrgenommen werden, soll auch dort das Wirken freier Träger ermöglicht werden. Dass heißt, dass auch im Schulbereich Vertrags- und Finanzierungsstrukturen für Teilaufgaben entwickelt werden, die den Rahmenbedingungen der Jugendhilfe entsprechen. Die Förderung der neuen Ganztagschulen in Niedersachsen ist dazu bereits ein erster Schritt.
- Für die Wahrnehmung von gemeinsamen Aufgaben sollen gemeinsame Budgets aus Jugendhilfe- und Schulmitteln gebildet werden.
- Bei gleichen oder ähnlichen Leistungen in einem Gesamtsystem müssen Kostenbeteiligungen von Eltern gleich behandelt werden. Bei Kostenbeteiligungen muss die Art der Leistung im Vordergrund stehen und nicht die Frage, in welchem System die Leistungen erbracht werden. Gleichzeitig wird es darauf ankommen, die Verfahren so zu gestalten, dass der Verwaltungsaufwand und der Ertrag in einem vertretbaren Verhältnis stehen.

Es muss bei der Entwicklung eines kohärenten Gesamtsystems von Bildung, Erziehung und Betreuung auch eine Weiterentwicklung des Rechts erfolgen. Dazu werden entsprechende landesgesetzliche Grundlagen erforderlich sein.

Ziel aller Anstrengungen muss es ein, die Potenziale aller jungen Menschen zu entwickeln, den Erwerb von Schlüsselqualifikationen zu fördern, ihre Bildungsbereitschaft zu stärken – und so das Aufwachsen aller jun-

gen Menschen und ihre Integration in die Gesellschaft zu unterstützen.

In einem kohärenten Gesamtsystem, das dieses leisten soll, muss die Kinder- und Jugendhilfe den ihr angemessenen Platz bekommen. Sie muss ihn aber auch richtig und fachlich kompetent besetzen.

HeiKoo

Heiligenhafener Kooperation

Neue Qualifizierungsformen für Schulabsentisten und schulumüde Jugendliche durch Schule, Jugendhilfe und Wirtschaft

Kooperative Trägerschaft durch Jugendhilfe und Schule :

Der Modellversuch „HeiKoo“ findet unter der Leitung des Schulamtes Ostholstein statt, das in diesem Projekt eng mit dem Kinderschutzbund, Kreisverband Ostholstein, zusammenarbeitet. Die örtlichen Schulen und die Bezirkssozialarbeit des Jugendamtes wirken bei der Durchführung beratend mit. Die Jugendpflege der Stadt Heiligenhafen gestaltet ein Nachmittagsangebot mit dem HeiKoo-Team. Das ausführende Team des Projektes besteht aus einer Lehrerin, einer Sozialpädagogin des Kinderschutzbundes und einem Sonderschullehrer aus dem Fachbereich schulischer Erziehungshilfe.

Projektförderung :

HeiKoo wird über das Fördernetzwerk zur Integration benachteiligter Jugendlicher in die berufliche Bildung (FÖN) im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur mit Mitteln des europäischen Sozialfonds gefördert.

Zusätzlich zu den Geldmitteln werden Lehrerstunden für dieses Projekt zur Verfügung gestellt.

Zur aktuellen Situation

Die Schulgesprächsrunde in Heiligenhafen thematisiert u.a. die Probleme von Jugendlichen, die ohne Abschluss die Schule verlassen. Für diese Jugendlichen, die der Schule oft fernblieben (Schulabsentist/innen) oder die sich innerhalb der Schule den Lernmöglichkeiten verweigerten, bietet die gegenwärtige Unterrichts- und Qualifizierungsorganisation an den Heiligenhafener Schulen trotz aller pädagogischen Bemühungen offensichtlich keine hinreichenden Lösungen. Die fehlenden schulischen Abschlüsse und die damit verbundenen geringen Chancen der Jugendlichen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zeichnen in der Regel eine sehr problembehaftete Gesamtperspektive der Betroffenen vor. Die Mitglieder der Heiligenhafener Runde haben daher das vorliegen-

de Konzept nach Anregungen aus Berlin und Dänemark erarbeitet. Mit praxisorientierten Formen des Lernens, mit der früher und intensiver einsetzenden Verbindung schulischen Lernens mit betrieblichen Erfahrungen und der daraus resultierenden Lebensbedeutsamkeit der Lerngegenstände für die Jugendlichen soll neue Lernmotivation freigesetzt werden. Im Zusammenhang mit der schulischen Qualifizierung, die in Abschlusszeugnissen ausgewiesen werden wird, sollen in dieser Organisationsform der Übergang zur Berufswelt intensiv angebahnt und Schlüsselqualifikationen vermittelt werden, die zur verbesserten Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen führen.

Da die Probleme, die zu der schwierigen Situation der Jugendlichen geführt haben, vielschichtig gelagert sind, kooperieren im HeiKoo-Projekt Schule, Jugendhilfe, Jugendaufbauwerk, Arbeitsamt und ortsansässige Betriebe.

Das Projekt läuft seit Beginn des Schuljahres 2001/2002. In dieser Qualifizierungsmaßnahme werden neun Jugendliche (4 w/ 5 m) aus Heiligenhafener Schulen betreut.

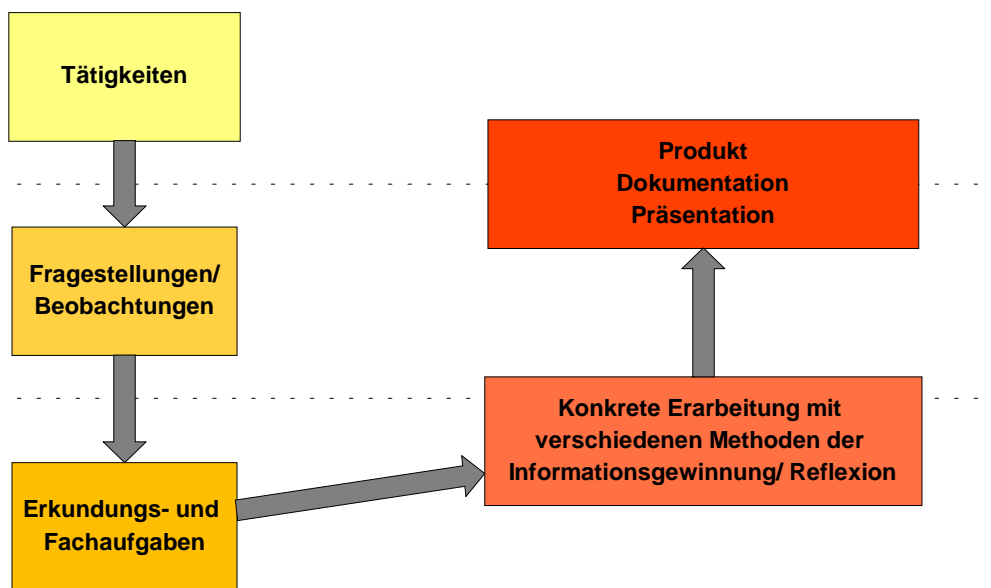
Pädagogische Leitvorstellungen des Bildungsansatzes „Praxislernen“

Das Konzept "Praxislernen" baut auf der Vorstellung auf, dass über den Tätigkeits- oder Handlungsbezug vertiefte Lernerfahrungen geschaffen werden. Entgegen der oftmals als Entfremdung von den Jugendlichen erlebten lehrplanorientierten Lernsituation stellt die von ihnen selbst gewählte Anforderungssituation einen starken Personen- und Fachbezug her. In einer Übersicht lassen sich folgende Leitvorstellungen hervorheben:

- Selbsttätiges, produkt- und prozessorientiertes Handeln in realen Arbeitswelt- und Alltagssituationen sowie deren Reflexion
- Ganzheitlichkeit
- Aufhebung der strikten Trennung von Schule und Leben
- Interdisziplinäres, fächerübergreifendes Lernen
- Gesellschaftlich relevantes Lernen
- Lernen in Situationen, die eine Bedeutung für die Schüler/innen haben
- Einbezug der persönlichen Lebensrealitäten der Schüler/innen.¹

¹ Vgl.: Heike Borkenhagen, a.a.O., S. 17 ff
Institut für Produktives Lernen in Europa, a.a.O., S. 4 ff

Von der Tätigkeit zur Allgemeinbildung: Praxislernen ist ein ganzheitlicher allgemeinbildender Lernansatz, der sich vom reinen „praktischen Tun“ abgrenzen lässt.



Zielgruppe, Aufnahmekriterien und Verfahrenswege

Im Projekt "HeiKoo" werden Schüler/innen aufgenommen, die in ihrer bisherigen Laufbahn durch Schulabsentismus oder Verweigerungsformen innerhalb der Schule gescheitert sind. Ihre schulische Laufbahn ist zeitlich so in Verzug geraten, dass ein schulischer Abschluss äußerst ungesichert erscheint. In Heiligenhafen besteht ein Bedarf an dieser Maßnahme für 9 Jugendliche im Schuljahr 2001 / 2002.

Für eine Aufnahme der Jugendlichen in das Projekt gelten folgende Kriterien und Verfahrenswege:

- Die Jugendlichen bleiben dem Unterricht über einen längeren Zeitraum fern, ohne dass gesundheitliche Gründe vorliegen, oder sie verweigern sich innerhalb der Unterrichte, so dass kein Lernerfolg sichergestellt werden kann.
- Die Jugendlichen befinden sich im 8. oder 9. Schulbesuchsjahr und haben bereits ein- oder zweimal eine Klasse wiederholt.
- Bei einer begleitenden Suchtproblematik wird eine Einzelfallprüfung über die Aufnahme in die Gruppe entscheiden.
- Das Förderzentrum und das Jugendamt sind zur Beratung herangezogen worden.
- Die Eltern müssen der Teilnahme an der Projektarbeit zustimmen. Das Jugendamt sollte

nach Bedarf mit beratender Elternarbeit einbezogen werden.

- Die Klassenkonferenz hat der Schulkonferenz die Teilnahme der betroffenen Jugendlichen an der Projektarbeit in „HeiKoo“ empfohlen.
- Die Schulkonferenz hat der Teilnahme der vorgeschlagenen Jugendlichen an dieser Maßnahme zugestimmt und stellt einen Antrag an das Schulamt Ostholstein.
- Das Schulamt hat nach der Beratung im Beirat des Projektes der Aufnahme ins Projekt zugestimmt.

Übergeordnete Ziele des Projektes "HeiKoo"

Soziale Integration - Ausbildungsfähigkeit - Schulische Bildung

Die Teilnahme an der Projektarbeit ist auf zwei Jahre angelegt.

Die teilnehmenden Jugendlichen sind oft sozial randständig mit geringen Kontakten zu Gleichaltrigen sowie wenig Zugang zu den Jugendeinrichtungen des Gemeinwesens. Ein vorrangiges Ziel des Projektes ist daher, die soziale Integration der Jugendlichen zu fördern. Die pädagogische Arbeit im Projekt soll des weiteren Grundverhaltensweisen und -fertigkeiten anregen, die zu einer Steigerung der beruflichen Ausbildungsfähigkeit führen.

Dieses Projekt verfolgt zudem das Ziel, Jugendlichen, die mit den traditionellen Formen des Bil-

derungserwerbs an unseren Schulen in Konflikt geraten sind, durch ein lebensverbundenes selbsttätiges Lernen einen neuen Zugang zu schulischer Bildung und Qualifizierung zu eröffnen. Bildung knüpft in diesem Zusammenhang an die individuellen Interessen an und soll mittelfristig zur Entwicklung von persönlich und beruflich bestimmten Perspektiven führen. Der Bildung in diesem Zusammenhang kommt so neben der subjektiven auch eine objektive Bedeutung zu, da über das Praxislernen vertiefte Kenntnisse und Kompetenzen bezogen auf die Arbeitswelt erworben werden.

Zu den Zielen eines erweiterten Begriffs der Allgemeinbildung im Praxislernen gehören:

- Die Freisetzung neuer Motivation für das Lernen.
- Die Vermittlung von subjektiv und objektiv bedeutsamem Faktenwissen.
- Die Aneignung und Erweiterung von Fertigkeiten im praktischen und theoretischen Bereich.
- Der Ausbau der Methodenkompetenzen (z.B. fachgemäße Arbeitsweisen, Informationsgewinnung und -verarbeitung).
- Die Weiterentwicklung von Sozialkompetenzen (z.B. Kritik- und Konfliktfähigkeit, Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit).
- Die Stärkung von Selbstkompetenzen (z.B. Interessenentwicklung, Kreativität, Selbständigkeit und Selbstverantwortung).
- Die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen zur Ausbildungsfähigkeit in einem Ausbildungsgang, der mit einem Schulabschlusszeugnis endet.
- Die Entwicklung konkreter Lebens- und Berufsperspektiven.¹

Organisationsform

Das Schuljahr

Das Schuljahr im Projekt wird an den Regelschulbetrieb angelehnt in Halbjahre aufgeteilt. Das heißt, die Jugendlichen haben die Gelegenheit, sich in der Gesamtlaufzeit von zwei Jahren an vier unterschiedlichen Praxislernorten zu erproben und Erfahrungen zu sammeln. Jedes Halbjahr schließt mit einem Fachbericht, einer Dokumentation und einer Präsentation.²

Lernorte: Werkstatt, Lernstatt und Einrichtungen des Gemeinwesens

Die Lernangebote im Projekt "HeiKoo" werden an drei Orten gemacht: An drei Tagen in der Woche gehen die Jugendlichen ihren Aufgaben an den jeweiligen Praxislernorten (Handwerksbetriebe, Kindertageseinrichtungen,...) nach. An zwei Tagen in der Woche findet Unterricht in der Lernstatt in den Bereichen Kommunikation, Mathematik, Englisch, in drei Lernbereichen sowie in einem Wahlpflichtbereich statt. An jedem Tag in der Woche sollen die oft sozial randständigen Jugendlichen an Angebote im Nachmittagsbereich herangeführt werden. Mit der aufsuchenden und begleitenden Sozialarbeit soll die Integration der Jugendlichen in das Gemeinwesen gefördert werden. Art und Umfang der Begleitung richten sich nach einem gestuften Präventionsmodell, aus dem individualisierte Hilfen mit den Jugendlichen entwickelt werden.³

¹ Vgl.: Verner Ljung, a.a.O., S. 10 f und S. 21 ff

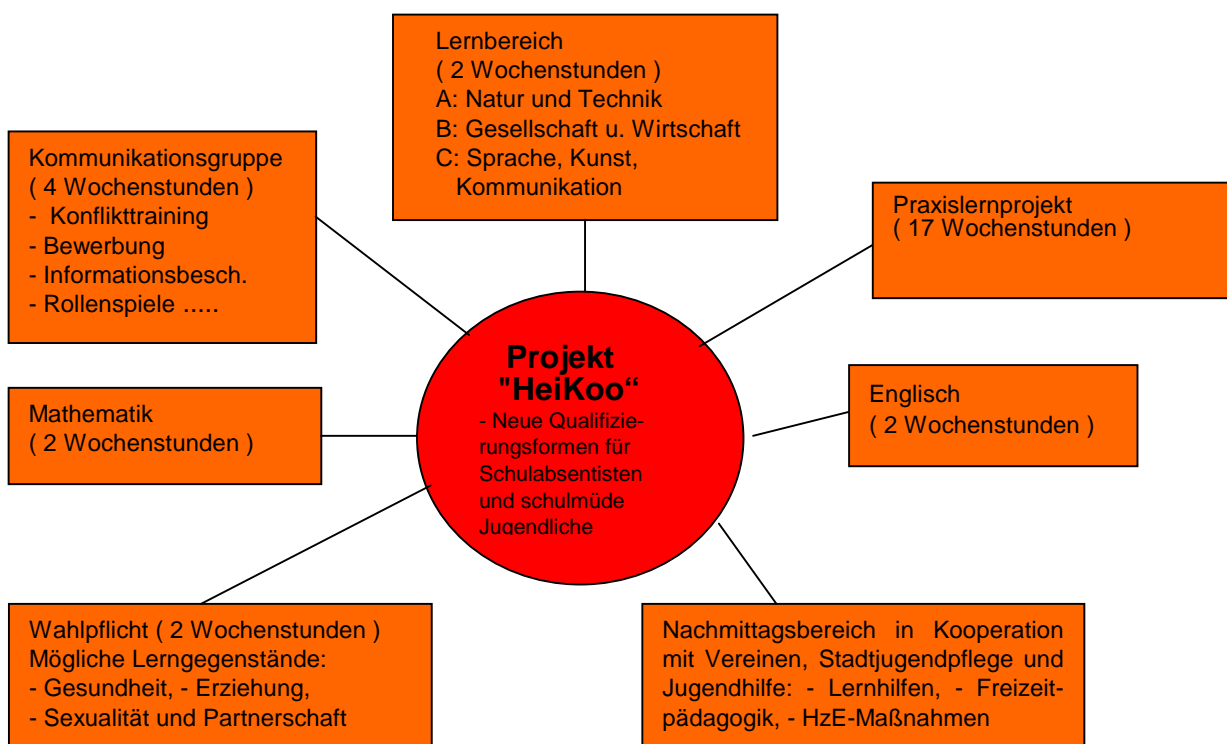
Institut für Produktives Lernen in Europa, a.a.O., S. 4 ff

² Katharina Sieckmann (1999) : Die Stärken stärken. Ein Projekt gegen das Scheitern in der Schule. FR vom 14.10.99. Frankfurt. Institut für Produktives Lernen in Europa, a.a.O., Theodor-Plievier-Schule, Wedding

³ Vgl.: B. Hartke (2000): Lebenswelten junger Menschen mitgestalten - junge Persönlichkeiten stärken. Köln.

H.-P. Hopp / S. Steinmann (2000): Heiligenhafener Kooperationsmodell - Konzeptionelle Überlegungen zur Prävention im interdisziplinären Team. Unveröffentlichtes Manuskript. Heiligenhafen.

Bildung und soziale Integration - die Struktur und zeitliche Organisation der Angebote



Das pädagogische Angebot setzt sich zusammen aus drei Bereichen :

- 17 Stunden außerschulisches Lernen
- 12 Stunden innerschulisches Lernen
- 4 Stunden Übungsphase in den Kernbereichen Deutsch und Mathematik
- + gemeinsames Essen und Freizeitpädagogik am Nachmittag

Die Unterrichtsstunden in der Lernstatt werden zu Blöcken zusammengefasst, so dass fächerübergreifend eine intensivere Bearbeitung der Themen möglich wird

und eine Vielfalt von Arbeitsmethoden eingesetzt werden kann. Alle drei "Lernbereiche" sind von den Jugendlichen in jedem Halbjahr zu belegen, wobei eine epochal-unterrichtliche Konzentration möglich ist.¹

¹ Zu diesem Punkt vgl.: Heike Borkenhagen, a.a.O., S. 15 ff

Der Wochenstrukturplan für Schüler/innen

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Innerschulisches Lernen (6 Std.) z.B.: - Kommunikation - Lernbereich - Mathematik	Praxislernprojekt in den Betrieben (6 Std.)	Praxislernprojekt in den Betrieben (6 Std.)	Praxislernprojekt in den Betrieben (5 Std.)	Innerschulisches Lernen (6 Std.) z.B.: -Kommunikation -Wahlbereich -Englisch
Gem. Essen, Übungsphase	Gem. Essen, Übungsphase, Freizeitpädagogik : Sport	Gem. Essen, Übungsphase, Freizeitpädagogik: Video-Film-AG	Gem. Essen, Übungsphase, Freizeitpädagogik: Sport	

Der Wochenstrukturplan für Pädagog/inn/en

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Unterricht im innerschulischen Lernen 6 Stunden	Begleitung des Praxislernbereichs	Begleitung des Praxislernbereichs	Begleitung des Praxislernbereichs	Unterricht im innerschulischen Lernen 6 Stunden
Gem. Essen, Übungsphase, Teamsitzung	Gem. Essen, Übungsphase, Freizeitpädagogik: Sport	Gem. Essen, Übungsphase, Freizeitpädagogik: Video-Film-AG	Gem. Essen, Übungsphase, Freizeitpädagogik: Sport	

+ Stunden für :

- Kooperationsgespräche und -planungen
- Beratung und Elterngespräche
- Begleitung / Übergang zum JAW oder zur Berufsschule
- Dokumentation
- Fortbildung

Die personelle Ausstattung

Im Projekt "HeiKoo" bilden in Anlehnung an die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung der Schulversuche in Berlin Sozial- und SchulpädagogInnen ein Kleinteam. Der direkte Ansatz für diese Maßnahme erstreckt sich auf eine halbe Planstelle Sozialpädagogik sowie auf 10 Schulstunden aus den Bereichen Hauptschule und 12 Schulstunden aus der Sonderpädagogik. Von den Partnern im Netzwerk ist Unterstützung und Beratung im Einzelfall zugesagt. Der Kinderschutzbund stellt auf Anfrage zusätzliche Ressourcen im Bereich pädagogischer und psychologischer Beratung sowie in der Verwaltungsarbeit zur Verfügung.

Die sächliche und finanzielle Ausstattung

HeiKoo wird über das Fördernetzwerk zur Integration benachteiligter Jugendlicher in die berufliche Bildung (FÖN) im Ministerium für Bildung, Wis-

senschaft, Forschung und Kultur mit Mitteln des europäischen Sozialfonds gefördert.

Zusätzlich zu den Geldmitteln werden Lehrstunden für dieses Projekt zur Verfügung gestellt.

Das Projekt verfügt für das innerschulische Lernen über angemietete Räume, die mit vielfältigen Möglichkeiten selbständiger Informationsgewinnung und –verarbeitung versehen sind: Schülerbibliothek, Lernkarteien, PC mit Lernprogrammen und Internetanschluss, ...

Laufzeit des Projektes

Die Laufzeit des Projektes ist sinnvoll auf vier Jahre auszulegen. In dieser Zeitspanne ist der Verlauf für maximal drei Teilgruppen vollständig durchzuführen, zu dokumentieren und zu evaluieren. Gleichzeitig können Erkenntnisse aus der Nachbetreuung gewonnen werden. Unterstellt wird bei dieser Laufzeit aber auch, dass geplante Präventionsmaßnahmen in jüngeren Klassen nach zwei Jahren Wirkung zeigen könnten. Die "abschließende" Aufnahme von Jugendlichen

würde also vermutlich nach zwei Projektjahren erfolgen, die dann nach vier Projektjahren bei Erfolg mit Abschlusszeugnissen entlassen werden.

Projektbeirat

Für das Projekt wird ein Beirat eingerichtet werden, der sich aus Vertreter/innen des Netzwerkes, der Eltern sowie der Schüler/innen bilden soll.

Qualitätssicherung¹

Qualitätssicherung im Projekt bezieht sich auf die Entwicklung der

- **Prozessqualität** : Es werden die Wege und Formen der Absprachen aller Beteiligten (Jugendliche, Pädagog/innen, Institutionen) betrachtet. Aus diesem Blickwinkel wird untersucht, inwieweit es gelungen ist, gemeinsame Aktivitäten zu initiieren, ob Wege der gemeinsamen Planung und Aufgabenerfüllung entwickelt werden konnten. Die Begutachtung dieses Bereichs geht auch der Frage nach, ob die ablaufenden Lernprozesse den Bedürfnissen und Zielvorstellungen der Beteiligten zuträglich sind.
- **Strukturqualität** : Unter diesem Aspekt werden die sächliche, finanzielle, räumliche und personelle Ausstattung sowie deren optimierter Einsatz einer Betrachtung unterzogen. Bezogen auf die personelle Ausstattung haben hier Aus- und spezifische Fortbildung der Pädagog/innen im Projekt eine besonders hervorzuhebende Bedeutung. Die Möglichkeiten der Fortbildung über das IPTS in Schleswig-Holstein oder das IPLE in Berlin müssen geprüft werden. Unter diesem Aspekt ist auch zu überprüfen, ob alle erforderlichen Partner/innen im Netzwerk vertreten sind. Bezogen auf die Wirtschaftsbetriebe wird von Bedeutung sein, ob es gelingt, den Ausbildungsinteressen und -eignungen der Jugendlichen zu entsprechen.
- **Zielqualität** : Was macht dieses Projekt im Bezug auf die Zielgruppe erfolgreich? Gelingt es, die Lernmotivation der Jugendlichen zu steigern, den Besuch der Lerneinrichtungen zu verstetigen? Es geht um die Überprüfung, ob vereinbarte Ziele erreicht wurden bzw. welche Bedingungen dazu geführt haben, dass sie noch nicht erreicht wurden. Das Prozesshafte in diesem pädagogischen Gesamtvorhaben darf dabei nicht aus den Augen verloren werden.

¹ Vgl.: Bodo Hartke (2000): Jugendhilfe und Schule. Probleme, Chancen und Ansatzpunkte für erfolgreiche Kooperation. Zeitschrift für Heilpädagogik 2 / 2000, S. 56 - 63
Hans-Peter Hopp (1999) : Zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe. Sonderpädagogik 4/99, S. 224 - 230

Verhaltenspädagogische Methodik

An dieser Stelle soll keine vollständige Übersicht über alle verhaltenspädagogischen Methoden gegeben werden, sondern es sollen einige wichtige Bausteine vorgestellt werden.

Der Vertrag

Alle Schüler/innen haben nach dem hier humanistisch geprägten Menschenbild Vorstellungen, Wünsche und Ziele für ihr Leben. Die pädagogische Arbeit kann auf einer hohen intrinsischen Motivation der Jugendlichen für das Erreichen ihrer eigenen Ziele aufbauen. Es ist deshalb sinnvoll, auch in Bezug auf die Veränderungen im Verhaltensbereich zielorientiert zu arbeiten und darauf zu achten, dass den Schülern ihre Ziele nicht weggenommen und durch Ziele der Lehrer/innen ersetzt werden. In einem Kontingenzvertrag formulieren die Jugendlichen die für sie wichtigen Ziele.

Dabei ist es wichtig, dass

- die zentrale Frage: „Was ist Dein Ziel und was bist Du bereit dafür zu tun?“ deutlich wird.
- Fernziele (z.B.: Abschluss) in Nahziele (z.B.: Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, angemessene Umgangsformen) segmentiert werden.
- positive Formulierungen verwendet werden.. Man kann sich nur etwas vorstellen und nicht sich etwas nicht vorstellen (Bsp.: „Ich möchte konzentrierter arbeiten,“ und nicht, „Ich möchte nicht mehr stören.“) Zudem ist das neue Verhalten begrifflicher auszuführen, wenn es zuerst auf eigenen Überlegungen basiert.
- ein Ziel zur Zeit behandelt wird.
- Hilfen (Motivationskrücken, wie z. B. festgehalten werden (Was brauchst Du, um Dich besser zu fühlen?).

Selbstbewertung und -reflexion

Am Ende eines Tages schätzen die Schüler/innen ihre Leistungen im Hinblick auf ihre Ziele ein. Auf der einer Skala tragen die Schüler/innen mit der Rückmeldung der Lehrer/innen und Mitschüler/innen ein, wo sie den vergangenen Tag einstufen würden, wenn zehn für eine perfekte Leistung steht und eins für ungenügend. Der Vergleich geschieht somit nicht mit Mitschülern, sondern immer mit den eigenen

Leistungen. So wird die Möglichkeit, sich gegen eine Autorität aufzulehnen, auf ein Minimum gesenkt, da sich der Lehrer/innen als Ziel des Widerstandes nicht mehr eignet und der Schüler/innen folglich seine selber formulierten Forderungen bekämpfen würde.

Stärken- statt Defizitorientierung, Lösungs- statt Problemorientierung

Die Jugendlichen haben jahrelange Erfahrungen damit machen müssen, sich mit ihren Defiziten im Verhaltens- und Leistungsbereich auseinandersetzen zu sollen, die ihnen von außen angetragen wurden. In diesem Projekt liegt der Ansatzpunkt der pädagogischen Arbeit bei der Suche, Benennung und Anerkennung der Verhaltensweisen und Leistungen, die von Jugendlichen als gelungen bezeichnet und von den Pädagog/innen anerkannt werden können. Auf dieser Grundlage beginnt ein Prozess der Aktualisierung und positiven Veränderung des Bewältigungshandelns durch die Jugendlichen.

Die Aufmerksamkeit der Jugendlichen wird in den beratenden Gesprächen fragend auf das „Hilfreiche und Gute“ der jeweiligen angemessen bewältigten Situationen gelenkt, die sie von problematischen Erfahrungen abgrenzen:

- In welchen Situationen gelingt dir diese Aufgabe so gut?
- Was ist in diesen Situationen anders?
- Was ist in dieser Situation hilfreich für dich?

Die Jugendlichen können so bewusster auf Bedingungen achten und hinarbeiten, die sich für sie als hilfreich für die angestrebten Lösungen erweisen. Des Weiteren werden die eigenen als hilfreich bewerteten Handlungsweisen ins Bewusstsein gerufen:

- Was lässt dich in der Situation so erfolgreich sein?
- Welches Verhalten bei dir ist hilfreich für die Lösung der Aufgabe?
- Was machst du in dieser gelungenen Situation anders als bei den Problematischen?

Positive Richtung der Veränderungsenergie

Die Pädagog/innen geben den Jugendlichen Impulse, ihre Energien so auf Tätigkeitsbereiche zu lenken, dass sie einer Lösung näher kommen und ihre Stärken ausbauen können :

- Wenn etwas gut funktioniert, mache mehr davon.
- Wenn etwas nicht geht, versuche etwas anderes.
- Wenn etwas nicht kaputt ist, repariere es auch nicht.²

Abschlussbemerkungen

Das vorliegende Konzept wird fortlaufend aktualisiert und konkretisiert. Der Beirat muss sich konstituieren. Die Beschreibung der verhaltenspädagogischen Methodik soll fortgesetzt werden. Die Methodik und Instrumente orientieren sich an systemischen, lösungsorientierten Ansätzen der Pädagogik.

Kontakt zum HeiKoo-Projekt :
Kinderschutzbund
HeiKoo-Projekt
S. Robak - H.- P. Hopp - R. Konrad
Friedrich - Ebert - Straße 100
- Alte Rettungswache -
23774 Heiligenhafen
Tel.:04362/508290

² Vgl. zu den Beratungsansätzen : W. Palmowski (2000) : Der Anstoß des Steines. Systemische Beratungsstrategien im schulischen Kontext. Dortmund.

Petrischule

Die Petrischule ist seit 1968 eine reine Hauptschule.

Sie liegt im Norden der Stadt Flensburg am Rande des alten Villenvorortes Ostseebad. Ihr Schuleinzugsbereich wird aber vornehmlich geprägt durch das traditionelle Arbeiterwohnviertel beiderseits der Apenrader Straße (Werft/Danfoss) und durch die Gastarbeiterquartiere zwischen Schloßstraße und Neustadt.

Dazu gehören außerdem die Ortsteile Klues (mit einem neuen Siedlungsgebiet), das gewachsene Duburg und Teile der westlichen Höhe sowie der Innenstadt.

Auch wenn in der Stadt Flensburg die Schulbezirke für Haupt- und Realschulen aufgehoben worden sind, ist unsere Schülerschaft doch ein Spiegelbild der Bevölkerungsstruktur der Flensburger Nordstadt. So erklärt sich der relativ hohe Anteil von Schülern, die Deutsch nicht als Muttersprache gelernt haben. Er liegt bei rund 45%. Insgesamt besuchen z.Z. rund 250 Schüler/innen die Schule.

Wir sehen unsere Aufgabe vor allem darin,

- unseren Schüler/innen eine solide schulische Bildung zu vermitteln. Gute Zensuren müssen erarbeitet werden, die künftigen Arbeitgeber sollen sich auf deren Aussagewert mit den bekannten Einschränkungen verlassen können.
- unsere Schüler/innen zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung anzuregen.
- unseren ausländischen Schülern einen schnellen Spracherwerb zu ermöglichen.
- alle Schüler/innen zu einer gelebten Völkerverständigung zu erziehen. Wir unterrichten zur Zeit Kinder aus 20 Nationen.
- alle Schüler/innen zur Mitmenschlichkeit und Toleranz zu führen; die Schulgemeinschaft hat sich verpflichtet, eine Schule ohne Rassismus zu sein und arbeitet in dem internationalen Projekt der Stiftung Courage mit.

Dabei hilft uns

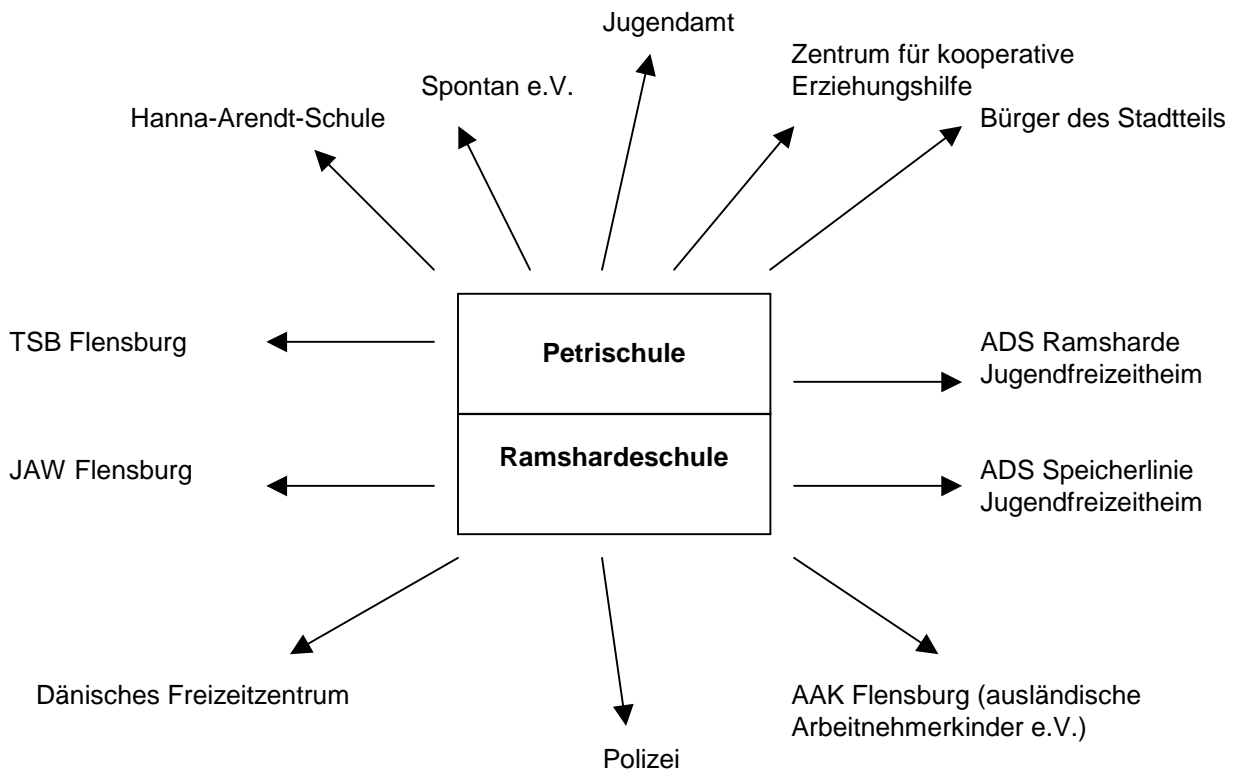
- die gute Ausstattung der Schule, mit Großsporthalle (18x36m) und einer Rasenaußenfläche im angrenzenden Park, mit Mehrzweckraum (Aula) und einem nach Wünschen der Schüler/innen gestalteten Schulhof.
- das „Kooperationsprojekt Nordstadt“: Wir verstehen uns als Stadtteilschule und haben „KoNo“ ins Leben gerufen: Im Kooperationsprojekt Nordstadt arbeiten die ansässigen

Häuser der offenen Tür zusammen mit den anderen Jugendheimen, den Schulen, der Kirche, der Polizei, dem Sportverein und dem Jugendamt. Unser Ziel ist ein möglichst breit gefächertes Angebot für alle Kinder und Jugendliche des Stadtteils.

- die seit 1979 an der Schule bestehende Vorbereitungsklasse:
Diese ist in drei Lerngruppen aufgeteilt. Die Zuordnung erfolgt nach den Deutschkenntnissen, nicht nach dem Alter der Schüler. Innerhalb von maximal zwei Jahren durchlaufen die Schüler/innen die Gruppen A bis C. Danach werden sie einer Regelklasse zugewiesen, diese liegt üblicherweise um einen Jahrgang unter der altersgerechten Klassenstufe; auch der Übergang zur Realschule ist möglich. In unseren Regelklassen können die ausländischen Schüler/innen dann einen uneingeschränkten Hauptschulabschluss erwerben.
- Die „Insel“:
Das übergeordnete Ziel der Insel ist es, verhaltensauffällige Schüler/innen individuell beim Bewältigen ihrer Lebensprobleme helfend zu begleiten und ihr Selbstwertgefühl aufzubauen, um sie in den Klassenverband reintegrieren zu können.

Vernetzung der Petrischule mit Einrichtungen im Stadtteil Nord der Stadt Flensburg

In Zusammenarbeit mit der Städtischen Jugendhilfe wurde 1998 der Arbeitskreis „Offene Schule im Stadtteil Nord“ ins Leben gerufen. Hier finden Schulen und verschiedene Freizeiteinrichtungen zu einem Konzept zusammen, um Jugendlichen im Stadtteil Nord zusätzliche Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zu bieten:



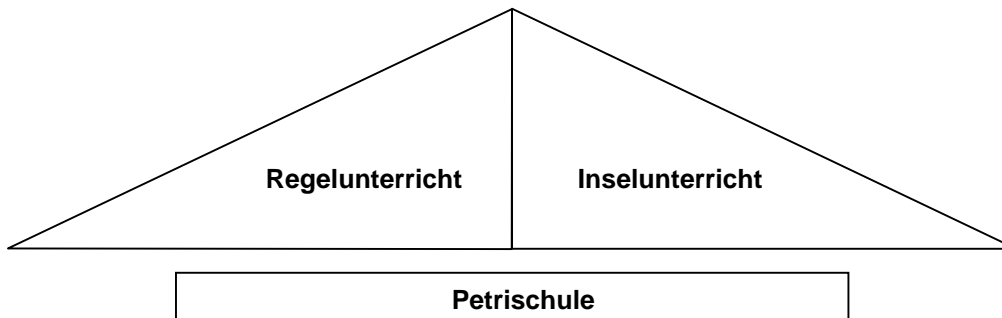
Die Petrischule führt mit dem Jugendhilfeausschuss das Projekt „Offene Schule im Stadtteil Nord“ durch. Beteiligt an diesem Projekt sind fünf Lehrer/innen der Petrischule, eine stundenweise beschäftigte Lehrkraft, ein Mitarbeiter des Vereins „Spontan e. V.“, ein Polizeibeamter, Mitarbeiter des JAW's, eine ausgebildete Erzieherin, eine Erzieherin kurz vor Beendigung ihrer Ausbildung, ein Mitarbeiter des TSB und die Ehefrau des Hausmeisters sowie die Schule Ramsharde mit Lehrkräften.

Von montags bis donnerstags wird täglich in der sechsten und siebenten Stunde Hausaufgabenhilfe und ein Mittagstisch angeboten. Beide Angebote werden gerne täglich von Schüler/innen in Anspruch genommen wird. Die sportlichen Angebote, die für Jugendliche aus dem Stadtteil geöffnet sind, werden täglich angeboten und von vielen Jugendlichen besucht. Einige Angebote laufen schulintern, weil hier Schulmannschaften trainiert werden. Die Freizeitangebote, die nicht von Lehrer/innen durchgeführt werden, haben einen kleinen Anteil von Jugendlichen, die keine Schüler/innen unserer Schule sind. Im Ganzen nehmen etwa 60 bis 80 Jugendliche die verschiedenen Angebote in Anspruch. Die Jugendfreizeiteinrichtungen ADS Speicherlinie, ADS Ramsharde, AAK Flens-

burg und das dänische Jugendfreizeitheim bieten Zusammenarbeit und Kooperation an.

Die „Insel“:

Seit 1994 gibt es an der Petrischule eine Insel, deren Ziel es ist, verhaltensauffällige Schüler/innen individuell beim Bewältigen ihrer Lebensprobleme helfend zu begleiten, um sie in den Klassenverband integrieren zu können.



<p>Klassen 5-9 werden laut Stundentafel unterrichtet.</p> <p>Den Klassen- und Fachlehrer/innen obliegt die pädagogische, fachdidaktische und methodische Ausbildung der Schüler.</p> <p>Im Rahmen der Klassenlehrertätigkeit werden Alltagsprobleme besprochen bzw. gelöst.</p> <p>Schüler, die den Unterricht massiv stören, schicken die Lehrer in die Insel.</p> <p>Längerfristig oder massiv störende Kinder werden der Schulleitung und dem Insellehrer gemeldet. Nach Klassenkonferenzbeschluss kommen diese Kinder in die Insel.</p>	<p>Schüler/innen aus den Klassen 5-8 werden 20 Std. in der Insel unterrichtet.</p> <p>Dem Insellehrer obliegt die pädagogische, fachdidaktische und methodische Ausbildung der Schüler.</p> <p>Normale Alltagsprobleme versucht der Insellehrer zu lösen.</p> <p>Diese Schüler/innen werden in der Insel nur „aufbewahrt“ und während ihrer Arbeit, die sie meistens mitbekommen haben, beaufsichtigt.</p> <p>Längerfristig oder massiv störende Kinder werden besonders beschult und mit gezielten Maßnahmen wird versucht, sie wieder in den Regelunterricht zu integrieren.</p> <p>Elterngespräche in regelmäßigen Abständen (min. 1x pro Woche)</p> <p>Klassenlehrergespräche täglich bzw. 3-4x wöchentlich</p> <p>Gespräche mit der Schulleitung 1x wöchentlich, wenn nicht dringend erforderlich.</p> <p>Zusammenarbeit: Schulrat, Jugendamt, Schulpsychologe</p>
---	---

E&C-Team der Lawaetz-Stiftung

Feedback und Themenwünsche für die nächste Konferenz

Die Veranstaltungsreihe der Regionalkonferenzen im Rahmen des Bundesmodellprogramms E&C ist als kontinuierliches Informations- und Austauschforum für Praktiker/innen und Interessierte der E&C-Standorte angelegt. Die Intervalle der Konferenzen sind halbjährlich, das heißt es werden bis zum vorläufigen Ende der Programmlaufzeit in der Mitte des Jahres 2003 insgesamt fünf Regionalkonferenzen stattfinden.

Die Lawaetz-Stiftung als Veranstalterin der Regionalkonferenzen für die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nord-

rhein Westfalen und Schleswig-Holstein richtet ihr Tagungskonzept passgenau auf die Bearbeitung aktueller Informations- und Diskussionsbedarfe der Teilnehmer/innen aus, so dass die Bestimmung bzw. Festlegung von Themen für die Folgeveranstaltung ein verbindlicher Bestandteil einer jeden Regionalkonferenz ist.

Zu diesem Zweck befand sich in der Mappe der Tagungsunterlagen ein Erhebungsbogen zum Teilnehmer/innenfeedback und ein ‚Wahlzettel‘, der Themenvorschläge für die Folgekonferenz enthielt. Nachfolgend sind einerseits die Bewertungen der Konferenzbesucher/innen, andererseits die thematischen Wünsche für die nächste Regionalkonferenz dokumentiert.

TeilnehmerInnen - Feedback

	stimmt ++	+	weder noch 0	-	stimmt nicht --	Keine Nennung
Die Vorträge waren für mich thematisch interessant	10	13	2	1	0	0
Die Länderforen am Nachmittag haben mir gefallen	9	12	2	2	0	1
Der äußere Rahmen und die Organisation haben mir gefallen	20	5	1	0	0	0
Die Regionalkonferenzen sind ein gutes Forum zum Erfahrungsaustausch	11	13	1	0	0	1
Ich habe Impulse und Anregungen für meine Arbeit erhalten	5	17	3	1	0	0

Folgendes fehlte mir / Folgendes könnte verbessert werden

- Intensive Diskussion von Praxisansätzen
- Wegeskizze auch für Auswärtige!
- Die AG „Hamburg-Bremen“ hätte besser inhaltlich moderiert werden können: der rote Faden fehlte und das war auf Dauer recht ermüdend. Ein paar Fragestellungen nach Martina Stahls Input wären m.E. günstig gewesen. Die Moderation sollte sich nicht auf das Führen der Rednerliste reduzieren, sondern gelegentlich zusammenfassen etc.
- mehr Infos zu bereichs- und institutionsübergreifenden Kooperationen
- mehr Möglichkeiten zum Austausch mit anderen TeilnehmerInnen
- Ich hätte gerne mehr von der Arbeit / den Projekten der anderen TN gehört (ich war das 1. Mal hier)

- Die meisten Schulen sind Grundschulen, dort werden alle SchülerInnen unterrichtet und sind noch nicht selektiert. Hier mehr Praxisbeispiele hätte mir geholfen.
- Die dargestellten Projekte bezogen sich hauptsächlich auf Jugendliche bzw. Angebote ab dem Grundschulalter; mir fehlten Beispiele aus dem Bereich jüngerer Kinder & Grundschulalter
- Die thematische Breite war zwar sehr interessant, aber wenig diskussionsförderlich, für einen Erfahrungsaustausch wäre eine Beschränkung besser!
- Noch mehr direkter Austausch der Quartiersmanager
- Mehr Orientierung zur Praxis
- Referate sollten sofort schriftlich vorliegen
- Kontaktmöglichkeiten über die Diskussionsrunden öffnen

Was ich noch mitteilen möchte:

- Lokalkonferenz durchführen für kleinräumige Zusammenhänge mit ein bis zwei Impulsreferaten und umfassenden Möglichkeiten zum Austausch zwischen den verschiedenen Akteur/innen
- Ich fand die Atmosphäre sehr entspannt. Das tat der Diskussion sehr gut.
- Gut: „nur“ zwei Referate pro Forum bieten ausreichend Raum zur Publikumsdiskussion!
- Danke für die anregende Tagung
- Schade ist, dass interessante Fragestellungen in den Länderforen parallel laufen und direkter Kontakt/Fragen an die ReferentInnen dann nicht möglich sind. Ich freue mich allerdings auf die Dokumentation. Herzlich Dank für die gute Aufbereitung durch die MitarbeiterInnen d. Lawaetz-Stiftung!
- Es ist wichtig, sich nicht nur die Folgen anzusehen und dafür immer neue Konzepte, Projekte, Gelder und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten, sondern sich ehrlich mit den Ursachen auseinander zusetzen. Deshalb Vorschläge für weitere Themen:
- Elternmotivation, Eltern-Qualifikation, Eltern-Bildung
- Auswirkungen des gesellschaftlichen Werteverfalls in unserer Gesellschaft
- Fehlende positive Vorbilder für Kinder + Jugendliche
- Erwachsene haben keine Zeit, Gesprächskultur?!
- Auswertung sollte man unterteilen nach: angekreuzt / ausgefüllt durch:
 - Quartiersentwickler/innen
 - Projektträger/innen
 - sonstige (diesmal z.B. Lehrer/innen)
- Finanzierung über Modellprojekte, EU-Mittel, Informationstransfer
- Die Teilnehmer/innenzahl war wider Erwarten niedrig. Es scheint Schwierigkeiten bei der Veranstaltungsankündigung gegeben zu haben.
- besonders die Räumlichkeiten / Ort haben mir gefallen

Themenauswahl für die nächste Regionalkonferenz

Bitte wählen Sie aus den Vorschlägen drei Themen aus!

- 11 **Sozialraumorientierung in der jugendpolitischen Praxis**
Konzepte, Ansätze und erprobte Praxis an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Stadtentwicklung
-
- 13 Was heißt eigentlich Integration?
Interkulturelle Perspektiven in der Stadtentwicklung
-
- 9 **Qualitätssicherung in der Sozialen Arbeit**
Lästige Pflicht oder sinnvolles Instrument?
-
- 15 **Beteiligung und Aktivierung im Quartier**
Methoden, Instrumente und Erfahrungen
-
- 5 Mädchen und Jungs, Frauen und Männer
Geschlechtsspezifische Perspektiven in der Quartiersentwicklung
-
- 6 **Sicherheit und Gewaltprävention im Quartier**
-
- 10 **Oder etwas eigenes?** (Einzelnennungen)
- Ganztagschulen
 - Ganztagschule nicht additiv sondern englisch?
 - Perspektiven für Jugendliche / neue Berufe – Berufsfindung
 - Chancen, das heißt auch Vorbilder, die Migrant/innen als Jugendlichen oft fehlen
 - Kulturarbeit im Stadtteil
 - Kulturelle Breitenarbeit – Stadtteilarbeit
Konzeptionen – Methoden – Visionen – Lebenswelten
 - Kulturelle Bildung im Quartier
 - Was passiert, wenn Förderung ausläuft? Nachhaltigkeit!
 - Nachhaltige Handlungsstrukturen für integrative Stadtteilentwicklung (nach Philosophie der Sozialen Stadt) mit Beteiligung der lokalen Bevölkerung
 - Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Jugendhilfe und die Gesamtentwicklung der Kommunen



Vierte Regionalkonferenz im Rahmen des E&C-Programms



Zugänge schaffen – mehr Chancen durch mehr Bildungsbeteiligung im Stadtteil

- 9.30 Empfang und Begrüßungskaffee
- 10.00 **Begrüßung zur Regionalkonferenz**
Peer Gillner, Johann Daniel Lawaetz - Stiftung
Karl Jasper, Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport NRW
- 10.20 **Zugänge schaffen – Migration und Bildungsbeteiligung im Stadtteil**
Prof. Dr. Ingrid Gogolin, Universität Hamburg - Institut für international und interkulturell vergleichende Erziehungswissenschaft
- 11.10 Kaffeepause
- 11.25 **Zugänge für Jugendliche organisieren – Das Stadtteilinformationssystem VASA-INFO im Internet**
Dr. Michael Bax, Ekkehard Fiss, Integrierte Gesamtschule Vahrenheide/ Sahlkamp, Hannover
- 12.00 **Vorschau auf die Projekte der Länderforen**
- 12:30 Mittagspause
- 13:15 **Neues aus dem Programm E&C**
Hartmut Brocke, Regiestelle E&C der Stiftung SPI
- 13:30 **Länderforen**
Hamburg/ Bremen
Migration und (Bildungs-)Beteiligung
- Quartiersentwicklung Lensiedlung / Martina Stahl, Lawaetz-Stiftung Hamburg
 - Bremisches Mütterbildungsprogramm / Aysun Kul, Migrantenrat (MigRa) Bremen e.V.
- Niedersachsen/ Schleswig-Holstein**
Wie können Jugendhilfe und Schule richtig kooperieren?
- Fragen zum Stadtteilinformationssystem VASA-INFO, Hannover
 - Reinhard Teuber, Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
 - Offene Schule im Stadtteil Nord / Peer Schwaner, Petrischule Flensburg
 - HeiKoo (Heiligenhafener Kooperation / Sonja Robak, Deutscher Kinderschutzbund
- Nordrhein Westfalen**
Lernort Quartier – Zugänge im Rahmen der Sozialen Stadtentwicklung
- Infra-West (Initiativen für Ratingen West)/ Heiner van Schwamen, Infra-West Kulturbüro am Dietrich-Bonhöfer-Gymnasium
 - Bitte wenden! Kunstaktionen auf der Rückseite der Stadt/ Mechthild Eickhoff, bjke Unna
- 15.30 Kaffeepause
- 15:45 **Podiumsdiskussion : Neue Zugänge eröffnen**
Perspektiven für mehr Bildungsbeteiligung im Quartier
Reinhard Teuber, Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kay Noell, Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport NRW
Hartmut Brocke, Stiftung SPI
Prof. Dr. Ingrid Gogolin, Universität Hamburg
Dr. Michael Bax/ Ekkehard Fiss, Integrierte Gesamtschule Vahrenheide/ Sahlkamp
Marion Murböck, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW
Moderation: Karin Schmalriede, Johann Daniel Lawaetz – Stiftung
- 16:45 Ende der Regionalkonferenz

Teilnehmer/innen der 4. E&C-Regionalkonferenz Nord-West

Name	Institution	Anschrift	Telefon Fax	eMail
Albert-Müller, Martina	Projekt Deutsch Lernen	44000 Dortmund		520071668547-0001 @t-online.de
Appelhoff, Petra	Stadtteilbüro Butendorf	Grabenstraße 41a 45964 Gladbeck	02043 - 92 97 74 02043 - 2 66 36	stadtteilbuerobotendorf@web.de
Austermann, Evelyn	Grünbau GmbH	Schleswiger Straße 3 44145 Dortmund	0231 - 863 33 55 0231 - 863 33 56	jawoll@gruenbau-dortmund.de
Barloschky, Joachim	Quartiersmanagement Projekt- gruppe Tenever	Neuwieder Straße 44a 28325 Bremen	0421 - 42 57 69 0421 - 42 81 26	projektgruppe@bremen-tenever.de
Bartholomä, Gisela	Stadt Dortmund Stadtplanungs- amt	Mackenrothweg 15 44122 Dortmund	0231 - 5025 604 0231 - 5024 659	gbarthol@stadtdo.de
Bax, Dr. Michael	Integrierte Gesamtschule Vah- renheide / Sahlkamp	Weimarer Allee 59 30170 Hannover	0511 - 168-48204 0511 - 168-48204	bax@igsvs.de
Beckmann, Helga	Quartiersmanagement Nord- markt	Westhoffstraße 8-12 44269 Dortmund	0231 - 8403 60 0231 - 8403 37	helga.beckmann@quartier-nordmarkt.de
Berg, Annette	Stadt Monheim Fachbereich 2	Rathausplatz 10a 40789 Monheim am Rhein	02173 - 951 555 02173 - 951 25555	ABerg@monheim.de
Blandow, Rolf	Veedel e.V.	Gernsheimer Straße 12 51107 Köln	0221 - 890 3506 0221 - 989 1800	veedele.v.blandow@gmx.de
Bleckmann, Michael	Matin-Luther-King-Schule	Erfurter Straße 30 40880 Ratingen	02102 - 98 24 27 02102 - 98 29 47	
Bobber, Leo	Verein für internationale Freund- schaft Dortmund	Parkweg 52 58453 Witten	02302 -55 205	

Bracht, Ulrich	Friedrich-Albert-Lange Schule	Altenhofer Straße 10 42719 Solingen	0212 - 230 120 0212 - 230 1233	
Brand, Petra	Stadt Hildesheim	Hoher Weg 10 31134 Hildesheim	05121 - 301 599 05121 - 301 521	stadt@hildesheim.de
Brocke, Hartmut	Stiftung SPI Berlin	Müllerstr. 74 13349 Berlin	030 - 459 793-0 030/ 459 79 366	brocke@stiftung-spi.de
Carstensen, Jens	Immanuel-Kant-Schule	Flensburger Straße 10 27570 Bremerhaven	0471 - 30 00 455	jc@jenscarstensen.de
Dietz-Jacobsen, Angela	Planerladen e.V.	Bachstraße 17 44147 Dortmund	0231 - 8805 680 0231 - 8805 68	jobtrain@gmx.net
Dimmerling, Gregor	Stadtplanungsamt 61/6	Brückstraße 20-26 44122 Dortmund	0231 - 50 231 14 0231 - 50 246 59	dimmerling@stadtdo.de
Dönitz, Ulrich	Institut für Landes- und Stadt- entwicklungsforschung	Deutsche Straße 5 44339 Dortmund	0231 - 9051 170 0231 - 9051 195	ulrich.doenitz@ils.nrw.de
Eichholz, Hartmut	Entwicklungsgesellschaft Duis- burg	Willy-Brandt-Ring 44 47169 Duisburg	0203 - 99 429 50 0203 - 99 429 56	
Eickhoff, Mechthild	bjke	Kurpark 5 59425 Unna	02303-69324 02303-65057	mechthild.eickhoff@bijke.de
Falk, Dagmar	Stadtteilbüro Mettenhof	Bergenring 30 24109 Kiel	0431 - 5308 157 0431 - 5308 159	SBMettenhof@web.de
Fischer, Horst	Stadt Siegen	Weidenauer Straße 57003 Siegen	0271 - 404 2225 0271 - 404 2717	h_fischer@siegen.de
Fiss, Ekkehard	Integrierte Gesamtschule Vah- renheide / Sahlkamp	Weimarer Allee 59 30170 Hannover	0511 - 168-48204 0511 - 168-48204	
Gernhardt, Oliver	Stadt Dortmund Jugendamt	Ostwall 64 44122 Dortmund	0231 - 50 23 470 0231 - 50 26 514	ogernhardt@stadtdo.de

Gillner, Peer	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung	Am Felde 2 22765 Hamburg	040 - 39 25 11 040 - 39 28 98	gillner@lawaetz.de
Glenneschuster, Joachim	Stadt Recklinghausen Amt 51	Rathausplatz 4 45655 Recklinghausen	02361 - 50 22 12 02361 - 50 21 82	joachim.glenneschuster@recklinghausen.de
Goetz, Renate	Friedrich-Albert-Lange Schule	Altenhofer Straße 10 42719 Solingen	0212 - 230 120 0212 - 230 1233	
Gogolin, Prof. Dr. Ingrid	Uni Hamburg FB 06 Inst. 2	Von-Melle-Park 6 20146 Hamburg	040 - 42838 21 27 040 - 42838 42 98	gogolin@erzwiss.uni-hamburg.de
Gottwald, Marc	Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung	Deutsche Straße 5 44339 Dortmund	0231 - 9051 190 0231 - 9051 195	marc.gottwald@ils.nrw.de
Haddad, Sandra	Jugendförderkreis Dortmund	Bornstr. 154 44145 Dortmund	0231 - 86311 60 0231 - 8631156	jfk-do@gmx.de
Haufer, Rainer	Bezirksjugendamt Köln-Chorweiler	Pariser Platz 1 50765 Köln	0221 - 221 96267 0221 - 221 96344	rainer.haufer@Stadt-Koeln.de
Heinrichs, Gertrud	Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V.	Platz der Republik 24-26 42107 Wuppertal	0202 - 2451940 0202 - 2451940	heinrichs.naba@web.de
Hoffstiepel, Wilhelm	AWO Teens- und Jugendtreff	Blücherstraße 27 44147 Dortmund	0231 - 882 228 29 0231 - 882 228 29	treff@awo-bluecherbunker.de
Hömann, Dr. Marc	Stadtteilmanagement Kalk/Mülheim	Willy-Brandt-Platz 2 50679 Köln	0221 - 221 246 73 0221 - 221 284 93	marc.hoehmann@stadt-koeln.de
Hopp, Hans-Peter	Kinderschutzbund HeiKoo-Projekt	Friedrich-Ebert-Straße 100 23774 Heiligenhafen	04362 - 50 82 90	s.robak@gmx.de
Horstkorte, Achim	Weiterbildungsinstitut Ruhr	44000 Dortmund		520071668547-0001@t-online.de
Iblher, Hans	Vicelinschule	Vicelinstraße 51 24534 Neumünster	04321 - 942 2284 04321 - 952 235	

Jasper, Karl	Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport	Fürstenwall 25 40219 Düsseldorf	0211/ 3843-289 0211/3843-651	karl.jasper@mswks.nrw.de
Jentschke, Franz	Gesamtschule GSO Tenever	28325 Bremen		
Jörgensen, Ann-Christin	AWO Streetwork	Holzwiesen 61 30179 Hannover	0511 - 3731215 0511 - 3731216	streetwork.vhd@awo-hannover.de
Kargus, Frank	Stadtteil-Schule e.V.	Oesterholzstraße 118-120 44145 Dortmund		stadtteilschule@dokom.net
Karzewski, Susanne	Albrecht-Brinkmann-Grundschule	Münsterstraße 138-140 44165 Dortmund	0231 - 27031 0231 - 81 55 43	
Kiel, Roger	Stadt Dortmund	Leopoldstraße 16-20 44122 Dortmund	0231 - 5022767 0231 - 50 299 60	rkiel@stadtdo.de
Kinne, Barbara	Stadt Hamm	Teichweg 1 59075 Hamm	02381 - 176630 02381 - 172954	kinne@stadt.hamm.de
Kloke, Sandra	IN VIA Katholische Mädchensozialarbeit e.V.	Krummholzberg 13 21073 Hamburg	040 - 7675 3184 040 - 7675 3055	INVIA-Hamburg.jatis-netzwerk@t-online.de
Knierim, Georg	Parkschule	Titaniastraße 5 59067 Hamm		
König, Bernd	Jugendamt / Bezirksjugendarbeit	Schwerter Straße 168 58099 Hagen	02331 - 207 4235 02331 - 207 2458	bernd.koenig@stadt-hagen.de
Kortmann, Hubert	Emil-Rentmeister-Schule	Gitschiner Str. 107 47053 Duisburg	02064 - 63122 02064 - 6692756	
Krone, Ralf	IN VIA Köln e.V.	Stolzestraße 1a 50674 Köln	02203 - 186 317 02203 - 186 320	ralfkrone@freenet.de
Kühn, Wolfgang	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung	Neumühlen 16-20 22763 Hamburg	040 - 39 84 12 27 040 - 39 75 48	kuehn@lawaetz.de

Lammar, Dr. Francine	Veddel aktiv e.V.	Immanuelstieg 5 20539 Hamburg	040 - 78 58 42 040 - 78 58 42	info@veddel-aktiv.de
Lankes-Sämmer, Hilde	Stadtjugendamt Aachen	Adalbertsternweg 59 52058 Aachen	0241 - 432 51 52 0241 - 432 57 37	hildegunde.lankes.saemmer@mail.aachen.de
Meier, Niclas	AWO Teens- und Jugendtreff	Blücherstraße 27 44147Dortmund	0231 - 882 228 29 0231 - 882 228 29	treff@awo-bluecherbunker.de
Meyer, Sabine	Stiftung SPI Berlin Regiestelle E&C	Nazarethkirchstraße 51 13347 Berlin	030 - 457 98 625 030/ 457 98 650	s.meyer@eundc.de
Mödder, Heinrich	Jugendförderkreis Dortmund	Bornstr. 154 44145 Dortmund	0231 - 86311 60 0231 - 8631156	jfk-do@gmx.de
Möller, Detlef	Jugendamt Stadt Gladbeck	Hermannstraße 16 45964 Gladbeck	02043 - 99 21 15 02043 - 99 15 10	detlef.moeller@stadt-gladbeck.de
Müller, Simone	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung	Neumühlen 16-20 22763 Hamburg	040 - 39 84 12 37 040 - 39 75 48	s.mueller@lawaetz.de
Murböck, Marion	Institut für Landes- und Stadt- entwicklungsforschung	Deutsche Straße 5 44339 Dortmund	0231 - 9051 192 0231 - 9051 195	marion.murboeck@ils.nrw.de
Noell, Kay	Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport	Fürstenwall 25 40219 Düsseldorf	0211/ 3843583 0211-3843-651	kay.noell@mswks.nrw.de
Nölkenbockhoff, Martin	Albrecht-Brinkmann- Grundschule	Münsterstraße 138-140 44165 Dortmund	0231 - 27031 0231 - 81 55 43	
Preuß, Max	Interkulturelles Netzwerk Köln Chorweiler	Riphanstraße 9 50769 Köln	0221 - 990 43 86	ink-chorweiler@kju-koeln.de
Reisinger, Monika	Bürgerschaftshaus e.V.	Gültinger Zentrum 11-15 50829 Köln	0221 - 50 10 12 0221 - 50 10 18	reisinger.m@gmx.de
Robak, Sonja	Kinderschutzbund HeiKoo-Projekt	Friedrich-Ebert-Straße 100 23774 Heiligenhafen	04362 - 50 82 90	s.robak@gmx.de

Schaaf, Hermann J.	Büro für Gemeinwesenarbeit	Philippstraße 4 52349 Düren	02421 - 188 169 02421 - 188 188	
Schmalriede, Karin	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung	Amandastraße 60 20357 Hamburg	040 - 43 29 33 11 040 - 43 29 33 10	schmalriede@lawaetz.de
Schneider, Peter	Fuhrgemeinschaft e.V.	Fuhrstraße 15 42719 Solingen	02102 - 313511 0212 - 2308240	fuhrgemeinschaft-solingen@t-online.de
Schreder, Gabriele	Stadt Monheim	Rathausplatz 10a 40789 Monheim a. Rhein	02173 - 951 402 02173 - 951 409	GSchreder@monheim.de
Schunck, Almut	Bremer VHS	Schwachhauser Heerstraße 67 28211 Bremen	0421 - 361 595 14 0421 - 361 593 68	almut.schunck@vhs-bremen.de
Schwaner, Per	Petrischule-Hauptschule der Stadt Flensburg	Apenrader Straße 164 24939 Flensburg	0461 - 85 17 27	
Selbach, Bernd	Landschaftsverband Rheinland	Herrmann-Pünder-Straße 1 50663 Köln	0221 - 809 6240 0221 - 8284 1346	b.selbach@lvr.de
Söhlke, Bea	AWO Lift	Holzwiesen 61 30179 Hannover	0511 - 3731024 0511 - 3731025	lift@awo-hannover.de
Stahl, Martina	Quartiersentwicklung Lenz-Süd / Lawaetz-Stiftung	Julius-Vossler-Straße 193 22527 Hamburg	040 - 401 96 096 040 - 430 916 39	stahl@lawaetz.de
Stöver, Dirk	Bürgerzentrum Neue Vahr	Berliner Freiheit 10 28327 Bremen	0421 - 4367 355 0421 - 4367 355	vahr-win@ewetel.net
Tempelmann, Frau	Schulzentrum Koblenzer Straße	28325 Bremen		
Teuber, Reinhard	Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 20 30159 Hannover	0511/ 1202955 0511/ 1203090	Reinhard.Teuber@mfas.niedersachsen.de
Thomas, Eva	Internationaler Bund	Felder Straße 67 42651 Solingen	0212 - 46 006 0212 - 42 696	

van Schwamen, Heiner	Infra-West Kulturbüro	Erfurter Straße 30 40880 Ratingen	02102/ 472 055 02102/ 472 055	
von Heeremann, Marie-Helen	Schulzentrum an der Graubündener Straße	Graubündener Straße 4 28325 Bremen		
Wedekind, Monika	Stadt Dortmund Stadtplanungsamt	Mackenrothweg 15 44328 Dortmund	0231 - 50 28887 0231 - 50 28898	sthso@dortmund.net
Wegmann, Heike	CJD-Dortmund	Julius-Vogel-Straße 26 44149 Dortmund		cjd_jugendhilfe@t-online.de
Welling, Stefan	Uni Bremen - Forschungsgruppe Telekommunikation	Postfach 330 440 28334 Bremen	0421 - 218 2343 0421 - 218 48 94	welling@informatik.uni-bremen.de
Will, Lothar	Stadt Hildesheim Jugend	Hoher Weg 10 31134 Hildesheim	05121 - 301 152 05121 - 301 521	stadt@hildesheim.de
Wittig-Flick, Uta	Stadt Dortmund Stadtplanungsamt	Mackenrothweg 15 44122 Dortmund	0231 - 5024 223 0231 - 5024 659	uwittig-flick@stadtdo.de
Zohren, Heinz	Stadtjugendamt Aachen	Adalbertsternweg 59 52058 Aachen	0241 - 432 51 32 0241 - 432 57 37	heinz.zohren@mail.aachen.de